

# MIT ANDEREN AUGEN SEHEN



► **Publik-Forum** lesen. Das heißt: Mit anderen Augen sehen. In einer anderen, von Sachzwängen und Modetrends befreiten Sichtweise, die Gegenwart entziffern.

## AUSBRUCH AUS ALTEN RASTERN

► Kampf und Kontemplation, Analyse und Betroffenheit, Aktion und Meditation, Dialog und Gebet, Kopf und Herz, Wandlung des Systems und des Bewußtseins. Das ist die geistige Linie, die Spiritualität von **Publik-Forum**.

✓ **Publik-Forum**, die Zeitung kritischer Christen, **erscheint 14tägig im Umfang von 40 Seiten**. Mit dem nebenstehenden **Coupon** können Sie **Publik-Forum befristet abonnieren**. Das **Abonnement verlängert sich nicht automatisch**.

**3** Monate für nur 20 DM.    **6** Monate für nur 40 DM.    **8** Monate für nur 50 DM.

**JA** Ich bestelle **Publik-Forum** für \_\_\_ Monate zum Kennenlernen für nur \_\_\_ DM. Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch.

NAME VORNAME \_\_\_\_\_

STRASSE \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ ORT \_\_\_\_\_

DATUM \_\_\_\_\_ UNTERSCHRIFT \_\_\_\_\_

Ein Verrechnungsscheck liegt bei.     Bargeld liegt bei.

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen nach Absendung in schriftlicher Form widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

DATUM \_\_\_\_\_ UNTERSCHRIFT \_\_\_\_\_

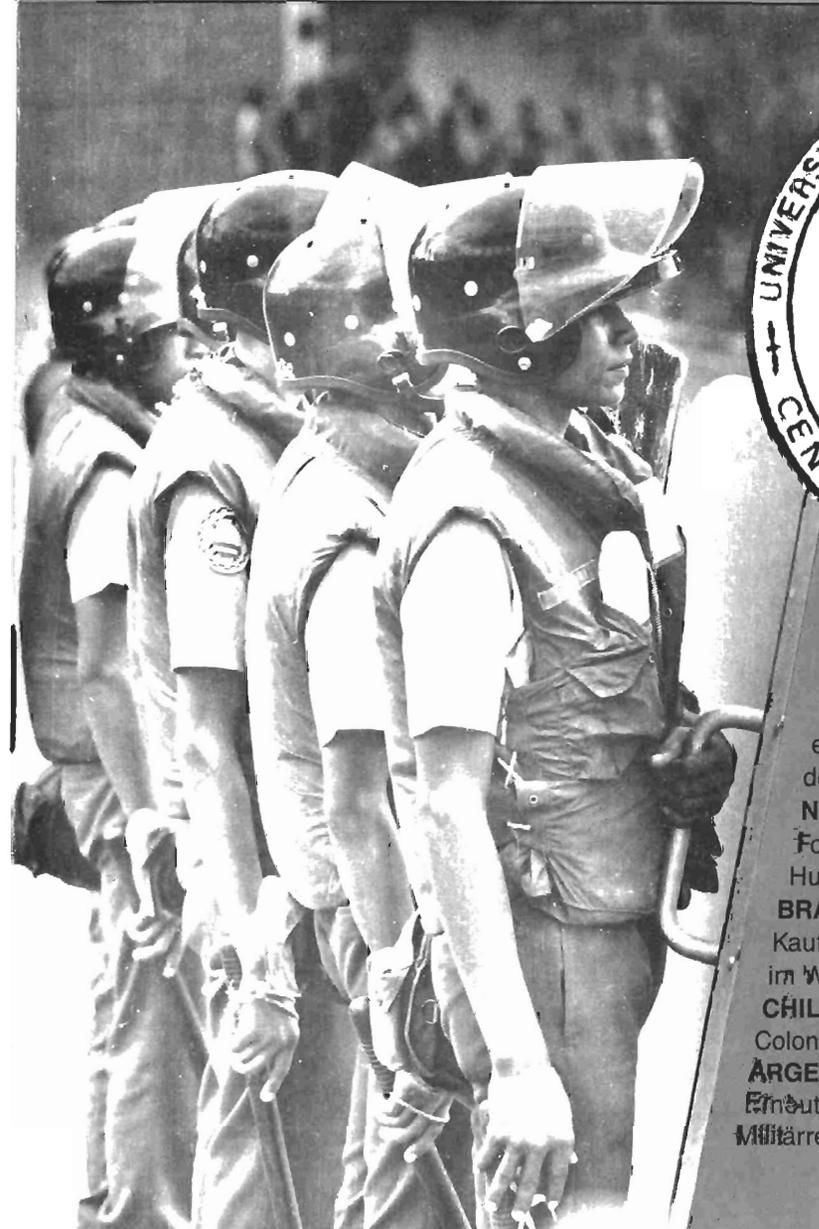
80

Coupon bitte ausschneiden und einsenden an:  
**Publik-Forum, Postfach 2010,  
6370 Oberursel**

# LATEINAMERIKA nachrichten

16. JAHRGANG DER **CHILE-NACHRICHTEN**  
Berlin (West)    Februar 1989    DM 5,-

# 178



Aus dem Inhalt:

**EL SALVADOR:**

Jürg Weis -  
Untersuchung  
eines Mordes auf  
dem Campus

**NICARAGUA:**

Folgen des  
Hurricanes

**BRASILLEN:**

Kautschukzapfer  
im Widerstand

**CHILE:**

Colonia Dignidad

**ARGENTINIEN:**

Ernte  
Militärrevolte

# EDITORIAL

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>Editorial</b> .....	3
— EL SALVADOR: Untersuchungsbericht über den Mord an Jürgen Weis.....	4
Nichts ist wahrscheinlich, aber alles ist möglich.....	7
Militär auf dem Campus.....	11
Politische Geschichte der UES.....	12
— KOLUMBIEN: COLOMBIA CREA .....	21
— NICARAGUA: 1989 – »Jahr der Entbehrungen« .....	22
Der Wald liegt schwarz und schweigt .....	28
Zensur ist bestes Vitamin .....	43
— KURZNACHRICHTEN: .....	49
— BRASILIEN: Bundesregierung unbeeindruckt von Gewalt in Amazonien .....	50
Kautschukzapfer: Mit dem Urwald leben .....	53
— CHILE: Colonia Dignidad .....	58
— ARGENTINIEN: Militärs feiern 5 Jahre Demokratie .....	67
— VENEZUELA: Kann Pérez die Erwartung erfüllen? .....	75
— PERU: Terror Senderos gegen Entwicklungsprojekt .....	77
— ZEITSCHRIFTENSCHAU .....	79
— EINGEGANGENE BÜCHER .....	80
— TERMINE .....	81

Impressum  
**LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 178**  
 Februar 1989  
 Jahrgang 16 der CHILE-NACHRICHTEN  
 erscheint monatlich  
 (mindestens 11 Nummern pro Jahr)  
**ISSN 0174-6342**

Redaktion: Redaktionskollektiv  
 V.i.S.d.P.: Adele Schmidt, Wolfgang Gabbert  
 Druck: Movimentó, Berlin-West  
 Redaktionsschluß: 12. Januar 1989

Abu-Preise:  
 Individuelles Abo DM 55,- / Übersee-Luftpost DM 75,-  
 Institutionen-Abo DM 70,- / Übersee-Luftpost DM 90,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjahresweise berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig. Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postgirokonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:  
 LATEINAMERIKA NACHRICHTEN  
 im Mehringhof  
 Gneisenaustraße 2  
 1000 Berlin 61  
 Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom 1.3.1988

**EIGENTUMSVORBEHALT**  
 Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

Auch in diesem Heft bilden die Auseinandersetzungen in El Salvador einen Schwerpunkt. Allerdings soll die bedrohliche Entwicklung in Kolumbien nicht im Schatten der Ereignisse in Zentralamerika bleiben.

Nicht ohne Grund fand der 8. Jahreskongreß des lateinamerikanischen Verbandes der Familienangehörigen der Verhafteten und Verschwundenen, FEDEFAM, vom 13.-20. November 1988 gerade in Bogotá statt. Mit 1500 Verschwundenen und 3900 politischen Morden in 10 Monaten bei Straffreiheit für die Täter ist Kolumbien zusammen mit Peru und El Salvador in den letzten Jahren zum Brennpunkt politischer Repression und Gewalt geworden. Rechtsextreme Todesschwadronen morden gedeckt durch das Militär; die Justiz im scheinbar demokratischen Rechtsstaat Kolumbien bietet nicht nur das traurige Bild der vollkommenen Unfähigkeit zur Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien, im Gegenteil: sie leistet ihren Beitrag zur Rechtfertigung des Terrors als Kampf gegen die "kommunistische Subversion" der Guerilla. Internationale Gäste, u.a. auch eine Frauendelegation aus der BRD, sollten für den FEDEFAM-Kongreß eine gewisse Schutzfunktion wahrnehmen.

Die Notwendigkeit der internationalen Beteiligung war nach Berichten zweier Mitglieder der Delegation eindeutig. Telefongespräche wurden abgehört, "zufällig" war ein Jeep mit Militärs und Zivilisten vor dem Hotel postiert, und aus Angst vor der Repression wagten nur 1500 Menschen die Teilnahme an der von allen Massenorganisationen und Linksparteien mitgetragenen Demonstration am 17.11.1988.

Durch das Massaker von Segovia zwei Tage vor Beginn des Kongresses wurden die politischen Machtverhältnisse in Kolumbien allen Beteiligten noch einmal schmerzlich ins Bewußtsein gerufen. Die Paramilitärs waren mit vier Jeeps in der Kleinstadt mit einer traditionell starken Gewerkschaftsbewegung erschienen. Zum Teil schossen sie wahllos herum, teilweise wurden Einzelne gezielt aus ihren Häusern geholt und umgebracht. Das Militär hatte zwar Schüsse in der Stadt gehört, aber man war gerade beim Abendessen, außerdem regnete es und es sei wohl die linke Guerilla gewesen, so die Stellungnahme des Oberbefehlshabers des Heeres.

Für die Bundesregierung ist Kolumbien, genauso wie Guatemala, ein Beispiel für den Demokratisierungsprozeß in Lateinamerika. In Guatemala führte diese Einschätzung zur Finanzhilfe bei der Aufrüstung der Polizei. Deshalb muß Druck auf die Bundesregierung ausgeübt werden, den Repressionsapparat in Kolumbien nicht zu unterstützen, und es muß, wie durch die Frauendelegation geschehen, direkte Unterstützung an die Menschenrechtsbewegung geleistet und eine internationale Öffentlichkeit geschaffen werden. Die Dringlichkeit wird an der Zahl der Ermordeten, Verschwundenen und Verhafteten nur allzu deutlich.

# EL SALVADOR

## Untersuchungsbericht über den Mord an Jürg Weis

*Resümee aus dem Jürg-Weis-Abschlußbericht, der am 9./10. 1. 1989 in Zürich, München und San Salvador der Öffentlichkeit vorgestellt worden ist.*

Zusammenfassend lassen sich folgende Erkenntnisse festhalten: Jürg Weis ist am 22. August 1988 in der Nähe von Ilobasco nicht in einem Gefecht mit Einheiten der Policia Nacional gefallen, wie die offiziellen Stellen in El Salvador behauptet haben und weiterhin behaupten.

Jürg Weis wurde ergriffen und anschließend ermordet. Noch bei lebendigem Leibe wurde ihm eine Stichverletzung in der Herzgegend und schwere Schläge mit einem stumpfen Gegenstand im oberen Brustkorbbereich zugefügt. Beides weist der Autopsiebericht des Gerichtsmedizinischen Instituts der Universität Basel eindeutig nach. Von der Zertrümmerung des Schädels kann hingegen nicht mit Sicherheit gesagt werden, ob sie erst nach Eintritt des Todes erfolgte oder noch zu Lebzeiten und dann evtl. zum Tode führte. Erwiesen ist ferner, daß die Verstümmelung nicht von einer Schußeinwirkung herrührt, sondern von Menschenhand zugefügt wurde.

Die Mörder von Jürg Weis gehören der Armee oder anderen salvadorianischen Sicherheitskräften an. Die konkreten Täter können von uns nicht namentlich genannt werden. Die von Armee und Policia Nacional angegebenen Personen, die am vermeintlichen Gefecht teilgenommen haben, können die Mörder gewesen sein, müssen es aber nicht. Es ist ebenso möglich, daß Personen aus dem Kreis derjenigen, die angeblich erst nach dem Tod von Jürg Weis mit dem Vorfall betraut waren, die Mörder von Jürg Weis sind.

Nicht ausgeschlossen werden kann ferner, daß die Mörder Mitglieder von anderen Armee- und Polizeieinheiten, oder gar Spezialeinheiten angehören, die gegenüber der Delegation nicht mit dem Tod von Jürg Weis in Verbindung gebracht worden und auch nicht in Erscheinung getreten sind. Ebenso wenig kann die Delegation die Person benennen, die das Gesicht von Jürg Weis mit einem Messer oder mit einem anderen scharfen Gegenstand zerstört hat.

Die Delegation schließt aus, daß die Guerrilla für die Verstümmelung der Leiche von Jürg Weis verantwortlich ist. Die Art der Verstümmelung, die von geübter Hand vorgenommen wurde, verweist vielmehr auf Praktiken der als Todesschwadronen bekannten Spezialeinheiten von Armee und Sicherheitskräften.

Der Delegation liegen keine Beweise dafür vor, daß Jürg Weis zum Zeitpunkt seiner Festnahme bewaffnet gewesen ist. Zwar können wir auch nicht das

Gegenteil beweisen, jedoch ist davon auszugehen, daß er nicht bewaffnet war.

Die Delegation kann keine gesicherten Aussagen darüber machen, ob Jürg Weis auf Anweisung höherer Stellen ermordet wurde. Ausschließen läßt sich ein Befehl von oben nicht, zumal eine vorherige Überwachung von Jürg Weis in der Hauptstadt möglich war und vom Zeitpunkt seiner Visumsverlängerung am 19. August 1988 an sogar wahrscheinlich ist. Die Delegation muß jedoch auch die Möglichkeit in Betracht ziehen, daß die Entscheidung, Jürg Weis zu ermorden, unmittelbar von den Mitgliedern der Patrouille oder der Armeeinheit gefällt worden ist, die Jürg Weis in ihre Gewalt gebracht hatten, und daß das Eingreifen übergeordneter Instanzen erst nachträglich zu dem Zweck stattfand, den Mord zu vertuschen. Für beide Varianten gilt jedoch, daß

- auf höchster Ebene in Armee, Polizei und Regierung eine bewußt falsche Version über den Tod von Jürg Weis verbreitet wurde und noch verbreitet wird,
- vom Generalstab die Anweisung erteilt wurde, diese falsche Version durch die Konstruktion eines angeblichen Sachverhaltes gegenüber der Delegation zu erhärten,
- damit die Aufklärung des Falles behindert wurde und die Mörder von Jürg Weis gedeckt wurden.

Es gibt für die Delegation keinen Zweifel daran, daß die Ermordung von Jürg Weis im Kontext der aktuellen politischen Auseinandersetzungen und im Rahmen des von offizieller Seite vorgegebenen Deutungsschemas der politischen und militärischen Auseinandersetzungen im Land gesehen werden muß.

In diesem Schema wird die Verantwortung für einen gesellschaftlichen Konflikt, dessen Folge der gegenwärtige Krieg ist, allein der Guerrilla zugeschoben. Innerhalb eines Freund-Feind-Schemas werden damit alle Personen, die sich nicht auf die Seite von Regierung, Armee und Sicherheitskräften stellen, als "Freunde der FMLN" bezeichnet und somit als "Subversive" und "Terroristen" gebrandmarkt. Nach Maßgabe einer Verschwörungstheorie wird darüber hinaus "Subversion" als vom "internationalen Kommunismus" gesteuert, ausgegeben.

Besonders in letzter Zeit wurde in El Salvador ein Klima geschaffen, in dem alle Ausländer, die sich humanitären Belangen im Lande widmeten, in kirchlichen Einrichtungen tätig waren oder sich um Menschenrechtsfragen kümmerten, in direkte Verbindung zur FMLN gestellt oder deren Umfeld zugerechnet werden.

Noch am 16. August 1988, also wenige Tage vor der Ermordung von

Jürg Weis, meldete die Zeitung La Prensa Grafica, daß der damalige Generalstabschef der Armee, General Blandón, mitgeteilt habe, professionelle ausländische Agitatoren seien unter dem Deckmantel humanitärer Einrichtungen und Vorhaben (wie Flüchtlingsarbeit) ins Land gekommen, um für Aufruhr zu sorgen. Der Tod von Jürg Weis wenige Tage später und die von offizieller Seite vorgenommene Einordnung in diesen Zusammenhang erhalten dadurch den Charakter eines angeblichen Beweises für den Wahrheitsgehalt der offiziellen Propaganda.

Die Delegation kann nicht beweisen, daß die Ermordung von Jürg Weis mit diesem Ziel von oben angeordnet wurde, obgleich es Hinweise für eine solche Erklärung des Geschehens gibt. Nur so hätten die Zertrümmerung des Kopfes und die Verstümmelung des Gesichtes eine Funktion, nämlich die der Abschreckung - insbesondere gegenüber der internationalen Solidaritätsbewegung mit El Salvador, deren aktives Mitglied Jürg Weis war.

Aber auch im Falle einer Ermordung von Jürg Weis ohne Anweisung von oben, stellt die Propaganda gegen Ausländer einen wichtigen Erklärungshintergrund für das Geschehene dar. Es ist unvermeidbar und sicher auch beabsichtigt, daß die von oben initiierte Hetze gegen Ausländer Auswirkungen auf das Verhalten der Armee und der Sicherheitskräfte insgesamt hat, indem bei Truppeneinheiten oder Polizeipatrouillen Reaktionen provoziert werden, die ohne ideologische Propaganda ausblieben. Jürg Weis war aufgrund seiner Größe von 1,90 m und seines europäischen Aussehens auf den ersten Blick als Ausländer erkennbar. Bei der Festnahme durch eine Polizeipatrouille ohne besonderen Auftrag muß die Einheit sich also sofort darüber im klaren gewesen sein, daß sie es mit einem besonderen Fall zu tun hat. In diesem Fall wäre die Ermordung ein Resultat der gezielten Hetze gegen Ausländer. Dafür tragen Regierung, Armee- und Polizeiführung die alleinige Verantwortung.

Besondere Bedeutung mißt die Delegation der Tatsache bei, daß die Deckung der Mörder von Jürg Weis vom Generalstab mitorganisiert wurde. Sollte die Ermordung von Jürg Weis auch auf Anweisung von oben erfolgt sein, hält die Delegation es für wahrscheinlich, daß die Anweisung durch den Geheimdienst erging und durchgeführt wurde.



## Nichts ist wahrscheinlich, aber alles ist möglich

### Fünf Tage in San Salvador.

Äußerlich macht die salvadorianische Hauptstadt in den ersten Tagen des neuen Jahres einen sehr ruhigen Eindruck. Wenn nicht immer wieder ein Jeep oder ein Armee-Lastwagen voller Soldaten in Kampfausrüstung durch die Stadt rasen würde, könnte man unter dem strahlend blauen Himmel vergessen, daß man in einem Land ist, in dem seit 9 Jahren Krieg herrscht - und in dem allein 1988 mehr als 1.700 Zivilisten aus politischen Motiven ermordet, z.T. grausam verstümmelt wurden. Einer von ihnen war Jürg Weis.

Die salvadorianischen Militärs hatten offenbar gar nicht mehr damit gerechnet, daß die europäische Untersuchungskommission, die sich im September 1988 in El Salvador mit den genauen Todesumständen des Schweizers befaßt hatte, noch einen verwertbaren Bericht vorlegen würde. Allzu sehr hatten sie darauf vertraut, daß sie ihre Spuren kunstvoll verwischt und beweiskräftige Obduktionsbefunde beseitigt bzw. nahezu unmöglich gemacht glaubten. Der Überraschungseffekt war also durchaus unser Verbündeter. Die unmittelbaren und erkennbaren Ergebnisse waren erstaunlich: die 80 Exemplare der spanischen Fassung unseres Abschlußberichtes reichten nicht aus, um allen interessierten Journalisten und Organisationen in San Salvador je ein Exemplar zu geben, nachdem wir schon die EG-Botschaften, die Contadora-Staaten, die zentralamerikani-



schen Länder und die USA berücksichtigt hatten. Drei der fünf salvadorianischen Fernsehkanäle räumten unserer Pressekonferenz jeweils 3- bis 4-Minutenberichte ein, so daß uns am nächsten Tag im Hotel und auf der Straße etliche Salvadorianer ansprachen und uns beglückwünschten: "Wie gut, daß Ihr es denen gezeigt habt! Wir können so etwas ja nicht öffentlich sagen, wenn wir nicht um unser Leben fürchten wollen...".

Daß diese Furcht begründet ist, zeigen die wieder ansteigenden Zahlen von politischen Morden und die fast wöchentlich neu entstehenden zusätzlichen Todeskommandos mit ihren massiven Drohungen gegen alles, was in ihren Augen "links" ist, darunter auch "Priester des Teufels" und ausländische Diplomaten, die sich zu sehr um "salvadorianische Angelegenheiten" kümmern. Daß der bundesdeutsche Botschafter Guido Heymer sich (oder zumindest das Auswärtige Amt ihn) zu dieser Kategorie zählt, kann trotz aller offiziellen Dementis - seine plötzliche Abreise aus El Salvador betreffend - nicht bestritten werden.

### Werden die Wahlen im März stattfinden?

Unterdessen läuft der Wahlkampf für die Präsidenten-Wahlen am 19. März auf vollen Touren. "Cristiani puede" ist der führende Wahl-Slogan der echtsextremen ARENA-Partei. ("Cristiani kann's"). Ihr Kandidat wird sehr machohaft als der große Zampano präsentiert der mit den unfähigen und korrupten ("los corruptos" ist für ARENA zum Synonym für die Christdemokraten geworden) Figuren der bisherigen Regierung Duarte aufräumt. Die Christdemokraten ihrerseits antworten mit dem originellen und unter werbepsychologischen Gesichtspunkten sicherlich verheerenden Gegenslogan: "Cristiani NO puede". Hängen bleibt in den Köpfen allemal der Name Cristiani. Daß sie ihren eigenen Kandidaten demgegenüber geradezu nur verschämt nennen, mag mit seinem Vornamen zusammenhängen: Fidel. Und auch sonst wirkt Dr. Fidel Chavez Mena eher wie ein strebsamer Schuljunge gegen Cristiani. Doch was soll's. An den Sinn der Wahl glaubt in El Salvador ohnehin nur eine ziemlich kleine Minderheit. Hingegen war häufig die Spekulation zu hören, daß, wenn denn schon Wahlen stattfinden sollen, dann auch ARENA siegen sollte, weil bei einem Sieg des christdemokratischen Kandidaten ARENA den Sieg nicht akzeptieren und entsprechend rabiat reagieren würde.

Ein Blutbad bisher nicht gekannten Ausmaßes (unter vollem Einsatz der mit ARENA verbundenen Todesschwadronen) könnte die Folge sein. Wenn jedoch umgekehrt ARENA gewinnen würde, wäre ihr Präsident gezwungen, eine gemäßigttere Politik zu betreiben, um nicht die finanzielle Unterstützung durch die USA zu riskieren. Die Überlegung ist nicht ohne Logik, wengleich man davon ausgehen muß, daß der neue US-Präsident wohl doch lieber einen Christdemokraten als Staatschef in El Salvador sehen würde. Doch möglicherweise kommt es gar nicht mehr zu den Märzwahlen. Bei dem Versuch, die politisch-militärische Gesamtsituation des Landes annähernd zu be-

schreiben, fragte ich mehrere Gesprächspartner, ob man die Lage nicht mit der in Nicaragua etwa Ende 1978 vergleichen könne. Die übereinstimmende Antwort: nein, schon eher mit der in Nicaragua Anfang April 1979. Der Sieg der Sandinisten war, wie jeder weiß, am 19. Juli 1979.

### Kurz vor dem allgemeinen Volksaufstand?

Immerhin gibt es eine Reihe von Indizien, die darauf hindeuten, daß 1989 als das "Jahr der Entscheidung" in El Salvador angesehen wird. Die militärische Stärke der FMLN ist größer als je zuvor, die Moral der Regierungstruppen dagegen scheint auf einem Tiefpunkt angelangt zu sein: um ihre Reihen aufzufüllen, muß die Armee verstärkt zu Zwangrekrutierungen greifen. Ein Gewerkschaftsführer von der UNTS schilderte uns die Vorbereitungen, die die Volksorganisationen treffen. Die Zeit der großen Demonstrationen sei endgültig vorbei. Immer mehr gehe das Volk dazu über, sich zu nehmen, was es braucht. "Wenn der Strom abgeschaltet wird, zapfen wir die Leitungen an und holen ihn uns ins Haus." Dasselbe gelte für Wasser und sogar für kleinere landwirtschaftliche Anbauflächen, die man sich einfach nehme. Der Mut der Verzweiflung einerseits, und die Angst vor einer sich weiter zuspitzenden militärischen Lage andererseits bestimmen die Haltung der Mehrheit. Täglich bilden sich lange Schlangen vor der US-Botschaft in San Salvador. 600 Visumanträge sind das Tagespensum. Die australische Botschaft in Mexico hat ein Einwanderungsprogramm für Salvadorianer eingerichtet. Die jährliche Aufnahmequote beläuft sich auf 1.600 Personen. Wöchentlich melden sich mindestens 2.000 Salvadorianer, um von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Rechnet man die vielen dazu, die in die Nachbarländer gehen oder illegal via Mexico in die USA zu gelangen suchen, dann hat man eine Vorstellung von dem Exodus, der augenblicklich in El Salvador stattfindet.

Der UNTS-Vertreter, dessen Name seit Mitte Dezember auf einer Todesliste von ARDE steht, besuchte uns übrigens im Hotel in Begleitung seiner Frau und seiner 15-jährigen Tochter. "Wenn sie mich erledigen, dann müssen sie gleich uns alle drei töten!", erklärt er sachlich und mit einem kleinen Lächeln. Frau und Tochter lächeln ebenfalls dabei, so als hätte der Vater gerade einen lustigen Witz erzählt. Seit er auf der Liste steht, gehe er überhaupt nur noch in Begleitung seiner Familie aus dem Haus.

### Erforderlich ist politischer Druck

Die Vorstellung des Jürg-Weis-Abschlußberichtes in San Salvador, also gewissermaßen in der Höhle des Löwen, hat - außer einer gewissen psychologischen Wirkung - unmittelbar keine politischen Konsequenzen. Die können sich allenfalls ergeben, wenn nun, auf der Grundlage des Berichtes (vgl. dessen oben abgedruckte Zusammenfassung) weiterer politischer Druck aus Europa erfolgt. Denkbar wäre z.B. ein Vorstoß des Europarates oder des Europäischen

Parlamentes. Wenn etwa die deutsche Bundesregierung - was nicht zu erwarten ist - ihre Entwicklungshilfegelder kürzen oder gar ganz streichen würde, das wäre genau die Sprache, die jedwede salvadorianische Regierung verstehen würde. Doch muß man, zumindest was diese Bundesregierung angeht, eher das Gegenteil befürchten. Schon gibt es Gerüchte, daß Bonn dabei ist, sich für den Fall einzurichten, in Zukunft mit einem Präsidenten der extremen Rechten zusammenzuarbeiten. Andere EG-Staaten werden hoffentlich eine solche El Salvador-Politik nicht mitmachen. Das deutete un- zumindest der spanische Botschafter in San Salvador an, der - bedingt durch den EG-Vorsitz Spaniens seit dem 1. 1. 1989 - der Vorsitzende der EG-Botschafterrunde in San Salvador ist. Er ist davon überzeugt, daß politischer Druck aus Europa durchaus seine innenpolitischen Wirkungen in Zentralamerika zeigt. Für einen Diplomaten ist Fernando Miranda de Alvarez erstaunlich locker und offen. So hält er auch nicht mit Kritik am Verhalten der Bundesregierung im Fall von Botschafter Heymer hinter dem Berg. Vor kurzem hat der Vertreter Spaniens übrigens einen schwer verwundenen spanischen Arzt mit dem eigenen Auto aus dem Kampfgebiet geholt und den salvadorianischen Militärs entrissen. Ohne das couragierte Eintreten seines Botschafters wäre der *compañero* Pedro wahrscheinlich verblutet.

Auf unsere Frage nach seiner allgemeinen Einschätzung der Lage im Lande wird Don Fernando allerdings fast wieder diplomatisch: hier ist nichts wahrscheinlich, aber alles ist möglich, gibt er zur Antwort.

*Norbert Ahrens*



Propaganda der Regierung im Vorfeld der Verhandlungen mit der Guerrilla: El Salvador will den Frieden!

## Militär auf dem Campus

Am 22.12. letzten Jahres kündigte der Verteidigungsminister Vides Casanova an, nun werde an der UES "aufgeräumt". Am folgenden Tag stürmten 50 Polizisten das Biologische Institut und sprengten es. Seit dem 2.1. 1989 werden alle Ein- und Ausgänge der UES vom Militär besetzt und alle Personen kontrolliert und durchsucht. Erst im September ist in eine Demonstration der Universität geschossen sowie über 300 Menschen festgenommen und gefoltert worden. Vorwand für diese neuerliche Repressionswelle ist der Vorwurf, die UES beherberge Waffenlager der Stadtguerilla. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen, Kirchen und der Rektor der Katholischen Universität (UCA), haben sich inzwischen von dem Gegenteil überzeugen können.

Die neugebildeten Todesschwadronen kündigten die Ermordung einer Reihe von Repräsentanten der UES (und Führungspersonen anderer oppositionellen Organisationen) an. Der Fahrer des Rektors Argueta Antillon wurde bereits am 17.12. ermordet; das Haus der Dekanin des sozialwissenschaftlichen Fachbereiches, Catalina de Merino, wurde gesprengt, das einer weiteren Dekanin ebenfalls. Weitere Anschläge sollen folgen. Inzwischen hat die UES aus Protest den Lehrbetrieb eingestellt und an die **Hochschulen der ganzen Welt appelliert, auf den Abzug der Militärs zu drängen**. Die UES befürchtet eine provokatorische Aktion, in der Angehörige der Armee in Zivil einige der Soldaten erschießen, was einen Vorwand liefern würde, den Campus in ein Blutbad zu verwandeln.

Seit Dezember werden ständig StudentInnen, DozentInnen und Angestellte verhaftet, gefoltert oder ermordet. Jüngstes Opfer ist ein Medizinstudent, der, von Kugeln durchsiebt, am Stadtrand aufgefunden wurde.

Die LeserInnen der LN werden aufgefordert, Telegramme an den Präsidenten Duarte zu schicken und/oder Druck auf Genschers auswärtiges Amt auszuüben. Die überstürzte Abreise des Botschafters Guido Hymer ist Anlaß genug, **endlich die sog. Entwicklungshilfe an Duarte einzustellen!**

Vorschlag für einen Telegrammtext an Duarte:

Casa Presidencial

San Salvador

El Salvador

Zentralamerika

Estimado Senor Duarte

Estamos alarmados por las amenazas y agresiones violentas contra la UES, sus miembros y representantes especialmente por parte de la Fuerza Armada. Exigimos el retiro inmediato de los militares del campus. Alto a los ataques contra los estudiantes, docentes y trabajadores.

**Alto a la represión!**

## Politische Geschichte der UES

*Aus Anlaß der massiven Repressionswelle gegen die UES drucken wir einen Artikel ab, der den Hintergrund für die aktuellen Auseinandersetzungen liefern soll. Er beschreibt die politische Geschichte der UES und die Position der Universität in der Gesellschaft. Der Autor ist seit vielen Jahren Angehöriger der UES. Es ist nicht die erste militärische Intervention in der Universität, die er miterleben muß, und er kann sich auch über die jetzige nicht wundern: "Die UES ist immer ein Dorn im Fleisch des Systems gewesen."*

Die UES ist ein besonderes Beispiel für die Fähigkeit des salvadoranischen Volkes, auf die destruktiven Pläne der Regierung zu reagieren und sie nichtig zu machen. Und nicht nur heute, sondern auch in der Vergangenheit ist die UES immer ein Dorn im Fleisch des Systems gewesen, den die Herrschenden beseitigen wollten. Diese Geschichte von Repression und Widerstand soll hier wiedergegeben werden.

Die UES wurde innerhalb einer klerikalen Struktur und Orientierung 1841 gegründet. Sehr früh kämpften vor allem StudentInnen gegen die religiöse Intoleranz und setzten sich für eine Verweltlichung des Denkens, der Forschung und der Lehre ein, was schon wenige Jahre nach der Gründung zu ersten Zwangsexmatrikulationen führte.

Nie hat es eine politische Konjunktur gegeben, an der die UES nicht aktiv beteiligt gewesen wäre. Dies hat auf der einen Seite zu einer engen Beziehung zu den sozialen Volksbewegungen geführt, aber immer wieder zu massiven Einschüchterungsversuchen von seiten der jeweiligen Regierung. Zu Beginn dieses Jahrhunderts protestierten die StudentInnen gegen die Dynastie der Quinonez Molina und unterstützten den Volksaufstand 1932. In der Folge wurden 3 bekannte Universitätsangehörige erschossen: Farabundo Martí, Mario Zapata und Alfonso Luna. Der über einen Militärputsch an die Macht gelangte Maximilian Hernández Martínez, Verantwortlicher für das Massaker von 1932, konnte sich bis 1944 halten. Dann wurde er aufgrund eines Streiks der Universitätsangehörigen im April/Mai 1944 gestürzt.

In den 60er Jahren wurde immer massiver für die demokratischen Freiheiten gekämpft. Die Uni unterstützte die Streikbewegung der ArbeiterInnen und LehrerInnen dieses Jahrzehnts.

1960, während der Regierung José María Lemus, wurde die UES von der Armee besetzt. Dabei wurde die UES-Leitung brutal verprügelt und Hunderte von StudentInnen gingen ins Gefängnis. Dies schüchterte die universitäre Gemeinschaft jedoch nicht ein, und gemeinsam mit der langsam erstarkenden Volksbewegung verstärkte sie den Protest gegen das Regime. Dies wurde jedoch durch einen weiteren Militärputsch ersetzt. Der Militärputsch wurde mehr und mehr zu einem Mittel, um angesichts der tiefen sozialen und politischen Krise, die Mobilisierung des Volkes zu ersticken.

In der Dekade 1960-70 fand ein qualitativer Wechsel in der Führung der UES statt. Von einer kleinbürgerlichen, aber antidiktatorischen Position verschaffte sich die UES Führungspersonen, die ihre politische Identität in der salvadoranischen Linken hatten. Dies ermöglichte eine tiefgreifende Universitätsreform, die sich hauptsächlich auf ihre innere Struktur richtete. Ziel war die Demokratisierung der Lehre. Damit war gemeint, Kindern von BäuerInnen und ArbeiterInnen, also mittellosen Studierwilligen, vor allem aus dem Innern des Landes, die Möglichkeit zu geben, ein Universitätsstudium zu absolvieren. Es wurden die Fachrichtungen diversifiziert, in die technischen Fächer politik- und geisteswissenschaftliche Elemente eingeführt. Ein System von Stipendien wurde geschaffen, Studentenwohnplätze sowie Mensen auf dem Campus eingerichtet. Man schuf ein "Wohlfahrtsbüro", um die Leistungen und die Anpassung jener StudentInnen zu verbessern, die aus den Orten und Dörfern auf dem Land kamen (und naturgemäß größere Schwierigkeiten im Uni-Betrieb hatten).

Diese Dynamik beunruhigte jedoch die Regierungen. Arturo Armando Molina ließ 19 Tage nach seiner Machtergreifung 1972 die Universität militärisch besetzen. Die Universitätsangehörigen, die sich auf dem Campus aufhielten, wurden verhaftet und ins Gefängnis gebracht, die Führungsriege der UES mußte ins Exil gehen, und die gesamte inneruniversitäre Gesetzgebung wurde aberkannt. Dies war ein harter Schlag gegen alles, was die UES bisher erreicht hatte. Darüberhinaus wurde das gesamte akademische und Verwaltungspersonal der UES gekündigt.

Stattdessen schuf man ein repressives Rechtssystem an der Uni, Bücher und Veröffentlichungen, die als "subversiv" galten, wurden verbrannt. DozentInnen, oligarchietreu, aber ohne jede akademische Qualifikation, wurden unter Vertrag genommen, das neue Verwaltungspersonal hatte eindeutige Spitzelfunktion, und darüberhinaus wurde eine "Universitätspolizei" gegründet, um die akademische Gemeinschaft von innen zu unterdrücken. Gleichzeitig wurde eine der größten Errungenschaften der demokratischen Praxis beseitigt: Die paritätische Mitbestimmung der StudentInnen in allen Gremien. Mit diesen Maßnahmen glaubte das Regime, der universitären Opposition ein für alle Mal ein Ende bereitet zu haben. Aber es geschah genau das Gegenteil: StudentInnen und fortschrittliche DozentInnen begannen den Kampf um die Säuberung der "Interventionisten". Am sozialwissenschaftlichen - dem größten und politisiertesten - Fachbereich streikten die StudentInnen mit der Forderung nach Rücktritt einer Reihe von DozentInnen wegen ihrer Inkompetenz. Auf diese Weise gelang es, dem neuen repressiven Regime wichtige Schläge zu versetzen. Auf diese Aktionen reagierte die Universitätsleitung mit der Lähmung des Lehrablaufs und dem Hinauswurf von StudentInnen und DozentInnen, die sich an den Streiks beteiligt hatten. An den Ein- und Ausgängen wurde eine Personenkontrolle eingeführt, wobei eine Liste von Personen existierte, denen der Eintritt verboten wurde.

Fast täglich gab es tätliche Auseinandersetzungen mit der Unipolizei; unter ungleichen Bedingungen allerdings. Denn die Polizisten waren mit Pistolen und Macheten ausgerüstet, während die StudentInnen sich nur mit Steinen bewaffneten. Der Grad der Auseinandersetzungen war derart, daß die aufgesetzte Universitätsleitung es vorzog, ihre Geschäfte in luxuriösen Büros außerhalb des Campus zu führen. Es war ihnen unmöglich, ihre Arbeit gegenüber der universitären Gemeinschaft zu legitimieren. All ihre Maßnahmen wurden abgelehnt, bekämpft und neutralisiert.

1978 richteten revolutionäre Kräfte den Rektor der UES hin, und als Vergeltungsschlag ermordeten die Universitätspolizisten den Dekan des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften.

Anfang 1979 endlich, übergab der Verwaltungsrat, die Verkörperung der Intervention, die Universität einer Übergangsbehörde, die von der Gemeinschaft der DozentInnen und StudentInnen gewählt wurde. Man hatte das Regime besiegt und die Autonomie der UES wiedergewonnen. Universitätswahlen wurden abgehalten, und es begann eine neue Etappe der universitären Entwicklung.

Zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Volksorganisationen zu einer ernstzunehmenden Alternative zur Macht entwickelt; niemals zuvor hatte es so einen hohen Organisationsgrad in fast allen sozialen Bereichen gegeben. Ende 1979, Anfang 1980 spielte sich ein großer Teil der kulturellen und politischen Veranstaltungen auf dem Universitätsgelände ab. Hier konstituierte sich die "Revolutionäre Koordination der Massen" (CRM), in ihren Gebäuden wurden Kongresse der verschiedenen Organisationen und Gewerkschaften abgehalten, und die UES organisierte Demonstrationen zur Unterstützung der Forderungen des Volkes.

Am 26.6.1980 wurde die Universität erneut militärisch angegriffen. Im Gegensatz zu früheren Interventionen, erschossen die Soldaten alle, die sich ihnen in den Weg stellten. StudentInnen, DozentInnen und Angestellte, die nicht mehr fliehen konnten, verblieben für mehrere Stunden unter dem Feuer der Maschinengewehre. Die Militärs hatten ein ausgeprägtes Feindbild, und ihr Haß richtete sich nicht allein gegen Personen, sondern gegen alles, was sie auf dem Campus vorfanden: Gebäude, Mobiliar, Ausrüstung, Bücher, wertvolle bibliographische Sammlungen fielen den Soldaten zum Opfer. Aus den Erfahrungen der 70er Jahre zog das repressive Regime den Schluß, nicht mehr zu versuchen, die Universität in ihrem Sinn umzustrukturieren, da diese Strategie durch den Widerstand der Universitätsangehörigen immer wieder konterkariert wurde. Das Ziel war diesmal eindeutig auf Beseitigung der UES gerichtet.

Was vorher das höchste nationale Zentrum für Studium und Forschung gewesen ist, verwandelte sich nun in eine Militärgarnison. Jedoch nicht allein die Militärs waren die Urheber dieser Aktion, sondern auch die Christdemokraten, mit der Beteiligung von Duarte an der Regierungsjunta. Nun, so dachten sie, haben wir der UES den

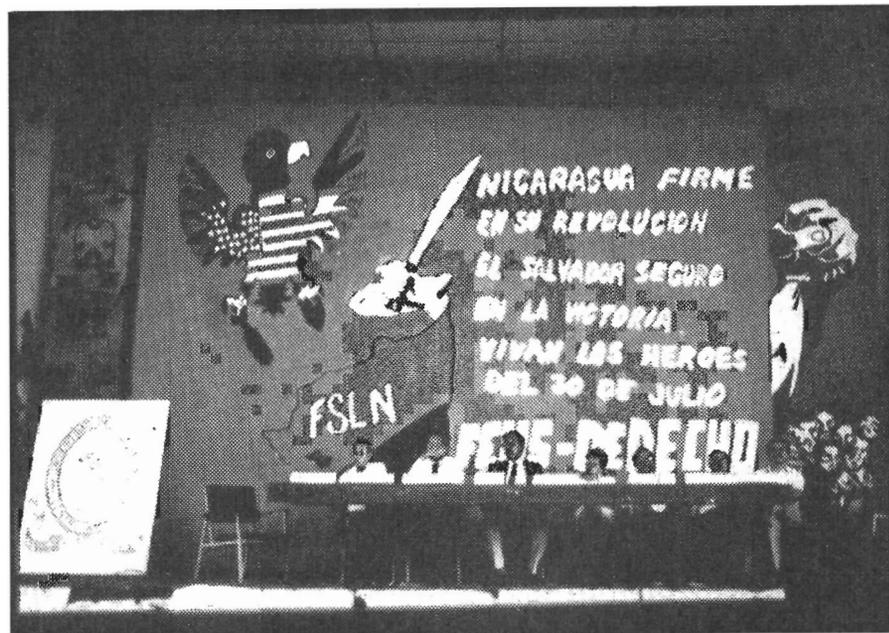
letzten, endgültigen Schlag versetzt. Nach einigen Tagen der Verunsicherung versuchte die Unigemeinschaft eine Zerstreuung zu verhindern. Sie meinte, daß die Regierung sich sehr irre, wenn sie davon ausginge, daß der Campus, die Gebäude mit der UES identisch sei. Denn die UES, das waren in erster Linie die Menschen, die die universitäre Arbeit leisteten: Die StudentInnen, die DozentInnen und die Angestellten - und die waren entschlossen, die Arbeit fortzusetzen. Mit einem neuen Konzept, der "Universität im Exil", wie sie sich nun nannten, um darauf hinzuweisen, daß aus politischen Gründen versucht wurde, sie zu verdrängen, begannen sie von neuem die akademische Arbeit in gemieteten Räumen. Den Angestellten und ProfessorInnen gelang es nach längeren Auseinandersetzungen, daß ihnen die Regierung jetzt wieder ihre Gehälter auszahlte. Wiederum war es dem Regime nicht gelungen, die ungeliebte Universität zu zerschlagen. Die universitäre Gemeinschaft hatte die militärische Besetzung des Campus ad absurdum geführt. Der Druck auf die Regierung, den Campus wieder freizugeben, ließ in der Folgezeit nie nach, und im Mai 1984 erreichte die UES auch dieses Ziel.



Die UES "im Exil"

## Die UES heute - Probleme und Perspektiven

Die Versuche der Zerschlagung und Zerstörung, denen die UES unterworfen war und ist, haben zwar ihr Ziel nicht erreicht, bedeuten jedoch schwere Behinderungen für die Entwicklung der Universität. Während der 4jährigen militärischen Besetzung ist eine bedeutende Summe an Kapital zerstört und geraubt worden; Häuser wurden niedergebrannt, Zahnarztstühle, Mikroskope usw. gestohlen, bis hin zur Zertrümmerung der sanitären Anlagen. Bis heute weigert sich die Regierung, für diese Quasi-Beseitigung der universitären Infrastruktur aufzukommen. Die Situation spitzte sich mit dem Erdbeben am 10.10. 1986 noch weiter zu. Viele Gebäude der UES sind eingefallen oder sind unbenutzbar geworden. Auch hier hat es keinerlei Gelder für den Wiederaufbau gegeben. Die christdemokratische Regierung versucht weiterhin, die UES ökonomisch zu strangulieren, indem sie ihr beständig den Finanzhaushalt, der ihr per Verfassung zusteht, verweigert. Die Regierung beschränkt sich auf die unregelmäßige und verzögerte Zahlung von Verwaltungsaufgaben: Löhne, Wasser, Licht und Telefon, d.h. nur ein Bruchteil

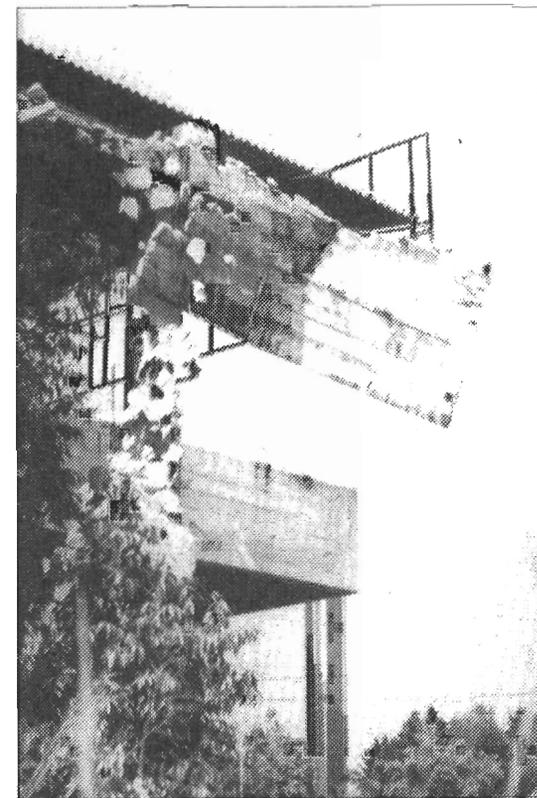


Von den Todesschwadronen bedroht: Rektor Luis Argueta Antillón (Mitte), Dekanin Catalina de Merino und weitere VertreterInnen der DozentInnen, StudentInnen und Angestellten.

Übersetzung: Nicaragua ist fest in seiner Revolution - El Salvador ist sich des Sieges sicher. Es leben die Helden des 30. Juli

des Haushaltes, den die UES als Kultur- und Wissenschaftszentrum benötigen würde.

Aber die Repression beschränkt sich nicht auf ökonomische Maßnahmen; die Universitätsgemeinschaft lebt in ständiger Bedrohung durch terroristische Kampagnen der Regierung und Militärs. Ständig finden Festnahmen, Entführungen und Ermordungen von Uniangehörigen statt. Nach der gewaltsamen Auflösung einer Demonstration der "Universitären Einheit" (s.Anm.) mit Schußwaffen sowie Massenverhaftungen und -folter im September vergangenen Jahres, ist die UES seit Dezember wieder eines der Hauptziele des Staatsterrorismus. Obwohl diese Bedrohungen die akademische Arbeit begrenzen, ist es dennoch nicht gelungen, die UES von ihrem fundamentalen Ziel zu trennen: Die Suche nach einer Lösung für die Probleme der Mehrheit der Gesellschaft. Für die Zukunft ist der Lehrplan verändert worden. Angestrebt wird eine stärkere Partizipation der StudentInnen an der Festlegung der Lernziele sowie Erweiterung des Projektstudiums (Proyección social). Die Universität ist sich ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft bewußt und will sich noch stärker in sozialen Projekten in Kooperativen,



Plünderung durch Militärs, Erdbeben 1986 - und keine Finanzmittel für die UES

Elendsvierteln usw. integrieren. Dabei geht es um ganz vielfältige Aufgaben wie Verringerung der Analphabetenquote, Gesundheitsaufklärung, administrative, organisatorische und bewußtseinsfördernde Tätigkeiten. Ziel ist die Erlangung objektiver Kenntnisse über die salvadorensische Wirklichkeit und eine größere Verflechtung zwischen der Universität und Gesellschaft. (Ein großer Teil der DozentInnen und StudentInnen praktiziert diese *Proyección social* ohnehin seit längerer Zeit. Viele sind vormittags in der Uni und nachmittags besuchen und beraten sie Kooperativen oder besprechen in einem Gewerkschaftsbüro zukünftige Aktivitäten.)

Die Universität weigert sich also, unterzugehen und vor der staatlichen Repression zu kapitulieren. Das Beeindruckende ist, daß sie unter dem ungeheuren Druck dennoch niemals ihre Kreativität verloren hat und immer neue Dinge ausprobiert und durchführt. Ihre Probleme sind dabei nicht zu übersehen: geringe oder gar keine Infrastruktur, z.T. ungenügende Qualifikation der DozentInnen usw. Mit der Politik der offenen Tür und damit steigenden StudentInnenzahlen, sinkt bei extremem Geldmangel die Betreuungsdichte stark ab.

Es ist darauf hinzuweisen, daß es nicht allein das Verdienst der UES ist, daß alle staatsterroristischen Maßnahmen gegen sie fehlschlagen. In ihrem Kampf stützte sich die UES immer auf die nationale und internationale Solidarität. Die Universität schöpfte



Neues Rechtsverständnis der JurastudentInnen - Juristische Fakultät 1988

immer wieder neue Kraft aus dem Beispiel der Volksorganisationen, die ihrerseits die UES als *ihre* Universität verstanden. Wir zählten auch immer auf die Solidarität ausländischer, befreundeter Universitäten und hoffen auch in der für uns sehr schwierigen Zukunft - das Jahr 1989 - auf eine solidarische Zusammenarbeit.

Anm. d. Übers.: In dem Artikel ist von der "universitären Gemeinschaft" die Rede. Dies ist keineswegs eine Floskel, auch wenn es uns aus bundesdeutscher Unirealität seltsam vorkommen mag. Denn das gemeinsame Gremium der Angestellten (ASTUES), der DozentInnen (ADUES) sowie der StudentInnenvertretung (AGEUS), die **Universitäre Einheit** betont das gemeinsame Ziel einer humanistischen, demokratischen und freiheitlichen Universität und Gesellschaft. Und niemand läßt einen Zweifel daran, daß damit Befreiung gemeint ist. Die UES ist heute - wie seit Jahrzehnten - integrativer Bestandteil der Opposition in El Salvador. Die **Universitäre Einheit** ist Mitgliedsorganisation im Gewerkschaftsdachverband **UNTS**.

#### KAMPAGNE: Die Radios der FMLN —

Con voz firme avanzamos hacia la victoria!

Vertretung der FMLN/FDR in der BRD

Bank für Gemeinwirtschaft (Bonn) - BLZ 380 101 11

Kto-Nummer: 12053 78300

Kennwort: Unterstützung der FMLN-Radios

Vertretung der FMLN/FDR in der BRD

M. Cornejo/R. Ribera

FMLN/FDR - El Salvador

Bank für Gemeinwirtschaft (Bonn) - BLZ 380 101 11

Kto-Nummer: 12053 78300

Kennwort: Unterstützung der FMLN-Radios



### EL SALVADOR LIBRE SPENDENAKTION

*Waffen für El Salvador*

Postgiroamt Berlin-West  
Sonderkonto  
288 59-107  
Bankleitzahl 10010010  
Freunde der alternativen  
Tageszeitung e.V.  
1000 Berlin 65



Kontostand 5. 1. 1989:  
**4.164.418,14 DM**

## FREIHEIT FÜR WISSENSCHAFT UND KULTUR

Wir, die TeilnehmerInnen des autonom organisierten StudentInnenkongresses UNIMUT in Westberlin, sind bestürzt über die seit Wochen andauernden Repressionsmaßnahmen gegen die Nationaluniversität UES.

Wir verurteilen insbesondere:

1. Die Abriegelung des Universitätscampus durch das Militär seit dem 2.1. 1989.
2. Die Ermordung der Dozentin Imelda Gonzalez Medrano am 17.12.1988.
3. Die Festnahmen und Folter der StudentInnen Marco Tulio Molina, René Armando Guevara, Claudia Ivetth Canjura und Carlos Menjavar.
4. Die Erstürmung und Sprengung des Biologischen Instituts durch die Polizei sowie die Ermordung des Wächters Roberto Gomez Aguirre am 23.12.1988.

Eine demokratische Gesellschaft ohne Repressionen ist die Voraussetzung für die freie Entfaltung des Denkens und der Kultur.

Wir fordern daher:

1. Abzug der Militärs vom Campus und Wiederherstellung der Autonomie der UES.
2. Sofortige Freilassung der verhafteten StudentInnen.
3. Stop der fortgesetzten Verhaftungen, Entführungen und Ermordungen von Universitätsangehörigen.
4. Auflösung der Todesschwadronen COSOR, ARDE, MACA etc.
5. Bestrafung der Verantwortlichen dieser Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Darüberhinaus unterstützen wir die Forderungen der Universitären Einheit, wie z.B. die Freigabe des verfassungsmäßig garantierten Haushalts an die UES.

Wir werden auch in Zukunft die politische Entwicklung in El Salvador verfolgen und unsere salvadorischen KommilitonInnen solidarisch unterstützen in ihrem Kampf um eine demokratische, humanistische sowie freiheitliche Universität und Gesellschaft.

## FREIHEIT UND GERECHTIGKEIT FÜR DIE UES

StudentInnen der Universitäten aus:

Westberlin, Frankfurt, Freiburg, Bonn, Saarbrücken, Ulm, Düsseldorf, München, Mainz, Marburg, Karlsruhe, Gießen, Dortmund, Kiel, Heidelberg, Köln, Hamburg, Bamberg, Bochum, Tübingen, Erlangen/Nürnberg, Ravensburg, Bayreuth, Aachen, Paderborn, Wiesbaden, Darmstadt, Lüneburg, Würzburg, Münster, Weihenstephan, Kassel, Friedburg, Nordkirchen, Hannover, Stuttgart sowie aus dem Ausland: Bologna, Rom, Mailand, Siena (Italien), Basel, Zürich (Schweiz), Essex (GB), Leiden (NL), Kopenhagen (Dänemark), Wien (Österreich), Athen (Griechenland), Madrid (Spanien), La Paz (Bolivien), Lima (Peru)

Westberlin, den 8.1.1989

# KOLUMBIEN

## COLOMBIA CREA

Aufruf zur internationalen Kultur- und Solidaritätswoche in Bogotá Vom 11. bis 17. Juli 1988 versammelten sich in Chile Künstler der ganzen Welt, die sich mit dem chilenischen Volk und dessen politischen Kampf solidarisch erklärten und die Kampagne "Chile Crea" durchführten. Unter diesem Motto fanden eine Woche lang verschiedene kulturelle Aktionen sowie ein Kulturfestival statt. Kolumbianische Künstler griffen die Idee auf und riefen das Projekt "Colombia Crea" ins Leben, das im Sommer 1989 stattfinden soll. Ziel von "Colombia Crea" ist es, auf die brisante politische Situation in Kolumbien hinzuweisen und durch kulturelle Aktivitäten in Kolumbien und in Europa Solidarität mit den Betroffenen zu demonstrieren.

Wir, Künstler, Wissenschaftler, Reporter und Kulturschaffende träumen von einem Land, in dem niemand durch die Kugel stirbt. Wir träumen davon, daß niemand mehr zwangsweise verschwindet und unsere Heimat auf diese Weise ausgeblutet wird. Wir träumen von einem Leben in Pluralität, in dem Unterschiede und Meinungsverschiedenheiten akzeptiert werden und nicht deshalb gemordet wird.

In den letzten drei Jahren sind in unserem Land Hunderte von Frauen und Männern umgebracht worden, in Massakern und gezielten Morden, Opfer des "Schmutzigen Krieges". Hunderte von Lehrern, Intellektuellen, Geistlichen, Verteidigern der Menschenrechte und Künstlern leben mit Todesdrohungen seitens der paramilitärischen Gruppen.

Alles, was wir tun und was die Welt für uns tut, hilft ohne Zweifel, diesen Ausrottungskrieg zu beenden.

Künstler und Intellektuelle der Welt:

Wir möchten weiterhin in unserem Land leben und schöpferisch tätig sein. Wir müssen den Nachbarvölkern zeigen, daß wir fähig sind, uns anders zu sehen, daß wir ein Bild entwerfen können, welches unsere Identität wieder aufbaut, die durch den "Schmutzigen Krieg" und die Straflosigkeit zerstört wurde. Deshalb wenden wir uns an Euch, Künstler, Wissenschaftler, Demokraten der Welt, an die Menschenrechtsorganisationen und an die Christen, damit Ihr uns eine Woche lang solidarisch begleitet, um einen Raum der Freiheit zu errichten.

COLOMBIA CREA erwartet Euch. Kolumbien schafft Leben  
Kolumbien schafft Kunst Kolumbien schafft Heimat  
COLOMBIA CREA wird im Sommer 1989 in Bogotá stattfinden.

Kontaktadresse in der BRD: Gesellschaft "Kultur des Friedens"  
Am Lustnauer Tor 4, 7400 Tübingen, Tel. 07071/52200

## NICARAGUA

Der Wirbelsturm "Joan", der zwischen dem 21. und 23. Oktober vergangenen Jahres weite Landstriche Nicaraguas verwüstete, liegt nun schon über zwei Monate zurück und die Berichterstattung über die Folgen dieser Naturkatastrophe ist aus den Schlagzeilen der etablierten Massenmedien verschwunden. Die Auswirkungen dieses Ereignisses werden jedoch noch für Jahre oder Jahrzehnte spürbar bleiben und vielleicht wird die infolge der entstandenen Schäden noch weiter verschlechterte Situation Nicaraguas erstmals zur Entstehung einer ernstzunehmenden politischen Opposition im inneren des Landes führen.

Der erste der beiden folgenden Artikel versucht, eine Zwischenbilanz über das Ausmaß der durch den Hurrican verursachten materiellen Schäden und ihrer Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung zu ziehen. Im zweiten Beitrag werden die ökologischen Folgewirkungen des Sturms detailliert untersucht.

### 1989 - »Jahr der Entbehrungen«

Zweimal, im Februar und im Juni, hatte die nicaraguani-sche Regierung im vergangenen Jahr versucht, durch Reformpakete die desolate Situation der Wirtschaft wieder in den Griff zu bekommen (vgl. LN 172/173) und sie mußte sich sogar den Vorwurf gefallen lassen eine IWF-Politik zu betreiben (vgl. LN 175). Der Wirbelsturm hat die Wirtschaft nun noch weiter zerrüttet und die Auswirkungen auf den Lebensstandard der Bevölkerung können nur dramatisch sein. Nach der Auffassung von Wirtschaftsfachleuten würde Nicaragua bei einem Wirtschaftswachstum von 3% (was derzeit illusorisch ist) zehn Jahre brauchen, um das ökonomische Niveau von 1987 zu erreichen. Für die politische Entwicklung im Lande bedeutender ist aber der Vergleich mit der Situation vor der Revolution. Siebzehn Jahre würden benötigt, um wieder auf den Stand von 1978 zu kommen.

#### Schadensbilanz

324.861 Menschen mußten aufgrund des Wirbelsturmes evakuiert werden, das sind annähernd 9% der geschätzten Gesamtbevölkerung Nicaraguas. Die Zahl der Toten mußte inzwischen nach oben auf 137 revidiert werden. Dazu

kommen noch 110 Vermißte und 176 Verletzte. Insgesamt sind 231.562 Menschen durch die Naturkatastrophe geschädigt worden, 186.000 sind obdachlos. Die einzelnen Regionen des Landes wurden jedoch in unterschiedlichem Ausmaß betroffen. Der regionale Schwerpunkt der Schäden liegt wie die folgenden Tabellen zeigen ausgerechnet in der südlichen Atlantikregion, einem Gebiet, das für die sandinistische Regierung ohnehin politisch unsicheres Terrain ist.

Tabelle 1: Schäden nach Regionen  
(Anteil am Gesamtschaden in %)

Region I	3,96
Region II	0,45
Region III	4,31
Region IV	10,99
Region V	29,41
Region VI	23,20
Region Südatlantik	25,48
Region Río San Juan	2,20

Die von "Joan" verursachten direkten materiellen Schäden werden vom Wirtschaftsrat der Vereinten Nationen für die Länder Lateinamerikas CEPAL auf \$40 Mio. US\$ geschätzt, das ist mehr als das Vierfache der derzeitigen Exporteinnahmen des Landes. Die ökologischen Zerstörungen werden auf 1,4 Mrd. US\$ angesetzt, jedoch ist ihr endgültiges Ausmaß noch gar nicht genau zu überschauen.

Die Landwirtschaft ist am stärksten vom Wirbelsturm betroffen. Allein hier belaufen sich die Schäden auf 124,5 Mio. US\$. Dabei ist die Produktion für den Inlandkonsum mit einer Verringerung der Erträge von 22% gegenüber den gelauten Ziffern stärker betroffen als der Exportbereich mit einem Minus von 7%.

80% der Palma Africana-Pflanzungen sind zerstört, die Verluste in der Bananenproduktion belaufen sich auf 8 Mio. US\$, d.h. 55% der erwarteten Exporterträge. 75% der Fischfang-Flotte sind stark beschädigt, ebenso wie die fischverarbeitenden Betriebe in Bluefields (zwei) und auf Corn Island (einer).

Auch die Kaffee-Produktion, die von Januar bis Juni 1988 40% der Exporterträge erbrachte, ist von den Auswirkungen der Naturkatastrophe betroffen. Wenigstens 10% der erwarteten Einkünfte aus der dieses Produktes

sind endgültig verloren und 20% sind vom Verlust bedroht. Hier wirken sich die Schäden in der Infrastruktur nachhaltig aus. Allein in der Kaffee-Region von Jinotega und Matagalpa wurden 10 Brücken und 584 km Landstraße zerstört, was das Einbringen der Ernte stark erschwert und z.T. möglicherweise gänzlich verhindert. Darüberhinaus sind viele Kaffee-Aufbereitungsanlagen zerstört.

Tabelle 2: Anteil der betroffenen Bevölkerung

Region	Bevölkerung	Geschädigte	in %
I	355.000	2.316	0,7
II	629.000	25	-
III	982.600	4.516	0,5
IV	646.500	27.333	4,2
V	333.000	107.730	32,4
VI	455.400	7.275	1,6
Nordatlantik	118.200	-	-
Südatlantik	71.118	70.894	99,7
Río San Juan	40.800	11.473	28,1
Gesamt	3.632.118	231.562	6,4 (1)

Die Exporterlöse für das Jahr 1988 werden die erwarteten 215 Mio US\$ keinesfalls erreichen. Man rechnet jetzt mit Einkünften in Höhe von 191 Mio. US\$, aber ob sich diese Zahl als realistisch erweisen wird, hängt davon ab, wie die Kaffee-Ernte ausfällt.

Die Situation im Bereich der Grundnahrungsmittel ist besorgniserregend. Ein Viertel der Reis- und Bohnenproduktion ist verlorengegangen (11 Mio. US\$). Es fehlen insgesamt 390.000t an Grundnahrungsmitteln im Werte von 67,8 Mio. US\$.

Die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln gestaltet sich auch deshalb problematisch, weil über 60.000 Campesino-Familien zu den vom Hurrican Geschädigten gehören. Davon haben 20.000 Familien nicht nur ihre Ernten sondern zusätzlich ihre Häuser, landwirtschaftlichen Geräte, Tiere und das Saatgut für den nächsten Anbauzyklus verloren. Die Regierung wird alle diese Bauern mindestens für die kommenden drei Monate mit Lebensmitteln versorgen müssen. Man schätzt, daß im April die Nahrungsmittelreserven Nicaraguas erschöpft sein werden, so daß das Land bis zur nächsten Ernte im August auf internationale Hilfe angewiesen sein wird. (2)

## Maßnahmen der Regierung

Die Inflation hat in Nicaragua 1988 die neue Rekordmarke von 21.742% erreicht. Am 4. Januar hat die Regierung nun eine neuerliche Abwertung des "Neuen Córdoba" um 54% (die siebente seit Februar 1987) bekanntgegeben. Der offizielle Wechselkurs beläuft sich nun auf 2000 Córdobas/US\$ (vorher 920 Córdobas). Auf dem Schwarzmarkt bringt der US-Dollar dagegen 5.500 neue Córdobas. (3)

Die direkte Folge der Wechselkursänderung sind enorme Preissteigerungen in verschiedenen Bereichen. Der Benzinpreis verdoppelte sich und der Bustarif in Managua stieg um 200% (bleibt jedoch immer noch der billigste in Lateinamerika).

Für die Staatsausgaben sind einschneidende Kürzungen vorgesehen. In den Bereichen Gesundheit, Bildung und Soziales sollen 40% eingespart werden. Aber auch das Innenministerium soll den gleichen Prozentsatz gegenüber dem Vorjahr einsparen und die Armee 29%.

Da die nächste Lohnerhöhung die allgemeine Preisexplosion nicht kompensieren wird, erhalten Staatsangestellte und Industriearbeiter auch weiterhin Lebensmittelpakete. (4) Eine neue Kreditpolitik soll den vom Wirbelsturm geschädigten Kleinbauern helfen und ihnen den Kauf von Werkzeugen und Saatgut ermöglichen. (5)

## Contra und zivile Opposition

Der seit März vergangenen Jahres immer wieder verlängerte Waffenstillstand mit der Contra ist von dieser nie ganz eingehalten worden. Mit dem Näherücken des Wahltermins in den USA haben die Konterrevolutionäre ihre Aktivitäten jedoch wieder verstärkt.

Bis vor Kurzem handelte es sich dabei lediglich um kleinere Scharmützel mit dem nicaraguanischen Heer und eine wachsende Zahl von Zwangsrekrutierungen. Ende November aber kam es erstmals seit vielen Monaten wieder zu einer Aktion eines größeren Contra-Verbandes. Bei Gefechten in der zentralnicaraguanischen Region Chontales kamen 10 Konterrevolutionäre und 12 Mitglieder der lokalen Selbstverteidigungsmilizen ums Leben. (6)

In Managua hat es währenddessen eine erste tatsächlich als solche zu bezeichnende Großdemonstration gegeben. Am 10. Januar (dem 11. Jahrestag der Ermordung Pedro Joaquín Chamorros) protestierten 10.000 Menschen gegen



Kaffee-Ernte in Matagalpa 1983

(Foto: Cordelia Dilg)

die sandinistische Regierung und die Wirtschaftskrise. Zum Protest aufgerufen hatten dreizehn Oppositionsparteien, fünf Gewerkschaftsdachverbände und der Unternehmerverband COSEP. (7)

Angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Situation kann es nicht verwundern, daß die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wächst. Das eigentlich Erstaunliche ist, daß der Protest gegen die drückenden Lebensbedingungen nicht bedeutend früher und stärker eingesetzt hat. Trotz der ökonomischen Misere und der beinahe hoffnungslosen Lage verfügt die Frente Sandinista immer noch über beträchtlichen Rückhalt in der Bevölkerung.

Sie zehrt dabei nicht nur von ihren eigenen Leistungen und den Errungenschaften der Revolution, soweit sie durch Krieg und Wirtschaftskrise noch nicht zunichtegemacht sind, sondern auch von der Schwäche der Opposition. Die Oppositionsparteien leiden an der "nicaraguanischen Krankheit", sie sind vielfach gespalten und bislang nicht in der Lage gewesen, eine realistische, glaubwürdige Alternative zu den regierenden Sandinisten zu entwickeln. Die Alternative für Nicaragua heißt heute immer noch Verteidigung der Revolution mit allen Kräften - also FSLN - oder Unterwerfung unter den "Yankee-Imperialismus" und Restauration eines Somozismus ohne Somoza, der Weg der Contra und der Coordinadora Democrática.

*Wolfgang Gabbert*

- 1) Tabellen nach ANN 24. November 1988
- 2) Die Zahlenangaben wurden aus den folgenden Quellen zusammengestellt: Latin American Regional Report Mexico & Central America (RM) 89-01; Latin American Weekly Report (WR) 88-48; Noticias Aliadas Vol. 25, No. 43; pensamiento propio No. 56 (1988); Barricada Internacional (B.I.) 282 (8.12.88); B.I. 281 (24.11.88); Rundbrief des Informationsbüros Nicaragua 11/88.
- 3) LAWR 89-03:6
- 4) taz vom 7.1.89
- 5) B.I. 281 (24.11.88)
- 6) LAWR 88-48:1
- 7) taz vom 17.1.89

## Der Wald liegt schwarz und schweiget

### Ökologische Schäden durch Juana

Seit dem Erreichen des westlichen karibischen Meeres war der Hurrikan Joan der zentrale Teil des tropischen Sturmwirbels, der als Depression vor Afrika entstanden war und sich auf seinem Weg nach Westen immer mehr verstärkte. Der Hurrikan erreichte vor der Küste Nicaraguas seine höchste Intensität und Ausdehnung. Sein Auge erreichte einen Durchmesser von mehr als 30 km und noch in einer Entfernung von mehr als 100 km nach Norden und Süden wurden um 80 Stundenkilometer angenommen. Die Zone mit Geschwindigkeiten von mehr als 50 kmh erreichte eine Breite von über 300 km. Die Windgeschwindigkeit des Sturm-Zentrums stieg über Corn Island auf 240 kmh, in Bluefields erreichte es 200 kmh mit Böen bis 217 kmh. Auf dem Weg nach Westen über Land verlor der Zyklon rasch an Energie und seinen Charakter als Hurrikan. Der sich weiter nach Westen bewegend tropische Sturm wirbel wurde erst über dem Pazifik bei seiner Wanderung nach NW zu einem der normalen tropischen Tiefdruckgebiete.

Mit diesem Sturm wirbel übergoß das Tiefdruckgebiet gewissermaßen ganz Nicaragua mit Wasser. Die Niederschläge waren überall außerordentlich hoch und erreichten teilweise annähernd 350 mm pro Tag.

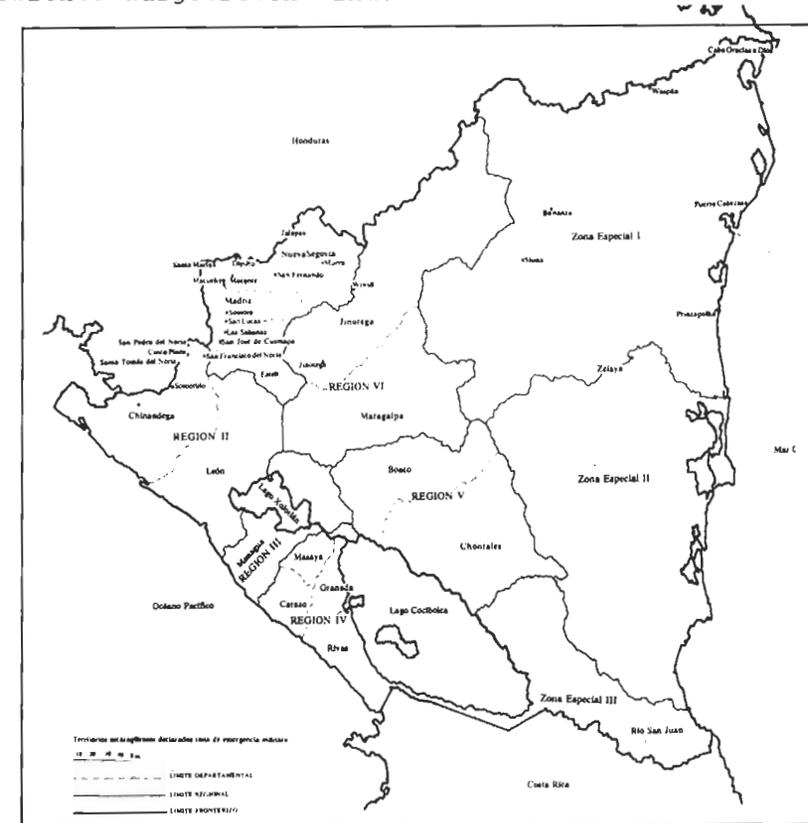
Aufgrund der Wind- und Niederschlagsverteilung ergeben sich als Hauptschadensgebiete:

1. die Autonome Region Süd-Atlantik RAAS mit massiven Sturm- und Niederschlagsschäden - Waldbruch, Überschwemmungen, Erosion.
2. Region V (Boaco-Chontales) mit Sturm- und Niederschlagsschäden u.a. im Ostteil im Gebirgsanstieg - Waldbruch, Überschwemmungen, Erosion.
3. Region VI (Matagalpa-Jinotega) mit Niederschlagsschäden am Ostabhang des Gebirges - Überschwemmungen, Erosion, Rutschungen.
4. Region III (Managua) und IV (Masaya-Granada-Carazo-Rivas) mit hohen Niederschlägen - Überschwemmungen und Erosion, desgleichen die Specialzone III, Río San Juan.

In der Region II (Leon-Chinandega) wurden insbesondere landwirtschaftliche Export-Kulturen, Bananen und Baumwolle, durch heftige Regenfälle geschädigt, Zelaya-Nord und die Region I sind von dem Unwetter weitgehend

verschont geblieben. Die Region I (Esteli-Madriz-Nueva Segovia) war nicht besucht worden, da keine Schadensmeldungen vorlagen.

Der Weg des Hurrikan und seines Wolkenwirbels über Nicaragua hat den größten Teil des Landes erfaßt, wobei Schäden unterschiedlicher Art und unterschiedlichen Gewichts aufgetreten sind.



### Die Katastrophe aus zweiter Hand

Ich denke, wir sind Wochen zu spät vor Ort. Wie soll man das Ausmaß der Katastrophe richtig erfassen können, wenn man ein solches Geschehnis nicht miterlebt hat oder aus eigener Erfahrung kennt. Nur die Auswirkungen anzusehen, vermittelt einem einen sehr begrenzten Eindruck - ich fühle mich wie mit leeren Händen.

Auch aus diesem Grunde ist der Besuch der staatlichen Fernsehgesellschaft einer der ersten Programmpunkte, wo wir das Magazin der Tagesschau auf Streifen über das

Unglück durchforsten. Im Dunkel des Studios tauchen wir einen Nachmittag lang ein in das Geheul und Getöse des Hurrikans, der Palmen biegt und Bäume umstürzt, Leitungsmasten abknickt wie Streichhölzer, Dächer abdeckt und durch die Luft trägt und selbst Stahlbeton zum Einsturz bringt. Und gleichzeitig gehen sintflutartige Regengüsse nieder, die in die abgedeckten Hütten prasseln, als Wildbäche bald durch die Straßen brodeln und in die Häuser dringen, wo sie die Flüchtlinge in ihrem Unterschlupf aufspüren und weitertreiben, auf die



Rama überflutet

Suche nach einem anderen geschützten Ort. Dreimal mußten Bewohner Bluefields auf der Flucht vor Regen, Sturm und Meer ihr Notquartier wechseln. Als der Alptraum vorüber war, lachte wieder die Sonne vom strahlend blauen Himmel, aber 90% der Stadt lagen in Schutt und Trümmern.

Die Strecke Managua - Bluefields gleicht einem Pilgerpfad. Auf der zentralen Spur des Sturmwirbels gehen nun auch die internationalen Gutachter, Koordinatoren und Projektmanager auf die Schiene, um das Unglück aus

nächster Nähe zu besehen. Nicht allen gelingt der termingerechte Flug, da auch die zahlreichen Evakuierten wieder nach "Hause" wollen.

#### Beobachtungen auf dem Flug zur Costa

Mit Feldstecher, Kamera und Landkarten gerüstet, besteigen wir in Managua das 6-sitzige Aerotaxi in Richtung Bluefields. Noch in der sicheren Pazifikregion, kann die Maschine auf geringer Höhe bleiben. Der klare Himmel gibt den Blick frei auf die Erosionsrinnen, die aus dem Bergland von Managua dem See zustreben. Sie scheinen breiter und tiefer als in den Jahren zuvor, weitere sind hinzugekommen und zerschneiden die Ackerparzellen des Umlandes. Einzelne dicke Bäume sind umgestürzt. Daneben gibt es sauber terrassierte Felder mit Schutzstreifen, denen das Unwetter nichts anhaben konnte. Große braune und grüne Kreise markieren die Flächen von Bewässerungsprojekten mit Mais, Sojabohnen und Zuckerrohr zwischen den beiden Seen. In der Uferniederung des Nicaragua-Sees, am Westufer über Tisma hinunter nach Granada und bis in die Gegend von Nocarime bei Belén (vor Rivas), soweit man sehen kann, großflächige Überschwemmungen dort, wo die Karte der aktuellen Bodennutzung Reiskulturen und Weiden ausweist. Drüben, auf der östlichen Seite, bis nach Puerto Acosta, und noch weiter nach Süden, scheint die Uferlinie ein hoher grader Strich. Doch aus den Zeitungen wissen wir von schweren Überschwemmungen bei San Miguelito, San Carlos und anderen Gebieten dieser Provinz, die große Schäden in der Landwirtschaft hervorrufen haben. Auf den Inseln vor Puerto Acosta kann man aus der Ferne Areale umgestürzter Bäume im dichten Waldbestand erkennen.

Zwischen Juigalpa und Santo Tomás sind entlang der Straße Siedlungen entstanden. Auf den Berghängen, wo die Felsen nur noch teilweise eine dünne Bodendecke tragen, ist der Wald schon lange Weiden gewichen. Die wenigen Wäldchen, schon viel zu klein, um auf der Landkarte aufzutauchen, finden keinen richtigen Halt mehr im Untergrund und wurden nun vom Sturm umgedrückt, wenn sie diesem direkt ausgesetzt waren.

Mit Zunahme der Waldbestände in Richtung auf Villa Sandino und Muelle de los Bueyes bis nach Rama nehmen auch die Waldschäden zu, besonders an den exponierten Hängen und Schluchten. Bis zu 50% der Bäume sind gebrochen und umgestürzt, der Rest kahlgefeht. So erscheint die Landschaft graubraun, obwohl der Wald teilweise schon wieder austreibt.

### Ein Abstecher in die Wälder bei Rama

Die diversifizierten Wälder im Landkreis von Rama haben schwere Schäden erlitten: es wird geschätzt, daß durch den Sturm etwa 50% der Stämme geschädigt wurden, umgestürzt oder in einer Höhe von rd. 10 m abgebrochen sind. Die Sturmresistenz ist baumartenspezifisch. Während vornehmlich Ceibas und Almendros noch stehen, überstanden Caoba (Mahagoni) kaum und Kokospalmen überhaupt nicht den Sturm. Auch Caoba- und Teakplantagen mit einigen tausend Bäumen, die vor rd. 30 Jahren angepflanzt und nahezu schlagreif waren, wurden fast völlig umgeworfen.

Während die Bodenschicht des Waldes noch von Laub bedeckt ist, sieht man zwischen den umgestürzten Bäumen vielfältige Keimlinge aufwachsen. Demgegenüber scheint die Fauna völlig verschwunden zu sein.

### Das Hauptschadensgebiet - Cuenca Escondida

Inzwischen ist das Flugzeug auf 1000 Meter Höhe gestiegen, was einen (gewissen) Schutz vor den Flinten der Contreras bieten soll, und teilweise sind wir in Wolkennebel eingehüllt. Als die Wolkendecke hinter Rama wieder aufreißt, bietet sich ein gespenstisches Bild:

Soweit das Auge reicht, eine graubraune Landschaft, der Boden mit Wasser bedeckt, die kahlen Baumgerippe kreuz und quer über- und durcheinandergestürzt, so, als wenn man ein Mikadospiegel hinwirft. Als der Pilot Funkkontakt



Brücke bei Nandaime

mit der Bodenstation in Bluefields hat, die den Luftraum überwacht, kann er auf rd. 100 m hinuntergehen. Wir überfliegen in weitem Bogen, bis hinauf zur Laguna de Perlas, das Regenwaldgebiet - tot!

Das Flußgebiet des Río Escondido, der Wasserstraße zwischen Rama und Bluefields, war am stärksten betroffen, da es praktisch im Zentrum des Hurrikans lag. Nach vorliegenden Daten über Verlauf und Ausmaß des Hurrikans kann man davon ausgehen, daß dieser über das Gebiet zwischen Bluefields und Rama in 50 km Breite mit Windgeschwindigkeiten von weit mehr als 100 Stundenkilometern hinweggefegt ist. Das wäre von Bluefields aus nach Norden bis nach Kukra Hill und reicht nach Süden über die Bucht von Bluefields hinaus, wo der Wald praktisch plattgemacht wurde. Die nächste Zone, in der die Schäden nur noch die Hälfte des Baumbestandes betreffen, was sich etwa durch die 100 km Geschwindigkeitslinie des Hurrikans eingrenzen läßt, hat rd. 100 km Breite und quert oben (N) die Laguna de Perlas in deren Mitte und reicht unten (S) bis an Punta Gorda heran. Sie geht wie eine Zunge über Rama hinaus bis nach Muelle de los Bueyes (W). Von hier an wird der Sturm durch die Berge stark gebremst und gelenkt, so daß die Schäden nur noch lokal auftreten, wie vorstehend beschrieben.

### Auf dem Wald-Friedhof von Bluefields

In der Umgebung von Bluefields sind wir mit der Camioneta und schließlich, als uns der Morast und ein spontaner Bachlauf stoppt, zu Fuß unterwegs, um die Schäden aus unmittelbarer Nähe zu spezifizieren. So können verschiedene Zonen des ehemaligen Waldes unterschieden werden:

- 1) Entwaldete Zone in Stadtnähe.
- 2) Weidezone mit wenigen Bäumen, von denen viele halb verbrannt sind.
- 3) Wildnis aus Sträuchern und einigen schlagreifen Bäumen.
- 4) Der innere Regenwald.

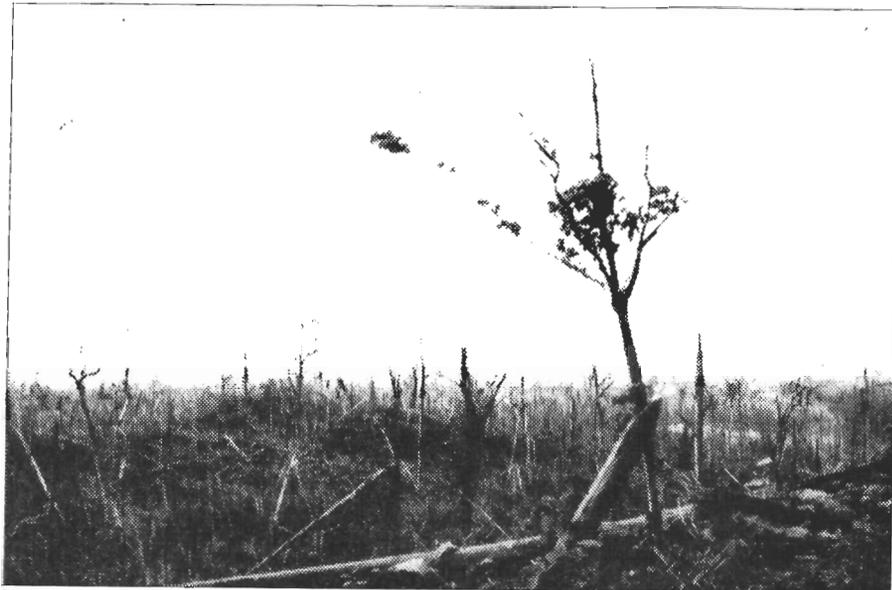
Alle Bäume sind entlaubt, der größte Teil (90%) in einer Höhe von etwa 10, 15m gebrochen und ein kleiner Teil entwurzelt. Sehr wenige Bäume scheinen wieder auszutreiben. Man sieht jedoch kaum Bäume mit einem Stammdurchmesser von mehr als 40 cm, was auf vorherige Holznutzung hinweist. Das Durcheinander aus Stämmen, Ästen und Zweigen, Lianen und lebenden Sträuchern machen das Gebiet undurchdringlich. Die Zersetzung von Blättern

und Zweigen schreitet rasch voran und betrifft bereits den größten Teil der Biomasse.

Es ist gespenstisch. kein Laut ist zu hören, kein Vogel am Himmel, kein Tier zu sehen.

Kann das Holz genutzt werden?

Die Forst-Behörde schätzt die Fläche zerstörten Regenwaldes insgesamt auf rd. 5.000 Quadratkilometer; das sind 500.000 Hektar. Die potentiell als Nutzholz auf dieser Fläche wachsende Menge wird mit 17.500.000 - siebzehneinhalb Millionen -, die durch den Windwurf noch verwertbare Menge mit 8,5 Millionen Kubikmetern kalkuliert. Dabei ist weder der Anteil in den weniger



Zerstörter Urwald bei Bluefields

geschädigten Gebieten, noch derjenige berücksichtigt, der nur als Brennholz oder zur Holzkohlegewinnung nutzbar wäre.

Um die Schäden genau zu klassifizieren, ist eine Befliegung des Gebietes und die Aufnahme von Luftbildern unerlässlich. Dafür hatte Frankreich seine Hilfe zugesagt, konnte aber wegen der starken Bewölkung noch nicht tätig werden. Vor einigen Jahren, als die Bundesrepublik Deutschland Nicaragua noch Hilfe gewährte, war sie mit der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit besonders auf dem kartographischen Sektor engagiert. Eine moderne Abteilung zur Luftbildauswertung wurde

installiert. Nun war zu hören, daß die GTZ sich endgültig zurückziehen wolle. Dabei wäre ihre Mitarbeit gerade jetzt und auf gerade diesem Sektor der Fernerkundung von besonderem Wert.

Eine Vorstellung von der wirtschaftlichen Dimension bekommt man durch die augenblicklichen Holzpreise, die für Stammholz bei 80 US\$ FOB liegen sollen (\*), aufgeschnitten gibt es gar 200. Natürlich möchte Nicaragua dem Unglück einen kleinen Vorteil abringen und das Holz nutzen, aber die vorhandenen Kapazitäten reichen längst nicht aus. Auf dem augenblicklichen technischen Stand würde man 58 Jahre brauchen, um die ermittelte Menge einzufahren und aufzuschneiden. Dabei kann man das Holz, das nach 2 Jahren noch im Wald liegt, vergessen, da die Zersetzung im tropischen Klima so rasch vorangeht, daß es dann nicht mehr brauchbar sein wird.

Also einmal mehr Abhängigkeit von außen, Aufnahme von Krediten, Schulden in der augenblicklichen schwierigen Situation. Schweden, schon länger im nicaraguanischen Forstsektor tätig, will mit Geld und Technik helfen.

Um weiterführende ökologische Schäden durch die Holznutzung zu vermeiden, wurde von der Notfallkommission für Forstliche Ressourcen in der Umweltbehörde DIRENA schon Anfang Nov. 88 ein Maßnahmen-Katalog zur Bewirtschaftung, Nutzung und dem Schutz der forstlichen Ressourcen erarbeitet. Obgleich er sehr allgemein gehalten ist, könnte er schon als Richtlinie für die Holznutzung dienen. Dieser Vorschlag sieht die Priorisierung verschiedener Zonen und Kriterien der Nutzung vor. Man muß nun so detailliert wie möglich einen Plan zur Holzausbeute aufstellen. Dabei muß vor allem der Wegführung größte Beachtung geschenkt werden und der Abtransport der Stämme sehr behutsam erfolgen, da in Schleifspuren auf zu steilen Wegen die Erosionskräfte einsetzen.

Darüber, wie sich der zerstörte Wald wieder erholen wird, kann man nur Vermutungen anstellen. Man weiß nicht viel über die Entwicklung von tropischen Regenwäldern, da eine solche Katastrophe einzig und ohne Vorgänger war. Während eine spontane Regeneration der Wälder in wenigen Jahrzehnten denkbar scheint, wird die Stabilisierung eines gemischten Waldbestandes längere Zeit in Anspruch nehmen. Das bedeutet kurzfristig vor allem, aufzuforsten, um gleichzeitig Projekte für eine zukünftige Forst-Kultur zu entwickeln.

Für die Wiederaufforstung und die Entwicklung neuer Wälder muß man Baumschulen einrichten und bestehende

\* Aus dem Bericht der nicaraguanischen Holznutzungsbehörde CORFOP

fördern. Dafür sind Sämereien zu beschaffen, Devisen gibt es aber nicht. Wohl wachsen diese auch in den nicaraguanischen Wäldern, und einheimische Arten und deren Varietäten sind den Gegebenheiten am besten angepaßt und daher am erfolgreichsten einzusetzen. Doch man muß sie suchen, und das braucht den ausgebildeten Spezialisten, der auch wirklich nur die besten Exemplare aufspürt. In der Institution für Natürliche Ressourcen, DIRENA, existiert schon seit Jahren eine Abteilung, die die Sammlung von Samen durchführte. Allerdings war die Arbeit mehr und mehr eingeschränkt worden, weil das Personal nicht mehr bezahlt werden konnte. Jetzt muß diese Arbeit schleunigst wiederbelebt und intensiviert werden.

Ein anderes Erschwernis beim Aufbau einer guten Samenbank und der Nutzung der heimischen Arten ist deren große Vielfalt. Man nimmt an, daß die einheimische Flora bis 4000 Gehölze umfaßt, die nur zu einem kleinen Teil erforscht sind. Erst die Vertiefung der Kenntnisse über die einheimischen Bäume erlaubt und erleichtert deren Identifizierung im Gelände. Sinnvoll wäre, ein Bestimmungsbuch für die verschiedenen Arten mit ihrer Charakteristik bereitzustellen. Daran wird zwar in der Abteilung für Forst-Ökologie im DIRENA bereits gearbeitet, doch reicht der schmale Etat nicht weit. Diese Arbeit ist aber grundlegend und deshalb unbedingt zu fördern.

Tatkräftige Hilfe wurde denn auch sogleich nach der Katastrophe von der zentralamerikanischen Universität, UCA, angeboten: 80 Ökologie-Studenten und 10 ihrer Professoren erklärten sich bereit, in die betroffenen Gebiete zu gehen, um Samen zu sammeln, Pflanzen zu identifizieren, Baumschulen anzulegen oder sich sonstwie nützlich zu machen.

In ähnlichem Sinne arbeitet auch El Recreo. Das ist eine Forschungsstation des Landwirtschaftsministeriums MIDINRA, 14 km westlich von Rama am Ufer des Río Mico gelegen. Auf 80 Hektar Fläche werden Versuche mit tropischen Hölzern, Bambus und Früchten durchgeführt. Es wird die Möglichkeit in Betracht gezogen, von dort aus Material für die Wiederaufforstung des Gebietes bereitzustellen. Allerdings hat der Sturm auch auf dem Gelände der Versuchsanstalt große Schäden angerichtet und einen großen Teil von Teak, Caoba und Kautschuk umgeworfen. Auch diese Institution sollte in ihrer Arbeit unterstützt und der Aufbau weiterer solcher ermöglicht werden.

## Durch Waldbrand wäre Katastrophe komplett

Eine der größten Gefahren ist durch Waldbrand gegeben. Diese Gefahr erscheint am drohendsten während der nächsten 2 Jahre. In den Regionen, die vom Hurrikan am stärksten betroffen wurden, ist die Brandrodung traditionell noch sehr verbreitet. Darum muß man umgehend eine Aufklärungskampagne starten, die von den Kommunikationsmedien, Beratern, Schulen, Universitäten, dem Militär, freiwilligen Helfern etc. zu unterstützen ist. Diese Kampagne muß noch vor der Trockenzeit aufgezo- gen werden, also jetzt gleich. Dabei kann didaktisches Material eingesetzt werden, das bereits von DIRENA, Abteilung Umwelterziehung, in anderem Zusammenhang entwickelt und eingesetzt wurde.

Man befürchtet auch langfristig, daß der Hurrikan und seine Schäden Folgen haben werden. Wenn man bedenkt, daß an einem einzigen Tage, wie bei einem großangelegten Experiment, 50 mal 100 Kilometer Wald total vernichtet wurden, scheint es sehr wahrscheinlich, daß es Veränderungen im Naturgefüge und Naturhaushalt geben muß. Wie weit diese sich negativ auswirken, kann allerdings kaum abgeschätzt werden. Die Nicaraguaner fürchten Umweltveränderungen, die sich beziehen auf:

- Veränderung der Niederschläge,
- Verringerung der Verdunstung durch fehlende Vegetation,
- Anstieg des Grundwasserspiegels in den Sumpfgebieten,
- Veränderung der Sonneneinstrahlung infolge des unbedeckten Bodens,
- Erhöhung von Erosion und Sedimentation,
- beträchtlicher Verlust der Fauna,
- Zunahme von Schädlingen, die Wald und Ackerkulturen befallen.

In Hinblick auf fehlende einschlägige Erfahrung sind Einwirkungen auf die Umwelt, wie durch diese Katastrophe, bis heute nicht bekannt. Es wäre daher dringend notwendig, mit Beteiligung nationaler wie internationaler Institutionen ein Forschungs- und Kontroll-Programm aufzustellen. Dieses Programm muß so schnell wie möglich installiert werden, um Veränderungen von Anfang an zu registrieren.

## Die Situation in den Kokosplantagen

Die Insel Corn Island, rd. 70 km östlich vor der Küste gelegen, war als erstes nicaraguanisches Territorium

vom Hurrikan betroffen und völlig dem Erdboden gleichgemacht worden. Auch der gesamte Bestand an Kokospalmen, 70 Tausend (70.000), ökonomische Basis der Insel, waren dem verheerenden Sturm zum Opfer gefallen. Ähnlich war die Situation auch auf der Insel El Venado nahe El Bluff. Vor 8 Jahren hatte man dort Kokoshybriden ausgepflanzt, deren Samen aus Afrika stammten. Die Bäume maßen im Mittel bereits 4 Meter und hingen schon voller Nüsse. Kaum einer hatte den Hurrikan ste-



Kokospalmen auf El Venado

hend überlebt. Von dem gewaltigen Wind-Rotor waren die Stämme um die eigene Achse gedreht und einfach von den Wurzeln abgerissen worden, die tief im Boden verankert sind.

Bananenpflanzungen am gleichen Ort schienen weniger geschädigt und könnten sich wieder erholen. Es wurde beobachtet, daß große Pflanzen umgeworfen waren, während kleinere noch standen und wieder austrieben.

Die Mangrovenwälder, die die Bucht von Bluefields säumen, sind weit weniger geschädigt als der übrige Wald. Obwohl viele Äste gebrochen waren, trieben die Gehölze bereits wieder aus. Allerdings sind die Mangrovenwälder

der Lebensraum der Langusten und Camarones, die einen bedeutenden Posten im nicaraguanischen Fischereisektor darstellen. Auch Austernbänke liegen nicht weit von hier. Dieser ökologische Lebensraum im Flachwasserbereich des Meeres ist durch starke Sandeinspülungen betroffen, die sich in Ausmaß und Auswirkung nur schlecht abschätzen lassen.

### Rio Escondido

In die Bucht von Bluefields mündet der Río Escondido ein. Er ist durch die Gezeiten und zugleich in seinem Mündungsbereich durch die besondere Form und den speziellen Entwicklungsprozeß der Mangrovenküste beeinflusst. Diese wichtige Wasserstraße, die Bluefields über El Rama mit dem zentralen und pazifischen Teil des Landes verbindet, wurde durch Ablagerungen in ihrem gesamten Verlauf so verändert, daß zur Zeit nur Schiffe mit erheblich geringerer Tonnage verkehren können als vor dem Hurrikan. Die Mengen werden mit 80 (vorher) und 40 Tonnen (heute) angegeben. Ob und wann Schiffe mit dem alten Tiefgang wieder fahren können, läßt sich noch nicht absehen.

### Die Katastrophe von El Rama

Der Río Escondido bildet den Unterlauf der Flüsse Río Mico, Río Siquia und Río Rama, deren Hochwässer und hohe Sedimentfracht vor allem seine Versandung verursachen. Diese Flüsse entspringen in den Bergen von Chontales, bei Santo Domingo/La Libertad im Norden (Río Siquia), Villa Sandino (Río Mico) und unten an der Grenze zu Río San Juan (Río Rama). An diesem Bergzug wurde der Hurrikan zuerst gebremst und die Zerstörung der schon zuvor erheblich dezimierten Bergwälder zeugt von der Gewalt dieses Zusammenpralls. Gleichzeitig regneten hier auch große Niederschlagsmengen ab, die der Hurrikan an seiner Vorder- und an seiner Rückfront mitbrachte. Da diese Bergregion jedoch schon seit über hundert Jahren von der Axt bedroht ist - zunächst um Holz für die Ausbeutung der Bergwerke zu beschaffen, und dann, um die extensiven Weideflächen zu vergrößern - steht der Wald schon sehr gelichtet und bietet der Region nur wenig Schutz vor solch überwältigenden Ereignissen. Die Wassermassen stürzten zu Tal, und an ihrem Zusammenfluß erreichte die Flutwelle eine Höhe von 17 Metern. Hier liegt die Stadt El Rama.

Die Flut war so gewaltig, daß die massiven Träger des schwimmenden Anlegestegs, den Holländer der Stadt zur Verbesserung des Schiffsverkehrs mit Bluefields geschenkt hatten, total verbogen wurden. Und daß der

Steg nicht total abgerissen und zerstört wurde, ist dem beherzten Einsatz eines Arbeiters zu verdanken, der stundenlang in den brodelnden Wassermassen aushielt und immer, wenn eine Halterung abzureißen drohte, sie wieder festschweißte. So hat es uns der Bürgermeister von Rama geschildert, selbst ein beeindruckender Mann. Er kennt in seinem Landkreis alle Einwohner, Bauern in den entlegensten Gebieten, kennt jeden Baum und Strauch. Mit ihm machen wir einen Marsch in die zerstörten Wälder, wo er uns zeigt, welche Baumarten dem Sturm widerstehen konnten und solche, die wieder austreiben. Und er erklärt uns das Verhalten der Tiere, insbesondere der Affen, die nur noch in einzelnen Exemplaren verstört durch den gespenstischen Wald irren. Viele sind durch die Überschwemmungen umgekommen, zum Teil auch in andere Gebiete geflüchtet. Es wird lange dauern, ehe sich der Wald wieder belebt.

Die Wasser waren über die Ufer getreten und hatten das ganze Tal und die Stadt El Rama überschwemmt, die nur noch mit der Kirchturmspitze aus den Fluten ragte. Als nach einer Woche das Wasser endlich abgezogen war, fand man Häuser, Straßen und Felder von einer dicken Schlammschicht bedeckt. Hausrat und Kleidung, Vorräte und Ernte - alles verloren. Aber das bißchen, das den Menschen geblieben war, teilten sie untereinander auf, ihre Solidarität war beeindruckend. Und die Menschen gaben nicht auf. An Straßen, Plätzen und öffentlichen Gebäuden arbeiteten über 800 Männer und Frauen 4 Wochen lang an der Säuberungsaktion. Ungefähr 10.000 Lastwagen Schlamm wurden weggekarrt.

Wir wären gern flußaufwärts gefahren, um auch dort die Schäden aus der Nähe zu sehen, doch die in der Umgebung operierende Contra ließ das nicht zu.

### Schäden in der Region VI

Das bergige Hinterland von Rama setzt sich über die fünfte Region nach Norden hin fort und steigt in der sechsten Region noch höher auf, so daß dort auf ähnliche Situationen wie die von Rama geschlossen werden konnte. Aus der nicaraguanischen Tagespresse und den Fernsehaufzeichnungen war zu ersehen, daß die heftigen, anhaltenden Regenfälle in Begleitung des Sturmtiefs schwere Schäden in der ganzen Region VI hervorgerufen hatten, die z.B. in Mulukukú und Río Wiwili besonders gravierend waren. Allerdings war nur von Schäden in den Kaffeeplantagen und erschwerten Transportverhältnissen für das Erntegut infolge zerstörter Brücken die Rede.

Aus Gründen der Sicherheit war es nicht möglich, das Gebiet eingehend zu untersuchen so daß wir uns auf den Besuch von Matagalpa - La Dalia - Waslala beschränken mußten. Doch die Eindrücke und Schäden können beispielhaft für die gesamte Bergregion gelten.

Die Topographie ist überwiegend ziemlich schroff und bewegt sich bei Höhenunterschieden zwischen 250 und 350 m bei El Almendro und El Tuma, bis zu 1000 m in der Gemarkung San Pablo. Mit dem Anstieg der mittleren Jahresniederschläge im Zusammenhang mit der Topographie steigt auch die Erosionsgefahr von Südwesten nach Nordosten an. Mit den außergewöhnlichen Niederschlägen dieses Jahres sind auf den entwaldeten steilen Hängen schwere Erosionsschäden aufgetreten. Von El Carmen bis Waslala sind die seit Jahren vorhersehbaren Schäden in Form von Hangrutschungen aufgetreten, die sich bis in den Talbereich hinein auswirkten. Man konnte sehen, daß die Erosion in der Hauptsache dort ihren Anfang genommen hatte, wo der Wald auf steilen Hängen abgebrannt und durch Weiden und Ackerbau ersetzt worden war.

Von El Carmen bis Waslala waren auch die Flüsse um mehr als 5 m angestiegen und hatten fast alle Brücken eingerissen. Häufig waren die Ufer ausgespült und die Wege fast verschwunden. Die Durchlässe von kaum mehr als einem Meter waren den Wassermassen aus den Schluchten nicht gewachsen. Sie verstopften mit Zweigen und Sedimenten, formten Barrieren, die den Abflüssen den Durchgang versperrten und dadurch schließlich die Zerstörung der Straßen herbeiführten, die ohne Maßnahmen des Landschaftsschutzes angelegt waren. Dadurch wurden die Hangrutschungen und Erdlawinen begünstigt.

Kurzfristig werden die Durchführung technischer und biotechnischer Maßnahmen (mit Bäumen, Stäuchern, Pflöcken, Geflechten, Gräsern usw.) im Hangverbau und Flußuferbefestigung sowie angemessene Straßenbaumaßnahmen empfohlen. Es ist wichtig, daß die Menschen wieder leichter in den nächsten Ort gelangen und ihre Ernteprodukte abtransportieren können.

### Was passierte in den übrigen Regionen?

Über die Regionen III und IV ging der Zyklon als tropischer Wirbelsturm mit Geschwindigkeiten um 60 kmh hinweg. Auf seinem Weg über den großen See hatte er sich noch einmal mit Wasser vollgesogen, das er über dem Gebiet zwischen Managua und Rivas wieder abregnete. Die Niederschläge lagen dabei zwischen 100 und 250 Millimetern. Dadurch war es an verschiedenen Orten zu schweren Überschwemmungen gekommen und infolge dessen

zur Zerstörung von Wegen, Regenwasserkanälen und Abflußgräben (cauces), auf den Feldern zur Vernichtung der Ernten sowie Entwurzelung zahlreicher Bäume. Letztere waren jedoch in den meisten Fällen schon zu Brennholz umgewandelt worden.

Die Zeitungen hatten darüber ausführlich berichtet. Aus Tipitapa, wurden im Zusammenhang mit dem Wirbel, in der Folgezeit gehäuft, besorgniserregende Maklariaerkrankungen gemeldet. Was in vorliegenden Berichten nicht zum Ausdruck kam, war eine Erosion (Bodenabtrag) bestürzenden Ausmaßes, die nicht nur Brücken und Straßen zerstörte, sondern auch wertvolles Ackerland und die Landschaft in tiefen und breiten Gräben zerschneidet - auf Dauer bleibende Schäden.

Aus der Region II werden nur vergleichsweise geringe Schäden in der Landwirtschaft, vor allem der Baumwolle und den Bananen, berichtet, während aus der Region I keine Schäden gemeldet wurden.

Was unternimmt man nun in Nicaragua?

Um der Situation gerecht zu werden, konzentriert man alle bestehenden Kräfte der verschiedenen Institutionen in einer interinstitutionellen Kommission unter Leitung der Umweltbehörde DIRENA. Als vordringlichste Aufgabe wird angesehen, eine genaue Inventur der Schäden und Analyse der Ursachen zu erarbeiten, um eine geeignetere Bewirtschaftung des Gebietes einzuleiten.

Langfristig müssen für alle durch die Katastrophe betroffenen Wassereinzugsgebiete Raumordnungspläne und -Maßnahmen erarbeitet werden, die die Sicherung und sinnvolle Nutzung der natürlichen Ressourcen, zur Verbesserung der natürlichen, sozialen und ökonomischen Bedingungen der geschädigten Gebiete, in den Vordergrund stellen. Dabei sollte das Angebot von Aus- und Weiterbildung, insbesondere in angepaßter Technik, mit Kompaktkursen und Praktikas für Bauern, Techniker, Studenten und Schülern, einen vorderen Stellenwert erhalten.

Kurznachricht

P. Schwiebert

Nicaragua

Eine der Partneruniversitäten der Gesamthochschule Kassel, die Technische Universität, UNI, ist in Folge der verheerenden Schäden des Hurrikans in existentielle Not geraten. Die UNI kann keinen Bleistift

mehr kaufen und kein Schreibmaschinenpapier bezahlen. Steuerlich abzugsfähige Spenden (Stichwort UNI) werden auf das Konto des Vereins zur Wissenschaftsförderung GhK - Nicaragua e.V. Nr. 24 951-602 beim Postgiroamt Frankfurt/Main erbeten.

## Zensur ist bestes Vitamin

*Katastrophenberichte und deprimierende wirtschaftliche und politische Analysen über Nicaragua bestimmen die Nachrichten aus dem kleinen mittelamerikanischen Land. Fast scheint es, als bliebe Nicaragua keinerlei Überlebenschance, als hätte sich alles dagegen verschworen, daß dieses Land seine verdiente Ruhe bekommt, um endlich einen eigenen Weg zu gehen. Doch über die spektakulären Nachrichten hinaus nimmt man die täglichen stillen Veränderungen kaum wahr. Wichtige Diskussionsprozesse werden unterbewertet, und sind - da für die Weltpresse nicht so spannend - kaum bekannt. So sind hier zum Beispiel Sexismus und doppelte Moral in Nicaragua kein Thema; dort jedoch sehr wohl, wie der folgende Artikel über die "Semana Cómica" zeigt.*

*Auch wenn Nicaragua gerade jetzt nach dem Hurrican andere Sorgen hat, möchten wir unseren Lesern den Artikel nicht vorenthalten, der sich auf eine interessante Auseinandersetzung im Vorjahr bezieht.*

### Semana Cómica unter Zensur

Der Streit um die Pressefreiheit ist in Nicaragua wieder neu aufgeflammt, als die satirische Wochenzeitschrift "Semana Cómica" im September 1988 zum wiederholten Mal vorübergehend geschlossen wurde. Die "Semana Cómica", (auf deutsch: Komik-Woche), bezeichnet sich selbst als eine Wochenzeitschrift mit "Humor, Marxismus, Sex und Gewalt". Die Schließung der Magazins im Playboy-Stil à la Nicaragua, wie auch schon vorher, erfolgte wegen ihres sexistischen Inhalts. Die Regierung begründete ihren Beschluß damit, die Zeitschrift hätte gegen das Mediengesetz verstoßen, das die Benutzung der Frau als Sexualobjekt untersagt. (Artikel 30 des Gesetzes über Kommunikationsmedien verbietet, "...Schriften, Zeichnungen, Bilder ... Anzeigen ... zu veröffentlichen, zu verteilen, in Umlauf zu bringen oder zu verbreiten, die die Frau als Sexualobjekt oder als kommerzielles Objekt benutzen.") Ein Bravo für die nicaraguanischen Frauen - hier sind sie uns weit voraus!

Bereits im März 1988 war es zum Eklat gekommen, als die "Semana Cómica" das Foto einer nackten Frau veröffentlichte, die masturbierte. Das Bild trug die Unterschrift: "Die Frauen Nicaraguas bereiten sich auf den Internationalen Frauentag vor". Diese Veröffentlichung rief laute Proteste in der Bevölkerung hervor, nicht nur von Seiten der Frauenorganisation. Daraufhin entspann sich eine heftige und interessante Diskussion über Moral, doppelte Moral, Sexismus und Pornographie.

Die "Semana Cómica", die von dem Karrikaturisten Roger Sánchez geleitet wird und eine wöchentliche Auflage von fast 20.000 Exemplaren erreicht, hat sich seit ihrem Bestehen stets durch beißende

Kritik am Bürokratismus, an den Oppositionsparteien, der Kirchenhierarchie, den Contras und ihren Helfershelfern und dem Machismus hervorgerufen. Sie spricht nicht nur die Kreise an, die mit der Revolution sympathisieren, sondern hat sich mit ihren Artikeln auch gewissen Respekt innerhalb der Opposition erobern können.

### Proteste aus den eigenen Reihen

Proteste gegen die Schließung der 'Semana Cómica' gab es überraschender Weise nicht von Seiten derjenigen Kritiker, die laut aufschreien und die Pressefreiheit einklagen, wenn die Zensurmaßnahmen Medien der Opposition betreffen. Die Tageszeitung "La Prensa", die ja häufiger von der Zensur betroffen ist, beschränkte sich auf eine knappe Information über die Schließung. Erst im Juli hatte die Zeitung lautstark das Recht auf Meinungsfreiheit gefordert, als sie im Zusammenhang mit der gewalttätigen Demonstration in Nandaime und der Aufdeckung eines von der US-Botschaft initiierten Destabilisierungsplans vorübergehend 14 Tage geschlossen worden war.

Die heftigsten Proteste über die Schließung der 'Semana Cómica' kamen aus den Reihen der Sandinisten. In einem Editorial der Barricada (offizielles Presseorgan) wurde die vorübergehende Schließung der Zeitschrift als eine Aktion bezeichnet, die der doppelten Moral entgegenkomme. Die Anhänger der doppelten Moral würden zwar lauthals die 'Semana Cómica' verdammen, sich insgeheim jedoch die pornographischen Videos ansehen. Sie würden den Respekt vor der eigenen Freundin fördern, aber nicht den vor den Hausangestellten. Ein Vertreter der Jugendorganisation sprach von der Sanktion gegenüber der Semana Cómica als "verwaltungsmäßige Schließung einer ernststen Debatte, die die revolutionären Nicaraguaner führen müssen".

Auch Gioconda Belli, die nicaraguanische Schriftstellerin, die bekannt dafür ist, daß sie in ihren Gedichten das Thema Erotik aufgreift, meldete sich zu Wort. Sie bedauerte zwar die Schließung der Semana Cómica, sprach sich jedoch gegen die Veröffentlichung von Nacktfotos von Frauen aus und wandte sich energisch dagegen, daß auf Kosten eines Frauenkörpers Witze gemacht werden.

Starker Protest kam auch dieses Mal wieder von Seiten der Frauenorganisation. Bereits im März 1988 hatte eine Delegation von Frauen der Zensurstelle eine von hunderten von Frauen unterschriebene Petition übergeben und wegen ihrer sexistischen Publikation Sanktionen gegen die Semana Cómica verlangt. Nun forderten die Frauen erneut, gegen das Blatt vorzugehen. Lea Guido, Generalsekretärin der AMNLAE, warf Roger Sánchez vor, sich zum Vorkämpfer einer neuen Moral aufzuschwingen. Weder die Wissenschaft, noch die Literatur, noch die Liebe, so Lea Guido, könne sich dem sexistischen und sogar rassistischen Klassenbewußtsein entziehen. Auch sie sprach sich für einen Humor aus, der es ermöglichen sollte Stereotypen auszurotten, "aber nicht auf Kosten der Frau".

### Widersprüche in einer machistischen Gesellschaft

Die Meinungen über die "Semana Cómica" gehen weit auseinander. Die einen bezeichnen die Zeitschrift als wichtigen Beitrag zur Bewußtseinsbildung und loben ihre Reportagen als "Anprangerung der doppelten Moral". Die anderen beschimpfen den nicaraguanischen Playboyverschnitt schlichtweg als geschmacklos und pornographisch. Viele Artikel und Comics treffen mit ihrer Kritik sicher den Nagel auf den Kopf, und die überspitzte Darstellung der Realität und ihrer Widersprüche sind ein gutes Mittel, unbequeme Wahrheiten aufzuzeigen. Vor allem dem Machismus sind die Karrikaturisten unbarmherzig auf den Fersen. Die Doppelmoral der Kirchenhierarchie, aber auch die der revolutionären Aktivisten sind ein beliebtes, immer wieder



„Gemeinsam in (fast) allem...“

Comic aus:

Semana Cómica



abgedruckt in

Blickpunkt  
Juli/Aug.88

aktuelles Thema. Sie zeigen die Widersprüche auf, in die eine machistische Gesellschaft wie die Nicaraguas zwangsläufig gerät, wenn sie dem Anspruch ihrer Revolution gerecht werden will. Frauenbeteiligung und Frauenrolle, mittlerweile alltägliches Vokabular, sind schwer realisierbar und durchsetzbar, da langjährige und traditionelle Verhaltensmuster aufgebrochen werden müssen.

### Angriff auf die Frauenorganisation

Auch die Frauenorganisation AMNLAE und ihre Aktivistinnen stehen oft im Schußfeld des Magazins. Ihnen wirft die Redaktion mangelnde Eigenständigkeit gegenüber der Sandinisten und fehlende Radikalität in ihrem Kampf um die Rechte der Frauen und gegen den alltäglichen Machismus vor. Und wirklich, immer wieder wird die AMNLAE von ihrer eigenen Basis überholt, die zu zahlreichen aktuellen Problemen Taten fordert (z.B. in der Frage der Abtreibung, Alimentenzahlung, Familienrecht ...).

Gegen die AMNLAE scheint der Angriff der Semana Cómica am 8. März gerichtet gewesen zu sein, um sie angesichts des Internationalen Frauentags hochzurütteln und zu Aktionen zu animieren. Doch ohne Erfolg: Wieder einmal war es Daniel Ortega, den Frau nicht gerade als "Feministen" bezeichnen kann, der die Frauen Nicaraguas aufrief, eigenständige Positionen zu entwickeln und auch innerhalb der Frente durchzusetzen. Die Frauen sollten sich, betonte er, nicht als Weisungsarm der Frente verstehen. Lea Guido, Generalsekretärin der AMNLAE, dagegen referierte brav das "Programm der Frau in der sandinistischen Revolution", das bereits zum 8. März des Vorjahres veröffentlicht worden war.

Es wird vermutet, daß es u.a. auch die Angriffe der Semana Cómica und die Auseinandersetzungen darüber waren, die die Aktivistinnen der AMNLAE dazu ermunterten, kürzlich eine Umstrukturierung der Frauenorganisation vorzunehmen. Es existiert nun nicht mehr die Frauenorganisation als eine der Massenorganisationen der Sandinisten, sondern eine unabhängige Frauenbewegung soll sich künftig um die Belange der Frauen kümmern.

### Freie Sexualität oder Pornographie?

Doch manches Mal wird eine durchaus berechtigte Kritik in einen eigenartigen Humor verpackt, der meist auf Kosten der Frauen geht. Die schlüpfrigen Witze und frivolen Zeichnungen reizen auch viele der im Sinne der Revolution aktiven Männer lauthals zum Lachen, von denen man ein etwas tiefer gehendes Bewußtsein erwarten sollte.

Dieser sexistische Humor wurde auch eingesetzt, um 1982/83 den Konflikt mit der Amtskirche zuzuspitzen und an der kirchlichen Autorität zu nagen. Am 12. August 1982 flimmerte Pater Bismarck Caballo, Pressesprecher von Cardinal Obando y Bravo, nackt über die nicaraguanischen Bildschirme. Er war "zufällig" vom sandinistischen

Fernsehen gefilmt worden, als er von einem Stelldichein bei einer Frau in Managuas vornehmerm Viertel "Las Colinas" nackt auf die Straße getrieben wurde, wo "zufällig" eine Demonstration vorbeikam. Im April 1983, nach dem Besuch des Papstes, bei dem sich der Konflikt erneut zugespitzt hatte, veröffentlichte die "Semana Cómica" eine Zeichnung der Sekretärin des Kardinals, hochschwanger, mit einem kleinen Obando y Bravo im Bauch. Auch diese Zeichnung fand großen Anklang, vor allem bei den Männern. Wer Kritik an dieser sexistischen Zeichnung übte, bei der wieder einmal Frauen als Sexualobjekt benutzt wurden, stieß auf Unverständnis. Die Frauen, die sich gegen die sexistische Darstellung von Frauen wehrten, wurden als prüde Feministinnen beschimpft.



Kardinal Obando y Bravo als Exhibitionist  
- ausnahmsweise ein Mann als Sexualobjekt -

Hier werden wieder die Widersprüche zwischen Machismus und den Ansprüchen der Revolution deutlich. Wenn in einer machistischen Gesellschaft lange Zeit Sexualität tabuisiert worden ist, hat Pornographie erst mal einen gewissen revolutionären Charakter. Daß dabei die Frauen als Sexualobjekt erhalten müssen, liegt angesichts des machistischen Frauenbildes (und Männerbildes) nahe, leider!

Auch wir haben den Machismus noch lange nicht überwunden. Immer noch gibt es zahlreiche einschlägige Zeitungen: Nicht nur Quick und Playboy sind für ihre Frivolitäten bekannt, sondern gerade in letzter

Zeit haben sich gerade in linken, intellektuellen Kreisen jede Menge Magazine etablieren können, wie Wiener, Tempo und wie sie alle heißen mögen, die mit "Sex und Crime" die Leser von ihren Alltagsproblemen ablenken wollen und sich durch besonders geschmacklose sexistische Witze hervortun.

## Zensur ist bestes Vitamin

Über Geschmack und Humor läßt sich bekanntlich streiten. So sehr frau oft (innerlich) nach Zensur schreien möchte. Zensur verändert nichts an der Meinung des Verlegers und des Lesers. Im Gegenteil! Hier muß ich der *Semana Cómica* recht geben, die in ihrer ersten Ausgabe nach der Schließung im März 88 Zensur das beste Vitamin der Pornographie nennt:

"....Die Pornographie existiert nicht.... sondern ist eine Erfindung der Prüden. Je keuscher sich eine Person bezeichnet, um so pornographischer sieht sie die Welt. Sie sieht in allem Sex. Das sind die schmutzigsten Leute der Welt, weil sie am meisten frustriert sind. Du kannst mir eine Person zeigen, die sagt: "Das ist Pornographie" und ich zeige Dir eine sexuell frustrierte Person. Die Pornographie ist nur deshalb Pornographie weil sich der Beobachter über etwas aufregt, worüber er sich nicht aufregen muß. Das was hier zur Zeit mit Pornographie geschieht, regt mich nicht auf, es ist zum Sterben langweilig... Luis Bunuel ist der Erotik näher als Andy Warhol: Warhol glaubt, daß der Sex zwischen den Beinen sitzt, Bunuel weiß, daß Erotik im Kopf sitzt.

Die Zensoren können das Reizmittel nicht unschädlich machen. Ohne Zensur würde die Pornographie schnell sterben. Die Zensur ist ihr bestes Vitamin."

*Lisa Luger*

### SEXUAL-PSYCHOLOGISCHE SPRECHSTUNDE

Ratschläge von Dr. Casto (auf Deutsch: Dr. Keusch)

Dr. Casto, ich weiß nicht, ob ich mit meinen Problemen, bei Ihnen richtig bin, aber trotzdem würde ich gerne Ihren Rat hören: Es geht darum, daß ich immer wenn ich sexuelle Beziehungen mit meinem Freund habe, anschließend eine leichte Blutung feststellen muß. Was kann ich tun?

Liebe Senorita Rosita: Sie haben recht. Ihr Problem trifft nicht in meine Kompetenz. Besser sie wenden sich an die Regeln des Weltboerrates über ein technisches K.O.

*Semana Cómica vom 22. März 1988*

# KURZNACHRICHTEN

## Uruguay

### Referendum angenommen:

Voraussichtlich im April oder Mai kann in einem Plebiszit über das Amnestiegesetz entschieden werden. Dieses Gesetz hatte zahlreiche Militärs straffrei ausgehen lassen, die der Menschenrechtsverletzungen überführt worden waren. Am 19. Dezember konnte nun das "Komitee für das Referendum" verkünden, daß ausreichend Unterschriften zusammengetragen worden waren. In drei Tagen hatte man nochmals 36 000 Bürger mobilisiert, nachdem der Nationale Wahlausschuß zahlreiche Unterschriften nicht anerkannt hatte. Genaueste Überprüfungen, Schikanen und Verzögerungen konnten nicht verhindern, daß mehr als 550 000 gültige Unterschriften zusammenkamen. Damit hatte sich ca. jeder sechste Uruguayer für den Volksentscheid ausgesprochen. (siehe LN 165)

## Peru

Alles außer Kontrolle: Inflation, Sendero, García...

Bedingt durch die Nachricht von der Wiederaufnahme der Verhandlungen Perus mit Weltbank und IWF sowie der langfristigen Fixierung des Dollarkurses in der Vergangenheit, löste sich im November eine Inflationslawine von bislang ungeahnten Ausmaßen. Nach regierungsamtlichen Angaben beträgt diese bezogen auf das Jahr 1988 etwa 1800%. Die Hochrechnung auf die kommenden Monate läßt 2400% Kauf-

kraftentwertung erwarten, da die Regierung Gracías nach Angaben des Wirtschaftsministers Carlos Rivas die nationale Währung Inti drastisch abwerten will, um sich Exportvorteile zu verschaffen.

In Lima wird die Lage zusätzlich durch die strenge Rationierung von Trinkwasser und Elektrizität verschärft, seit Sendero Lumino innerhalb kürzester Zeit 32 Hochspannungsleitungen gesprengt hat und Berichten zufolge im Begriff steht, Limas wichtigstes Versorgungszentrum, die Stadt Huancayo im Hochland zu kontrollieren. Sendero hat gleichzeitig seine Taktik der selektiven Morde, auch im Ausland, wieder verstärkt aufgenommen. In La Paz erschoss ein Kommando Senderos den peruanischen Militärrattaché in Bolivien, Juan Vega Llonca, auf offener Straße. Vega war offensichtlich an den Gefängnismassakern 1986 in Lima beteiligt. Zum ersten Mal seit der Aufnahme des bewaffneten Kampfs durch Sendero sind ausländische Entwicklungshelfer Ziel von selektiven Tötungen geworden.

Präsident Alan García erließ daraufhin am 7. Dezember ein erweitertes Antiterrorgesetz (No. 24953), das für die Begehung von Attentaten auf Personen oder Einrichtungen eine generelle Haftstrafe von 15 Jahren vorsieht. Dasselbe Haftdrohung gilt für deren "geistige Urheber", eine Handhabe zur Unterdrückung der gesamten nationalen Opposition. Einen Tag zuvor hatte er vor hohen Polizeioffizieren seine Linie deutlich gemacht: "Sie müssen mit dem Terror aufräumen, koste es was es wolle". Auch hier eine Kehrtwende des inzwischen beinahe handlungsunfähigen Präsidenten gegenüber seinen Erklärungen zum Regierungsantritt 1985.

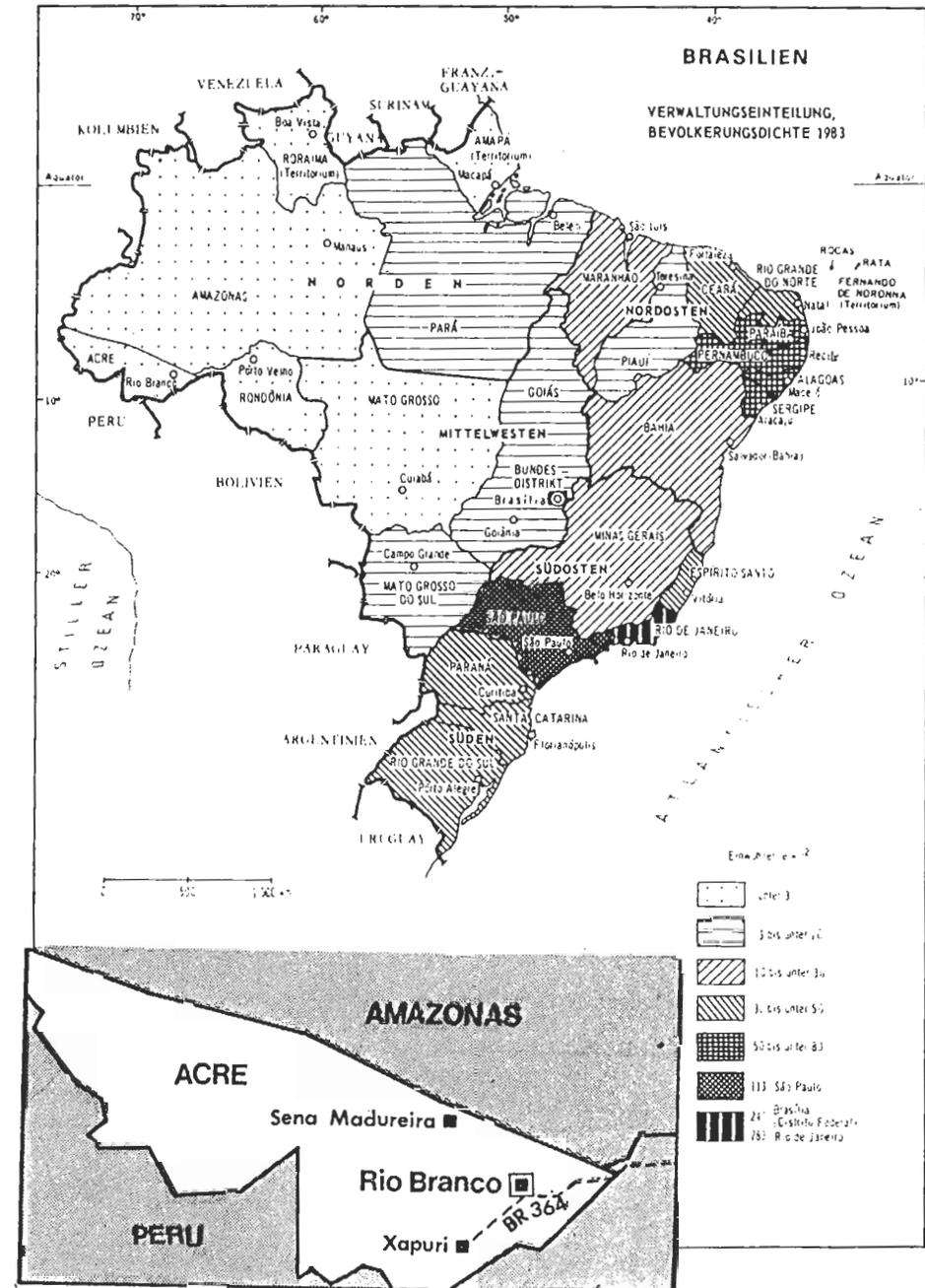
# BRASILIEN

## Bundesregierung unbeeindruckt von Gewalt in Amazonien

"Die Motorsägen kreisen wieder in Acre. Nach einer Pause kehren die großen Waldvernichter zurück - mit voller Kraft. Ihre Aktion trifft nur auf ein großes Hindernis: das ökologische Bewußtsein und die Kampfbereitschaft der Kautschukzapfer von Xapuri, geführt von Chico Mendes." So begann am 25.9.1988 ein Kommentar der brasilianischen Lokalzeitung "O Rio Branco". Inzwischen ist Chico Mendes tot, ermordet am 22. Dezember 1988. Sein Tod ist das gewaltsame Ende einer beispiellosen Einmischung. Mendes war Kautschukzapfer, ein Bewohner des Urwaldes. Er war maßgeblich an dem Aufbau der Gewerkschaft der Kautschukzapfer beteiligt. 1987 sorgte er für Aufsehen, als er nach Miami fuhr, um der Weltbank die Forderungen der Kautschukzapfer zu übermitteln. Im selben Jahr wurde ihm der Umweltpreis "Global 500" der UNO verliehen.

Genutzt hat Chico Mendes seine Popularität nichts - auch er wurde ein Opfer der Gewalt. Aber wenigstens ist sein Tod nicht ohne Beachtung geblieben - wie die vorangegangenen Gewalttaten in derselben Region. Mendes war der vierte Gewerkschafter, der 1988 in Xapuri ermordet wurde. Hatten auf die Ermordung von Ivair Higinio de Almeida im Juni praktisch nur die LN hingewiesen (vgl. LN 174), war der Tod von Chico Mendes Anlaß für eine breite Berichterstattung - bis in den Sensationsjournalismus (Stern).

Die Art der Berichterstattung war allerdings oft in ihrer Tendenz nicht unproblematisch. Originalton dpa: "Eine Gewalttat mehr im 'Wilden Westen' Brasiliens, dessen Erschließung und Besiedlung eine breite Spur von Blut und Tränen hinter sich her zieht. Eine Horrorgeschichte von Naturvernichtung, Gesetzlosigkeit und der Kaltblütigkeit gedungener Pistoleiros." ("Die Welt" vom 29.12.88) Solche Formulierungen suggerieren eine archaische Qualität der Gewalt, verleihen ihr eine gewisse dramatische Würde und machen sie zu einem quasi naturwüchsigen Bestandteil einer geschichtlichen Epoche ("Erschließung"). Zweifelsohne gibt es nicht nur in Kolumbien eine lange Tradition der violência. Aber gerade im Fall Mendes ist die Gewalt die Folge einer Modernisierungspolitik, der planmäßigen und gezielten Einbindung des Amazonasgebiets in den Weltmarkt. Voraussetzung für diese Entwicklung war und ist der Ausbau einer Infrastruktur (insbesondere Straßen), dies wurde von der Weltbank finanziert. In den zugänglich gemachten



Gebieten stören die traditionellen Nutzer des Regenwaldes – Indios und Sammler – die Investoren, die das Land hauptsächlich für extensive Viehzucht nutzen wollen, nicht zuletzt um den Export voranzutreiben. Die Geschichte Amazoniens ist nicht primär eine Geschichte der urwüchsigen Gewalt, sondern eine Geschichte grandioser Modernisierungsprojekte, z.B. den Projekten von Henry Ford ("Fordlândia") und des US-amerikanischen Milladärs Daniel Ludwig, der allein 1,2 Millionen Hektar Regenwald kaufte.

## Bundesregierung unbeirrt für Kredite

Die dpa-Berichterstattung ist noch aus einem anderen Grund bemerkenswert. Sie zieht eine unmittelbare Verbindung zu dem Energiesektorkredit der Weltbank, mit dessen Hilfe die brasilianische Regierung ihre pharaonischen Projekte (76 Wasserkraftwerke in Amazonien) finanzieren will. "Die Weltbank sperrte, durch Intervention unter anderem der Bundesregierung, einen Kredit von 500 Millionen Dollar für die Erschließung der Wasserkraft am Amazonas." Das ist nun wahrlich falsch. Über den Energiesektorkredit ist immer noch nicht endgültig entschieden worden. Aber die Bundesregierung hat inzwischen ihre Bereitschaft kundgetan, den Kredit zu bewilligen. In einer Antwort auf eine Anfrage der "Kampagne für das Leben in Amazonien" erklärt das Bundeskanzleramt:

"Den 2. Energiesektorkredit der Weltbank an Brasilien verfolgen wir mit großer Aufmerksamkeit. Es handelt sich um eine quasi-Zahlungsbilanzhilfe für allgemeine Importe des Landes, keine Projektfinanzierung auf dem Energiesektor. Allerdings vereinbart die Weltbank im Rahmen der Kreditgewährung ein Auflagenpaket mit dem brasilianischen Partner, das auf die Gestaltung des Energiesektors gerichtet ist. Nur so wird es der Weltbank möglich, in dem Bereich Mitverantwortung zu tragen und Einfluß insbesondere auf den Umwelt- und den Schutz indianischer Minderheiten in Amazonien zu nehmen. Sollte der Kredit nicht zustande kommen, so wäre diese Chance der Mitgestaltung vertan."

Dies reflektiert genau die Linie der Weltbank, durch angeblich umweltfreundliche Auflagen die "Akzeptanz" von Projekten zu erhöhen.

An den Veranstaltungen gegen den IWF-Kongreß in Berlin im September letzten Jahres hat ein Gewerkschaftskollege von Chico Mendes teilgenommen, der Kautschukzapfer Jaime Araujo da Silva, der durch seine emotionalen Reden viele Menschen beeindruckte. Jaime hat (zusammen mit anderen Mitgliedern der Amazonas – Delegation) sich am Rande der Veranstaltungen mit dem holländischen Exekutivdirektor der Weltbank getroffen. Er hat bei diesem Gespräch unmißverständlich deutlich gemacht, daß alle Auflagen nichts nützen, wenn sie von den lokalen Behörden kontrolliert werden. Es gibt in Brasilien keine sozialen Bedingungen, um Auflagen durchzusetzen. Jaime warnte den Weltbankdirektor, die Verwirklichung der Pläne in Amazonien würde zu Bürgerkrieg und Völkermord führen.

Der Tod von Chico Mendes hat in dramatischer Weise verdeutlicht, wie zutreffend diese Aussagen waren. Das Aushandeln von Auflagen zwischen Weltbank, Bundesregierung und brasilianischer Regierung ist ein perverses und zynisches Manöver, wenn gleichzeitig die sozialen Subjekte, denen die Auflagen dienen sollen, liquidiert werden. Wenn es die Weltbank ernst meint mit ihren Auflagen, dann müßte sie unmittelbar mit den Indios und den Kautschukzapfern verhandeln, statt mit denen, die ihre Bewegung unterdrücken. Aber so läuft alles nach dem Motto: Der Schlächter empfiehlt Herz.

Thomas W. Fatheuer

## Kautschukzapfer: Mit dem Urwald leben

### Interview mit Raimundo Barros

*Das folgende Interview führte Heinrich Seul (H) mit Raimundo Barros (R) vom Nationalen Rat der Kautschukzapfer Brasiliens im Sommer letzten Jahres. Es hat durch die Ermordung Chico Mendes' neue Aktualität erhalten. Das Gespräch gibt einen Einblick in die zentralen Forderungen der bei uns noch weitgehend unbekanntem Bewegung der Kautschukzapfer. (Das Interview ist von den LN stark gekürzt worden.)*

Vor einiger Zeit konnte man in Europa von einem Vorschlag erfahren, der die Situation der Kautschukzapfer im brasilianischen Amazonasgebiet entscheidend verbessern könnte. Können Sie uns verdeutlichen, was es mit dem Modell der Einrichtung spezieller Reservate, die ausschließlich der Sammelwirtschaft vorbehalten bleiben sollen, auf sich hat?

R. Das Modell der Einrichtung von "reservas extrativistas", die ausschließlich dem Sammeln von Waldprodukten vorbehalten bleiben sollen, hat sich im Laufe von Jahrzehnten aus unserem Kampf ums Überleben im Wald entwickelt. Wir haben es geschafft, unsere Wirtschaftsweise an den Wald anzupassen, er leidet nicht unter unserer Nutzung. Heute sind die Regenwälder Amazoniens in ihrem Fortbestand gefährdet. Verantwortlich dafür sind vor allem die Großgrundbesitzer, die sich mit Billigung und Unterstützung brasilianischer Behörden in Amazonien ausbreiten. Zu ihnen gehören auch viele ausländische Kapitalanleger. Wir Kautschukzapfer fühlen uns von der gegenwärtigen Zerstörung Amazoniens in unserer Existenz bedroht. Viele unserer Freunde und Kollegen leben heute schon in den Slums der Städte.

Vor drei Jahren haben wir nach acht Jahren harter Arbeit das erste nationale Treffen aller Kautschukzapfer Amazoniens in Brasilien realisiert. So konnten wir unser Modell der "reservas extrativistas" erstmals einer größeren Öffentlichkeit vorstellen. Dieses Modell sichert in unseren Augen einerseits das Weiterleben der Kautschukzapfer im Wald und schützt andererseits den Wald

auch direkt vor seiner Vernichtung. Ein weiteres wichtiges Ziel der "reservas extrativistas" ist aber auch die Verbesserung unserer derzeitigen, menschenunwürdigen Lebensbedingungen.

Der Staat hat uns z.B. nie die geringste Hilfe in der Ausbildung oder dem Gesundheitswesen gegeben; selbst in der Vermarktung unserer Produkte sind wir völlig auf uns selbst gestellt. Die Menschen, die in den Zapfgebieten aufgewachsen sind, konnten nicht zur Schule gehen, ein Gesundheitswesen gab es nicht, vielmehr wurden Kautschukzapfer in den feudalistisch organisierten Zapfgebieten - den seringais - von ihren Lehnherren ausgebeutet.

### Naturparks sind keine Perspektive

H. Wie soll ein solches Sammelgebiet aussehen, welche Probleme gibt es bei der Durchsetzung des Modells?

R. Unser Modell der "reservas extrativistas" umfaßt genau ausgewiesene Gebiete, die ausschließlich der Nutzung durch die Sammelwirtschaft vorbehalten bleiben sollen. Für die Einrichtung solcher Gebiete ist eigentlich nur die gesetzliche Absicherung bereits bestehender Gebiete notwendig. Die organisatorische Infrastruktur besteht ja bereits, da gibt es nichts mehr zu regeln: Jede Familie hat ihre festgelegten Zapfstraßen und ihre Nachbarn.



"Made in Rio Grande do Sul - Made to Win", so rühmt in großen Anzeigen die brasilianische Firma Rossi mit perversem Stolz ihre Produkte.

Wie Sie vielleicht wissen, besitzen die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen Land in Amazonien. Viele der Landbesitzer stammen aus dem Süden Brasiliens und haben gar nicht vor, auf ihrem Land oder von dessen Erträgen zu leben. Hier ist es also notwendig, daß die Regierung solche Besitze enteignet und die Besitzer entschädigt. Wir wollen ein großes Gebiet, in dem die gemeinschaftliche Nutzung der Waldprodukte möglich ist und nicht, daß die Regierung unser Gebiet in Siedlerparzellen aufteilt. Wir sind Menschen, die traditionell von der Sammelwirtschaft leben und wollen nicht zu Bauern gemacht werden.

Natürlich haben wir auch unsere kleinen Gärten und Felder, auf denen wir für unseren Eigenbedarf anbauen, aber wir betreiben keinen kommerziellen Anbau. Immerhin 500 000 Menschen leben in Amazonien von der Sammelwirtschaft, man kann sich unschwer vorstellen, daß diese Menschen Land brauchen, auf dem sie leben können, mit ein paar kleinen "Parks" ist es nicht getan.

### Das Fiasko der Kleinbauern

H. Welche staatlichen Institutionen sind mit dem Problem der Bildung von "reservas extrativistas" befaßt?

R. Ja, da ist wohl zunächst das Ministerium für Agrarreform und Entwicklung MIRAD (früher: Nationales Institut für Kolonisation und Agrarreform - INCRA) zu nennen. Dessen ureigenste Aufgabe ist es, die Landfrage zu lösen und die Agrarreform zu verwirklichen. Das MIRAD hat dabei das Land zu vermessen und Besitztitel zu vergeben, Hilfe zu leisten beim Aufbau der Infrastruktur innerhalb der Sammelgebiete, Finanzhilfen, Ausbildungseinrichtungen bereitzustellen, das Gesundheitswesen aufzubauen... Das Organ, das über die rechtliche Anerkennung eines Gebietes als Sammelreservat entscheidet, ist das MIRAD. Vor diesem hatte ja schon das INCRA die Erfahrung gemacht, daß hier in den Waldgebieten Amazoniens mit der herkömmlichen Agrarkolonisierung nichts zu machen ist. Diese Erfahrungen sind sogar ziemlich katastrophal gewesen. Schon nach fünf Jahren hatten die meisten Kleinbauern ihr Land wieder verlassen müssen, weil sie nicht über die notwendige Infrastruktur wie Transportstrassen, ein Vermarktungsnetz, gesundheitliche Betreuung und anderes verfügen konnten. Die allermeisten haben ihr Land dann irgendwann an Viehzüchter verloren, die ja viel Land brauchen, da sie sehr extensiv wirtschaften.

Wer im Wald leben will, braucht Verbindungswege zur Stadt, um seine Produkte zu verkaufen, um Einkäufe machen zu können, der braucht Schulen und ein Gesundheitswesen im Wald. Vor allem aber braucht er garantierte Mindestpreise für seine Produkte. Von all den Dingen hat das INCRA nichts zu bieten. Solche Sicherheiten haben wir Kautschukzapfer wenigstens in beschränktem Maße. Kautschuk kann man immer verkaufen. Auch die Paranuß - unsere zweitwichtigste Einkommensquelle - hat ihren sicheren Absatz.

H. Welche Rolle spielt eigentlich die Nationale Forstbehörde - das IBDF - in diesem Prozess?

R. Das weiß eigentlich keiner so genau. Die Leute vom IBDF kommen zwar zu uns und erzählen uns, unser Landproblem sei eigentlich gelöst: unsere Gebiete könnten doch einfach zu Nationalparks oder Naturschutzgebieten erklärt werden. Soweit ich solche Parks kenne sind sie wohl eher zur schöngestigen Betrachtung der Natur als zum Leben in ihnen gedacht. Wir brauchen Gebiete, in denen wir arbeiten und leben können.

So gesehen hat das IBDF überhaupt keinen Anteil an der Errichtung der Sammelreservate. Wir selbst sind es letztlich, die am nachdrücklichsten für die Einrichtung solcher Gebiete kämpfen. Wir sind auch die besten Kontrolleure des Waldes, denn wir kennen den Wert des lebenden Waldes sehr genau!

H. Wir haben gelesen, in Xapuri sei es zu einem Zwischenfall gekommen, an dem auch das IBDF beteiligt war...

R. Unser Mißtrauen gegenüber dem IBDF kommt nicht von ungefähr. Kurz bevor ich zu meiner Reise nach Deutschland aufbrach kam es zu einer Konfrontation. Es ging um eine vom IBDF genehmigte Rodung im Seringal Equador. Wir versuchten durch Blockadeaktionen die Rodung zu verhindern. Der Großgrundbesitzer alarmierte über seinen Rechtsanwalt die Bundespolizei, die uns dann vom Gebiet vertrieb. Darauf blieb uns nichts anderes übrig als - wie schon bei einer ähnlichen Rodung zwei Jahre zuvor - das Büro des IBDF in Xapuri zu besetzen. Es waren fast 400 Menschen an dieser Besetzung beteiligt, alle waren da, auch Frauen und Kinder. Viele schliefen in anderen Gebäuden, da der Platz nicht für alle reichte. Nach drei Tagen der Besetzung wurden wir dann Opfer einer maßlosen Gewalt. Im Morgengrauen schossen wahrscheinlich drei Attentäter auf die schlafend am Boden liegenden Menschen. In diesem Falle ist für uns die Beteiligung des lokalen IBDF-Funktionärs offensichtlich. Nachdem wir uns also nachdrücklich gegen die Rodungen gewandt hatten, sah man hier wohl die einzige Möglichkeit, unsere Bewegung durch ein Attentat los zu werden. (Bei dem Attentat wurden zwei Jugendliche schwer verletzt.)

H. Auf welche Weise werden sich die Kautschukzapfer gegen ein solches Vorgehen zur Wehr setzen?

R. Bis auf den heutigen Tag hat die Kautschukzapferbewegung jede Gewalt abgelehnt. Wir organisieren Protestaktionen mit bis zu 400 Personen aus den verschiedenen seringais. Manchmal dauert es zwei, drei Tage bis alle zusammen sind, da viele einen langen Weg haben. Unsere Hauptaktionsform ist der empate, das bedeutet Blockade und Dialog. Wir reden dann mit den Leuten und versuchen sie zu überzeugen, daß es besser ist, mit dem Abholzen aufzuhören. Wir haben dabei nie Gewalt angewendet. Viele der Leute, die den Wald roden, kommen aus der Stadt, haben Familie und versuchen

ja eigentlich nur mit dem Verkauf der Hölzer den Lebensunterhalt für ihre Familie zu erwirtschaften. Aber "alles hat seine Grenzen" - wie es im Sprichwort heißt. Deshalb machen wir den Leuten klar, daß mit den Rodungen nicht nur die Lebensgrundlage von uns Kautschukzapfern vernichtet wird, sondern, in kürzester Zeit, auch ihre eigene. Wenn der Wald weg ist, gibt es nichts mehr, von dem man eine Familie ernähren könnte.

H. Die Zerstörung des Regenwaldes in Amazonien hat viele Verursacher. Die wichtigsten Verursacher sind wohl neben den staatlichen Projekten der Agrarkolonisierung die verschiedenen Infrastrukturprojekte wie Strassen o.ä.. Die im Rahmen des Weltbankfinanzierten POLONOROESTE - Programms gebaute Bundesstrasse BR-364 hat im Bundesstaat Rondônia wesentlich zum sprunghaften Anstieg der Zuwandererströme geführt. Was bedeutet der weitere Ausbau dieser Straße für Acre?

R. Ich habe keinen Zweifel daran, daß sich unsere Probleme noch verschärfen werden, wenn die BR-364 auch in Acre asphaltiert ist. Attentate, Landbesetzungen, Landverkäufe werden zunehmen... Der Ausbau der Straße macht das Gebiet Acres erheblich zugänglicher, wohl vor allem zugunsten der Grundstückspekulation. Sie wird die Lebensumstände von Menschen, die im Wald leben, bestimmt nicht verbessern.

H. Welche Aufgaben haben die internationalen nichtstaatlichen Organisationen beim Schutz des Regenwaldes und seiner Bewohner vor den verschiedenen "Entwicklungsprojekten" der staatlichen Zusammenarbeit?

R. Die wohl wichtigste Aufgabe der nichtstaatlichen Organisationen aber auch der zuständigen Regierungsstellen hier in Europa ist es, Druck auf die Banken auszuüben und sie zu zwingen, ihre Kreditvergabepolitik zu ändern. Und zwar in der Richtung, dass die Forderungen der betroffenen Lokalbevölkerung zu einem Entscheidungskriterium wird. Keine Mitbestimmung der Lokalbevölkerung - keine Projektfinanzierung.

Mittlerweile sind ja die Einflußmöglichkeiten der Umwelt- und Menschenrechtsgruppen hier in Europa stark gewachsen. Diese Gruppen haben also alle Möglichkeiten Druck auf ihre Regierungen und auf die Banken zu machen, um die Projekte zu stoppen, die unweigerlich zur totalen Vernichtung Amazoniens führen werden.

H. Raimundo - vielen Dank!

Eine Diaserie über Leben und Arbeit der Kautschukzapfer ist auszuleihen bei: Heinrich Seul, Gut Fahrenbach, 3440 Witzhausen (Tel.:05542/6249)

Eine ausgezeichnete Amazonienausstellung, die einen Abschnitt über Kautschukzapfer beinhaltet, ist in Berlin und Kassel gezeigt worden. Anfragen über Ausleihbedingungen an: Projektgruppe Ökologie und Entwicklung, Gesamthochschule Kassel, Nora Platiel Str.5. Dort kann auch der Ausstellungskatalog bezogen werden, der die bisher umfangreichste Dokumentation über Kautschukzapfer in deutscher Sprache darstellt.

## CHILE/COLONIA DIGNIDAD

Fluchtgründe: Veröffentlichungen deuten auf bisher unbekannte Dimension der Verbrechen der Colonia Dignidad

*Vor kurzem kam in Chile das erste spanischsprachige Buch über die Colonia Dignidad in Umlauf. Es enthält eine Fülle von Namen und Fakten, die bisher nicht veröffentlicht waren. Eine Sendung des spanischsprachigen Programms von Radio Moskau bestätigt die Vermutung, daß die Colonia Dignidad eine wichtige Rolle beim "Verschwindenlassen" politischer Gefangener spielte. Die Grünen im Bundestag haben in einer parlamentarischen Anfrage von der Bundesregierung Stellungnahmen zu den neuen Informationen verlangt.*

LAS ULTIMAS NOTICIAS --- Domingo 6 de Diciembre de 1987 --- 29

INSERCIÓN



### HOMENAJE DE LA ASOCIACION NACIONAL DE MIEMBROS Y AMIGOS DE LA SOCIEDAD BENEFACTORA Y EDUCACIONAL DIGNIDAD EN SUS 25 AÑOS DE PERMANENCIA EN CHILE.

Algunos de los hechos más relevantes que ha realizado la Sociedad.

La principal labor que la Sociedad Dignidad, entre las muchas que ha desarrollado durante un cuarto de siglo, ha sido su atención en el Hospital "Baviera", que se creó en Septiembre de 1963. Este hospital fue el primer hospital de Chile en ser construido en un terreno que pertenecía a la Colonia Dignidad, sus funciones...

1987; Der Freundeskreis der Colonia Dignidad feiert die Sekte für ihr 25-jähriges Bestehen

Carlos Eberhard, der starke Mann des Freundeskreises der Colonia Dignidad in Chile, hat im Dezember 1988 gegenüber der Zeitung 'El Mercurio' erklärt, daß Paul Schäfers Politsekte von der südafrikanischen Regierung eingeladen sei und daß die Colonia Dignidad an Übersiedlung denke. Das 1988 in Chile erschienene Buch "Colonia Dignidad - una pista sobre los desaparecidos?" (Colonia Dignidad - eine Antwort auf die Frage nach den Verschwundenen?) von Jaime Lagos und Paul Friedrich Violenstein enthält die Informationen, die dazu geführt haben könnten, daß die Colonia Dignidad sich aus Chile in die letzte Bastion staatlichen Rassenwahns absetzen will.

Die LN haben für diese Ausgabe die beiden Kapitel über die "Verschwundenen" und die Waffengeschäfte der Colonia Dignidad übersetzt. Der Inhalt der übrigen Kapitel ist hier zusammengefaßt. Eine Übersetzung des gesamten Textes ist in Arbeit, kann aber in den LN nicht untergebracht werden. Interessenten seien auf die Anzeige am Ende des Heftes verwiesen.

Das Buch beginnt mit vier Kapiteln zur religiösen, historisch-sozialen, politischen und psychologischen Vorgeschichte des Folterlagers. In diesen Kapiteln unternehmen die Autoren den Versuch zu verstehen, wie Folter entsteht. In der gesamten auch deutschsprachigen Literatur zur Colonia Dignidad gibt es keine Untersuchung, die so systematisch argumentiert. Die aus einer christlichen Sekte entwickelte, eigentümliche Theologie Paul Schäfers, in der Arbeit Gottesdienst ist, gehört ebenso zur Vorgeschichte des Folterlagers wie das im Stil der jugendbewegten Männerbünde durchgeführte Kolonisationsprojekt in den chilenischen Voranden nach Schäfers Flucht 1960/61 vor einer Interpolfahndung wegen homosexuellen Umgangs mit abhängigen Jugendlichen. Das Landnahmeprojekt in Chile ist ein "Totalaufbau", der einen totalitären Staat im Staat mit Schäfer als Führer hervorbringt. An Stellen wie diesen vermuten die Autoren nationalsozialistische Elemente, ohne dies durch Fakten oder Zitate belegen zu können.

Dem esoterischen Geheimnis der Colonia Dignidad nähern sich die Autoren durch Deutung auch bisher unveröffentlichter Texte der Sekte. Der tatsächliche Ansporn der Gruppe ist, so zeigen die Textdeutungen, der Antikommunismus. Auch die reichlich verquere Psychologie der Colonia Dignidad, die sich im teilweise abgedruckten Protokoll einer Generalversammlung der Siedler niederschlägt, weist Parallelen zum Nationalsozialismus auf und enthält, wie Lagos und Violenstein zeigen, die entscheidenden Elemente der Psychologie eines Folterkollektivs. Es gehört zu den Besonderheiten der Colonia Dignidad, daß dieses Kollektiv nicht einfach handelt, sondern zudem sein eigenes Psychogramm schreibt, liest man diese Texte nur gegen die Absicht ihrer Urheber, zu denen der sich als "Psychologe" bezeichnende Schäfer selbst gehören mag.

Das Buch analysiert, daß die Colonia Dignidad entscheidend zur Schaffung des berüchtigten Geheimdienstes DINA beigetragen hat. Als Oberst Manuel Contreras Pinochet davon überzeugen wollte, daß dieser einen die nebeneinander oder gar gegeneinander arbeitenden Geheimdienste der vier Teilstreitkräfte ins zweite Glied der Befehlshierarchie verweisenden Geheimdienst einrichten müsse, brauchte er ein substanzielles Angebot. Er mußte einen Alliierten vorweisen, der ein geheimes Lager, politische Zuverlässigkeit, infrastrukturelle Elemente wie einen Radiosender und Abhöreinrichtungen, ein Krankenhaus, am besten unterirdische Räume, einen Wagenpark und Flugzeuge und gute Auslandskontakte vorweisen konnte. Dieser Alliierte mußte verschwiegen, nicht korrumpierbar und dem Gerangel der bestehenden Geheimdienste entzogen sein - kurzum: er bot, so vermuten die

Autoren, die Colonia Dignidad an. Pinochet verfügte die Gründung der DINA als zentralen, nur ihm verantwortlichen und mit unbeschränkten Vollmachten ausgestatteten Terrorapparat. Contreras wurde ihr Direktor und damit der zweitmächtigste Mann Chiles. Um ihre Analyse zu stützen bringen die Autoren eine Fülle von Namen und Fakten, so etwa, daß die Goldmine der Colonia Dignidad, die nach deren eigenen Angaben nicht rentabel war, in Wahrheit Contreras Einkünfte aus dem illegalen Goldhandel weißwaschen sollte. Die solide Basis der Allianz zwischen Schäfer und Contreras ist deren jeweiliges Wissen um die Korruption und Verbrechen der herrschenden Militärs. Für Schäfer ist dieses Wissen eine "Lebensversicherung" und, so wird man hinzufügen können, der Grund für die jahrelange Unantastbarkeit seiner Siedlung.

Es folgen die hier übersetzten Kapitel mit zahlreichen, sehr knappen Zitaten aus Unterlagen, die offenbar nicht veröffentlicht sind. Die von Lagos und Violenstein gemachten Andeutungen erweisen die Colonia Dignidad als Urheber eines weit größeren Verbrechens als man bisher dachte und als Drehpunkt eines umfangreichen Waffengeschäfts. Um welche Waffen es sich handelt, ist unklar.

Besondere Aktualität erhält das Kapitel über die "Verschwundenen" durch eine Sendung des spanischsprachigen Programms von Radio Moskau vom 3. Januar 1989. In diesem Beitrag, der LN nur als Gedächtnisprotokoll vorliegt, heißt es, die Colonia Dignidad sei entscheidend an einem Massaker an etwa 100 "verschwundenen" politischen Gefangenen im Sommer 1975 beteiligt gewesen. Zur selben Zeit habe die chilenische Diktatur eine Liste von 119 Personen lanciert, die sich angeblich bei Gefechten zwischen verfeindeten Guerilleros gegenseitig umgebracht hatten. Diese Liste stimmt offenbar mit den chilenischen politischen Gefangenen überein, die in der Colonia Dignidad oder in einem in der Nähe gelegenen Arbeitslager der Colonia Dignidad festgehalten wurden. An einem Ort namens Cerro Gallo in der Nähe der Colonia Dignidad führten laut Radio Moskau chilenische Militäreinheiten, die zeitweise in der Colonia Dignidad stationiert waren, eine militärische Operation gegen angebliche Guerilleros aus, die in Wahrheit aber Gefangene waren, die Gewehre ohne Munition bekommen hatten. Die Operation, die nicht von allen beteiligten Soldaten als Massaker durchschaut worden war, wurde von einem Kapitän Alberto Cardemil geleitet, der heute ein führendes Regierungsamt innehat. Radio Moskau hebt hervor, daß die Colonia Dignidad offenbar alle Juden oder Gefangene mit jüdischen Namen unter den in Chile "Verschwundenen" selektiert und am Cerro Gallo liquidiert hat.

Damit wäre die Colonia Dignidad das, als was sie vorschnell immer bezeichnet wurde: ein deutsches KZ im strikten Wortsinn der Selektion von Juden, des Arbeits- und schließlich Todeslagers. Das Buch von Lagos und Violenstein erwähnt auf Seite 34 knapp eine militärische Operation gegen angebliche subversive Elemente, die von der Colonia Dignidad ausging, an der die Deutschen teilnahmen und bei der sie bessere Waffen als das reguläre chilenische Militär hatten, ohne daß allerdings von einem Massaker die Rede ist. In dem Buch

"Confesiones" (Santiago 1988) berichtet der frühere Pressesprecher Pinochets, Federico Willoughby, er habe einmal den Auftrag erhalten, der Presse etwas von einem angeblichen Gefecht des Militärs gegen Guerilleros vorzuschwindeln. Willoughby war ein führender Vertreter der rechtsterroristischen Organisation Patria y Libertad (Vaterland und Freiheit) und hat in dieser Funktion 1973 die Colonia Dignidad besucht, um zu klären, ob dort Waffen für die Putschvorbereitung seien (vergl. LN 166, S. 31). Diese Erwähnungen erhärten den Bericht von Radio Moskau über das größte bisher bekannte Massaker an politischen Gefangenen in Chile.

Zurück zu dem Buch, das danach die Allianzen der Colonia Dignidad behandelt: die Freundeskreise in Chile und der BRD und ein Kontaktnetz von DINA/Colonia Dignidad mit in Lateinamerika lebenden Nazis (wieder sehr knapp behandelt) und europäischen Rechtsterroristen. Leserinnen und Leser haben hier den Eindruck, daß dieses zum Teil sehr lokale und biertischartige Geflecht einiges von dem erklärt, was an der Colonia Dignidad so unerklärlich zu sein scheint. Zu den Helfern der Colonia Dignidad gehört Dietrich Linke, ehemaliger Botschaftsrat an der deutschen Botschaft in Santiago, der hinter dem Rücken des Auswärtigen Amtes die chilenischen Behörden über die Bonner Absichten gegenüber der Colonia Dignidad informiert haben soll. Einzelinformationen wie diese sind, falls sie zutreffen, Ergebnisse von sehr sorgfältigen Recherchen an ganz unterschiedlichen Orten. Eine indirekte, den Autoren offenbar unbekannteste Bestätigung der Machenschaften Linkes enthält der "Demokratie-Report Chile" (Würzburg 1987) von dessen politischem Freund und häufigen Besucher der Colonia Dignidad, Lothar Bossle, der von einem in seinen Augen ungerichtfertigten Karriereknick des Botschaftsrats berichtet (S. 24).

Das Buch schließt mit einem Resumee des Prozesses der Colonia Dignidad gegen amnesty international, der hier zum ersten Mal veröffentlichten Aussage Schäfers vor der chilenischen Untersuchungsrichter in 1988 und der bereits bekannten Aussage des abgesprungenen und kurz darauf ermordeten DINA-Agenten René Muñoz Alarcón, die im Kontext dieses Buches neue Aktualität gewinnt.

Autoren und Verlag dieses siebzigseitigen, im Taschenformat gehaltenen Büchleins sind unbekannt. Das Buch ist auf dem Informationsstand vom Herbst 1988 und nimmt auf alle relevanten Veröffentlichungen zur Colonia Dignidad Bezug. Ein paar kleine Fehler, meist Schreibweisen deutscher Namen, mögen den Untergrundsbedingungen geschuldet sein, unter denen dies den Menschenrechten verpflichtete und daher subversive Buch in Chile entstanden ist. Man nimmt daher den Autoren auch ab, daß sie ihre Informationsquellen nicht benennen können. Das Buch schließt mit der Hoffnung, daß es einen Ausweg aus dem Labyrinth der Colonia Dignidad und des chilenischen Unterdrückungsapparats gebe. Die Autoren haben ihren Beitrag geleistet, zu diesem Ausgang zu gelangen.

Zwei Kapitel (S. 39-44) aus: Jaime Lagos/Paul Friedrich Violenstein: *Colonia Dignidad - una pista sobre los desaparecidos?* Santiago 1988

## Kompromittierende Erklärungen über das Verschwinden von Verhafteten in Colonia Dignidad

"Colonia Dignidad ist ein fester Bestandteil des geheimen Repressionsapparates, der für das Verschwinden von mehr als 2'000 Personen nach ihrer Verhaftung verantwortlich ist", schrieb amnesty international in seiner 1977 erschienenen Broschüre<sup>1</sup>.

Im Verlauf des Prozesses vor dem Bonner Gericht begründete amnesty international seine Behauptung mit folgenden Elementen: Der Aussage des früheren DINA-Agenten Samuel Fuenzalida vor dem Bonner Gericht, in der dieser angab, daß er selbst "Loro Matias" (der richtige Name ist Alvaro Vallejos, verhaftet am 20. Mai 1974) in die Colonia Dignidad gebracht habe, wo dieser Gefangene verschwand.

Weiterhin brachte amnesty international das schriftliche

Bekenntnis des früheren DINA-Agenten René Muñoz Alarcón vor, das dieser vor dem Solidaritätsvikariat gemacht hatte, in dem es heißt: "Ich war an dem Verschwinden einiger Personen beteiligt, die in der Colonia Dignidad sind. Augenblicklich gibt es 112 (verschundene, Anm. d. übers.) Personen in Colonia Dignidad, einige sind altbekannte Führungspersönlichkeiten der verschiedenen Parteien der UP".

Zudem führte amnesty international die Zeugen Erik Zott und Luis Peebles vor, die bestätigten, daß sie als politische Gefangene in die



Colonia Dignidad gebracht worden waren, und beide nennen Marcia Alejandra Merino Vega als DINA-Agentin, die zu der Gruppe gehörte, die sie in die Colonia Dignidad brachte.

Es gibt ein weiteres Dokument, das Colonia Dignidad mit der finsternen Praxis, politische Gefangene verschwinden zu lassen, in Zusammenhang bringt: die eidesstattliche Erklärung des ehemaligen Gefangenen Ramon Rojas Gonzales, gemäß der der politische Gefangene Alfonso Chanfreau Oyarce, verhaftet am 30. Juli 1974, im Mai 1975 von dem ebenfalls dort inhaftierten Humberto Menanteaux in Colonia Dignidad gesehen worden sei<sup>2</sup>.

Der Fall des verschwundenen Gefangenen Alfonso Chanfreau Oyarce wird in einem Schreiben eines deutschen Diplomaten an sein Ministerium in Bonn erwähnt. Der Fall ist aber von noch größerer Bedeutung, denn sein Name erscheint in einem kompromittierenden Brief von DINA-Chef Manuel Contreras an Paul Schäfer<sup>3</sup> vom 16. September 1978, in dem der Prozeß in Bonn analysiert wird und es dann heißt: "Wir rechnen damit, daß sie bald den Fall Chanfreau vor das Gericht bringen"<sup>4</sup>.

Weiter muß in diesem Abschnitt über Colonia Dignidad und ihre Beziehungen zu den verschwundenen Gefangenen der Bericht des Washingtoner Journalisten John Dinges erwähnt werden, der von einem Mitglied des nordamerikanischen Geheimdienstes gehört hatte, daß die DINA Colonia Dignidad benutzt habe, um politische Gefangene verschwinden zu lassen, wobei diese in Massengräbern beerdigt wurden und die Verwesung der Leichen durch chemische Substanzen beschleunigt wurde (Lateinamerikanachrichten 166)<sup>5</sup>.

Wir wissen nicht, ob gegenwärtig noch "Verschwundene" in Colonia Dignidad leben. Wir wissen nicht, wer die drei Kinder von "Verschwundenen" sind, die in Colonia Dignidad leben. Wenn eines Tages alles bekannt sein wird, was die DINA mit Hilfe der Colonia Dignidad begehen konnte, werden viele der Fragen nach den "verschwundenen" Gefangenen beantwortet sein.

## Vom ideologischen zum bewaffneten Kampf

Mit dem Militärputsch von 1973 wurde die Colonia Dignidad nicht nur zu einem Teil des Repressionssystems der Diktatur, sondern die Sekte ging auch vom ideologischen zum bewaffneten Kampf über. Die "Lateinamerikanachrichten" [Nr. 166, Anm. d. übers.] geben hierzu folgendes an:

- Der Journalist John Dinges schreibt 1984 in "The Rebel", daß drei Mitglieder der Leitung von Patria y Libertad (dt.: Vaterland und Freiheit, eine rechtsterroristische Vereinigung, die den Putsch von 1973 vorbereitete, Anm. d. übers.) - Roberto Thieme, Alfredo Canales und Federico Willoughby - 1973 vor dem Militärputsch die Colonia Dignidad besuchten, um herauszufinden, wieweit die Sekte Schäfers

für den geplanten Regierungssturz nützlich sein könne. Sie stellten fest, daß es dort halbautomatische 9 mm-Waffen und Bazookas gab.

- Die Aussage des früheren Agenten eines der chilenischen Geheimdienste, Miguel Becerra, der in unterirdischen Räumen der Colonia Dignidad schwere Waffen und einen Panzer gesehen habe. Ist dieser Panzer der mit Stahlplatten umkleidete Wagen, der auf dem Foto der deutschen Zeitschrift "Quick" vom 27. April 1988 zu sehen ist?

- In einer der Colonia Dignidad gehörenden Mine in der Provinz Cautín wurden Panzerwagen gesehen.

- In einer öffentlichen Anhörung des Deutschen Bundestages am 22. Februar 1988 sagte der aus der Colonia Dignidad geflohene Georg Packmor aus, daß die Waffen der Siedlung bei der dritten Division registriert seien und daß die 50 Deutschen [gemeint sind die waffenfähigen Männer, Anm. d. Übers.], die dort leben, Maschinenpistolen tragen.

- Hugo Baar, der zur Leitung der Sekte gehört hatte und ebenfalls geflohen war, hatte auf dem deutschen Schwarzmarkt Maschinenpistolen und Handgranaten und als "karitative Güter" nach Chile geschickt. Baar glaubt, daß sie dort nachgebaut werden. Es gibt in Colonia Dignidad regelmäßige Verteidigungsübungen, die von Schäfer geleitet werden. Dieser kommt herein und schreit: "Guten Tag, Kameraden" und die Männer antworten: "Guten Tag, Herr General". Auch die Frauen nehmen an Schießübungen teil.



Dr. Hartmut Hopp, der "Außenminister" der Colonia Dignidad vor dem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages

- Gemäß der deutschen Zeitschrift "Stern" vom 28. Februar 1988 fand der chilenische Zoll auf dem holländischen Schiff Nedlloyd Manila im April 1987 1'056 kg Munition, die für Colonia Dignidad bestimmt waren.

Es ist eine Tatsache, daß Colonia Dignidad ein Freihafen für den Handel mit Waffen und anderen Kriegselementen ist. Der deutsche Wafenhändler und Chef des Freundeskreises Colonia Dignidad, Mertins, schreibt in einem Brief: "Wie wir der chilenischen Regierung bereits mitteilten, würden wir gerne die Importe des Materials machen, aber die Technologie ist etwas, was nur Ihr beitragen könnt." Es gibt einen Brief des früheren DINA-Chefs Manuel Contreras, in dem es heißt: "Das einzige, was vor dem Gericht in Bonn vielleicht bewiesen werden kann, ist der Import geheimer Materialien unter unserem Namen ... aber das ist kein Delikt".

Wir wissen nicht, was mit "unserem Namen" gemeint ist. Ist es das berühmte Fleischereunternehmen, das so vielen illegalen Handlungen des chilenischen Regimes diente? Miguel Kast, der frühere Minister der chilenischen Militärregierung, signalisierte dem Planungsministerium "die prinzipielle Zustimmung zur Einrichtung einer Fabrik für Materialien für die Streitkräfte". In einem Brief des Verteidigungsministeriums [offenbar des chilenischen, Anm. d. Übers.] wird eine "Firma in Hannover und Koblenz erwähnt", die "die Bürgschaft der Sociedad Benefactora" (d.h. der Colonia Dignidad) "hat, um in Chile als strategisch angesehene Materialien herzustellen."

In Colonia Dignidad gibt es ein Laboratorium zur Erprobung von Waffen und zur Analyse von Gasen.

Diese Informationen sagen nicht klar, welches die Waffen oder Kriegselemente sind, die Colonia Dignidad herstellt. Es ist sogar möglich, daß sie den Unternehmen Cardoen und Ferrimar Konkurrenz macht [vergl. LN 177, S. 14 ff, Anm. d. Übers.]. Es ist sehr wahrscheinlich, daß sie benutzt wird, um das von Jimmy Carter erklärte Waffenembargo zu brechen. Es ist möglich, daß die DINA und andere paramilitärische Organisationen des südlichen Lateinamerika über die Colonia Dignidad und ihre Importerleichterungen nicht registrierte Waffen erhalten haben.

Die Materialien oder Elemente können chemische Komponenten oder chemische Waffen oder chemische Materialien chilenischen Ursprungs sein, die im Krieg zwischen Iran und Irak benutzt werden. Vielleicht ist Colonia Dignidad mit seinem exterritorialen Flugplatz ein Kanal für solche Lieferungen? Jungst wurde bekannt, daß Zunder chemischer Bomben des Irak spanische Aufschrift trugen.

In diesem Zusammenhang muß angemerkt werden, daß die DINA konkret die chemische Kriegsführung geplant hat, wobei sie die Strategie verfolgte, den traditionellen, von den Waffengattungen verfolgten Verteidigungsarten eine nichtkonventionelle Verteidigung hinzuzufügen. Es handelt sich um das in dem Buch "Labyrinth" erwähnte Projekt ANDREA. Contreras wollte die Grenze mit Peru und später die

Andenpässe nach Argentinien mit chemischen Substanzen kontaminieren. Seine Analyse war in zwei Punkten falsch: Weder planten die "linken" peruanischen Generäle einen Angriff auf Chile, noch war es möglich, chemische Waffen einzusetzen, da sie für beide Heere gefährlich waren.

Michael Townley, ein DINA-Agent, kaufte in England und der BRD chemische Einrichtungen und Chemikalien. In Deutschland kaufte er diese bei der Firma Gallenkamp<sup>7</sup>. Außerdem arbeitete er sich in diese Materie ein und produzierte das hochgefährliche Gas Sarin. Die Zünder wurden "im Ausland" gekauft. Beim Transport dieser Materialien half [die Fluggesellschaft, Anm. d. Übers.] LAN/Chile. Hans von Arnswaldt<sup>8</sup>, Vertreter der Frachtgutabteilung von LAN/Chile und der DINA in Frankfurt, verschickte zusammen mit dem Drogisten und Mitglied der Privaten Socialen Mission (dem deutschen Sitz der Colonia Dignidad), Alfred Schaak, die Sendungen nach Santiago.

### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Anm. d. Übers.; gemeint ist "Colonia Dignidad - deutsches Mustergut in Chile - ein Folterlager der DINA", hrsg. von der Chile-Koordinationsgruppe von amnesty international, Frankfurt, 1977. Wegen dieser Broschüre kam es zum Prozeß der Colonia Dignidad gegen ai, der bis heute nicht abgeschlossen ist.
- <sup>2</sup> Menanteaux wurde freigelassen und danach 1975 von der DINA ermordet.
- <sup>3</sup> Der Brief beginnt mit "Lieber Hans..."
- <sup>4</sup> Leider hatte amnesty international diesen Brief nicht, um ihn dem Bonner Gericht vorzulegen.
- <sup>5</sup> In den sechziger Jahren wurde bei der Beerdigung von Ursel Schmittke, die während eines Fluchtversuchs starb, ein weißes Pulver benutzt.
- <sup>6</sup> Taylor Branch, Eugene Propper; Labyrinth, New York 1982 (Anm. d. Übers.)
- <sup>7</sup> Michael Townley ist einer der Mörder des ehemaligen chilenischen Außenministers Orlando Letelier im washingtoner Exil. Offenbar ist hier die in dem Buch von Branch/Propper (s.o.) erwähnte Firma Gallenkamp gemeint, die aber in England ist (Anm. d. Übers.)
- <sup>8</sup> Offenbar ist der bei Branch/Propper auf S. 305 erwähnte Wolf Hartwig von Arnswaldt gemeint (Anm. d. Übers.)

# ARGENTINIEN

## Militärs feiern 5 Jahre Demokratie

*Am Sonntag, dem 4. Dezember, kündigten ganzseitige Zeitungsanzeigen "Fünf Tage Feiern für fünf Jahre Demokratie" an. Vom 8. bis 12.12. sollte es große Freiluftkonzerte geben mit allen Künstlern, die in Argentinien Rang und Namen haben. Beim Motto "Para Festejar la Vida" (Um das Leben zu feiern) war in der Anzeige das Wort "Festejar" durchgestrichen und "Defender" (verteidigen) darübergedruckt. Die Anzeige endete mit dem Hinweis: "Fällt auch bei schlechtem Wetter nicht aus". Dennoch fand die Feier der Demokratie nicht statt. Eine dreitägige, kleinere Version wurde auf's Ende des Jahres verlegt. Was war bedrohlicher als schlechtes Wetter? Die Antwort ist eine lange Geschichte...*

*Das Jahr 1988 ging für Argentinien so zu Ende, wie es begonnen hatte: Mit einer Militärrevolte. Ihr Ablauf sagt viel aus über den Zustand der argentinischen Demokratie nach fünf Jahren - Grund genug für die LN, die Ereignisse einer näheren Betrachtung zu unterziehen.*

### "Ich danke den Streitkräften in ihrer Gesamtheit!"

Der heimliche Supervisor der beiden Rebellionen Aldo Ricos Ostern 87 und Januar 88, Oberst Mohamed Ali Seineldín, leitete diesmal höchstpersönlich die Meuterei von rund 400 Soldaten des Heeres und 60 der Küstenwacht. Die Forderungen waren die altbekannten: Absetzung der militärischen Führung, Amnestie für verurteilte Militärs, Einstellung aller Prozesse wegen Verbrechen gegen die Menschenrechte während der letzten Diktatur und Anerkennung der glorreichen Rolle der Streitkräfte im "Schmutzigen Krieg".

In der Nacht zum 1. Dezember begann die Revolte mit dem Versuch der Übernahme dreier Regimenter, der in allen Fällen scheiterte, und der Rebellion von 60 Angehörigen der Küstenwacht, die unter Hochrufen auf Aldo Rico schwerbewaffnet aus ihrer Einheit abhauerten. Die Regierung erklärte die Situation für "unproblematisch". Am folgenden Tag übernahm Seineldín die Führung der Revolte, am Nachmittag kam es zu Schießereien zwischen Rebellen und "Regierungstreuen" ("leales"). Am Abend erklärte Vizepräsident Martínez (Alfonsín war noch im Ausland) die Krise für beendet. Am 3. Dezember verschärfte sie sich stattdessen, plötzlich war von einem möglichen Staatsstreich die Rede. "Gegen den Putsch - alle auf zum Kongreß!" blendeten die Staatssender in ihr zusammenschaltetes Sonderprogramm ein. Am Abend des 4. Dezember war dann zum zweiten Mal alles vorbei und gar nicht so schlimm gewesen.

Verhandlungen und Absprachen zwischen Regierung und Rebellen habe es nicht gegeben. Für die Lösung des Konflikts "danke ich den Streitkräften in ihrer Gesamtheit", erklärte Präsident Alfonsín in einer kurzen Rede dem verblüfften Fernsehpublikum. Dennoch sollte es noch zwei Tage dauern, bis Seineldín verhaftet wurde, und insgesamt fünf Tage, bis der "regierungstreue" General Dalton die 79 km bis in die Stadt Mercedes zurückgelegt hatte, um den letzten Seineldín-Getreuen zur Aufgabe zu bewegen. Einen Tag später, am 10. Dezember 1988, wollte Argentinien eigentlich den 5. Jahrestag der Demokratie feiern...

So sehr die Bevölkerung überwiegend die Politik der Regierung auch ablehnt, steht sie dennoch geschlossen hinter Präsident Alfonsín, wenn es um die Verteidigung der Demokratie geht. Zunehmende Wut gegen die Militärs macht sich breit. Auch wenn es vielen während der letzten Diktatur ökonomisch besser ging, wünscht sich kaum jemand die "milicos" zurück. So ist bezeichnend für die breite Ablehnung des Militärs in der Bevölkerung, daß der meistgesehene Film, der 1988 im Fernsehen lief, "La Noche de los Lápices" war. Dieser Film dokumentiert den Fall von Schülern, die die Militärdiktatur "verschwinden" ließ, weil sie sich für verbilligte Schülerfahrkarten eingesetzt hatten.

Diese Ablehnung der Militärs schlägt sich natürlich nur zum Teil nieder in aktiver Beteiligung an Menschenrechtsdemonstrationen oder anderen Aktionen. Jedoch waren am 3. Dezember drei Stunden nach dem ersten Aufruf, für die Verteidigung der Demokratie zu demonstrieren, über 100.000 Personen "presente" auf dem Platz vor dem Kongreß (und das kurz vor Mitternacht). In allen größeren Städten des Landes gab es ebenfalls Kundgebungen. Beim "8. Widerstandsmarsch" der Madres de la Plaza de Mayo in der Woche nach der Revolte nahmen 24 Stunden lang durchschnittlich mehrere tausend Personen teil, der Abschluß brachte mit rund 15.000 Menschen nicht weniger, sondern mehr Leute auf die Beine als in den letzten zwei Jahren.

In Villa Martelli, dem Viertel, in dem Seineldíns Aufständische einen Militärstützpunkt besetzt hielten, gingen gegen sie nicht "regierungstreue" Militärs vor, sondern Hunderte von Anwohnern - mit Flüssen, Flaschen und Steinen, auch wenn ihnen die Rebellen mit Tränengasgranaten, Gummigeschossen und scharfen Schüssen antworteten, die schließlich drei Demonstranten und einem Polizisten das Leben kosteten. Da zum Schluß auch von "Loyalen", von der Polizei und einem kleinen Trupp Ziviler scharf geschossen wurde, ist nicht auszuschließen, daß ein Teil der Verletzten und eventuell auch der Toten diese auf dem Gewissen haben.

Weniger risikoreiche, aber dennoch aktive Beteiligung an der Demokratisierung kommt in breitem Ausmaß in den Parteien zum Ausdruck, die in den letzten Jahren einen enormen Mitgliederzuwachs verzeichneten. Nachdem die peronistische Partido Justicialista und

die regierende UCR jeweils ihren Präsidentschaftskandidaten von der Mitgliederbasis wählen ließen (s. LN 171), entschloß sich auch die Linke zu diesem nahezu revolutionären Schritt. Das Linksbündnis Izquierda Unida, gebildet aus dem trotzkistischen MAS (Movimiento al Socialismo) und dem von der Partido Comunista dominierten Zusammenschluß FRAL (Frente Amplio de Liberación), schrieb offene Wahlen für die Benennung ihres Kandidaten für die nationale Wahl im Mai dieses Jahres aus. 140.000 Mitglieder und Sympathisanten wählten landesweit mit knapper Mehrheit Nestor Vicente von der FRAL zu ihrem Präsidentschaftskandidaten.



Während die Militärs kaum mit Unterstützung in der Bevölkerung rechnen können, wenn es um die Rechtfertigung von zehntausendfachem Mord und Folter geht, sieht das in den Führungsgremien der beiden großen Parteien und in der Regierung anders aus. Dort finden sich eine Reihe von Befürwortern der zwischen Rebellen und "Loyalen" unumstrittenen Forderung nach Einstellung aller Prozesse gegen Militärs und Amnestie für bereits verurteilte.

Innerhalb der Regierung (spartei) fanden die Forderungen Seineldíns, die später - außer der nach "Austausch der militärischen Führung" - auch vom "loyalen" Heeres-Chef Caridi übernommen wurden, "Verständnis" beim Vizepräsidenten Martínez und Unterstützung bei Verteidigungsminister Jaunarena. Bei Präsident Alfonsín und Präsidentschaftskandidat Angeloz hingegen war es unumstritten, daß es keine Amnestie und kein Ende der Prozesse geben könne, weil dies vor der Wahl einem Harakiri gleichkäme. Dennoch gerieten sie in einen ziemlichen Schlingerkurs, weil a) ihnen das nach dem Befehlsnotstands- und dem Schlußpunktgesetz keiner mehr glauben wollte, und b) weil Alfonsín (als verfassungsmäßiger Oberbefehlshaber) nicht die Institution Militär an sich angreifen wollte und so ausdrücklich in Abgrenzung zu Seineldín die "Loyalen" lobte. Mittlerweile wußte jedoch jeder, daß diese keineswegs bereit gewesen waren, wie von Alfonsín angeordnet gegen ihre "Kameraden" vorzugehen, und sich stattdessen die Forderungen der Rebellen zu eigen gemacht hatten ("auch wenn wir die Methoden ablehnen"). So blieb der Regierung als Vorwurf gegen die Aufständischen nur, daß sie die Befehlskette durchbrochen hätten. Das wirkte etwas schwach, wenn man bedenkt, daß die Regierung am 3. Dezember - als sie befürchtete, Seineldín würde gegen den Präsidentenpalast vorrücken - schon anfang, die Koffer zu packen...

### Rechte Peronisten: Hauptsache national

Noch größere Schwierigkeiten mit der Revolte als die UCR hatten die Peronisten. Zum einen hatte ihr Präsidentschaftskandidat Menem schon vor Monaten den Begriff "Befriedigungsgesetz" in die Diskussion gebracht, auch wenn er sich gleichzeitig gegen eine Amnestie ausgesprochen hatte. Aber was dieses "ley de pacificación" nun genau sein sollte, blieb unerklärt. "Erlaß eines Befriedigungsgesetzes" hatten nun die rebellierenden Militärs als ihre Forderung aufgenommen und jeder wußte, daß sie damit eine General-Amnestie meinten.

Zum zweiten war Seineldín der 'Wunschlilitär' vieler Peronisten gewesen, die in ihm das "nationalistische" Gegengewicht zu der "liberalen", anti-peronistischen Heeresführung um Caridi sahen. Während UCR und Regierung jeden direkten Kontakt mit den Aufständischen vermieden, war einer der ersten Besucher im Lager der Rebellen der Verteidigungsexperte der peronistischen Partido Justicialista, Eduardo D'Amico, angeblich mit Billigung des Parteichefs Cafiero, um zu erfahren, was der Rebellenführer denkt. Dazu hätte er jedoch nur einige Kollegen fragen müssen. Wie später bekannt wurde, hatte es einen lebhaften Reiseverkehr peronistischer Politiker nach Panama gegeben, wo Seineldín als Militärberater tätig war. Zu dieser Gruppe mit besten Kontakten zum Rebellen-Oberst ge-

hörten immerhin vier Provinzgouverneure, drei Senatoren, mehrere Abgeordnete sowie ein Militärberater Menems. Auch die nationalistischen "Revolutionären Peronisten", die Nachfolgeorganisation der linksperonistischen "Montoneros"-Guerilla der 70er Jahre, pflegten Kontakte zur Rebellengruppe.

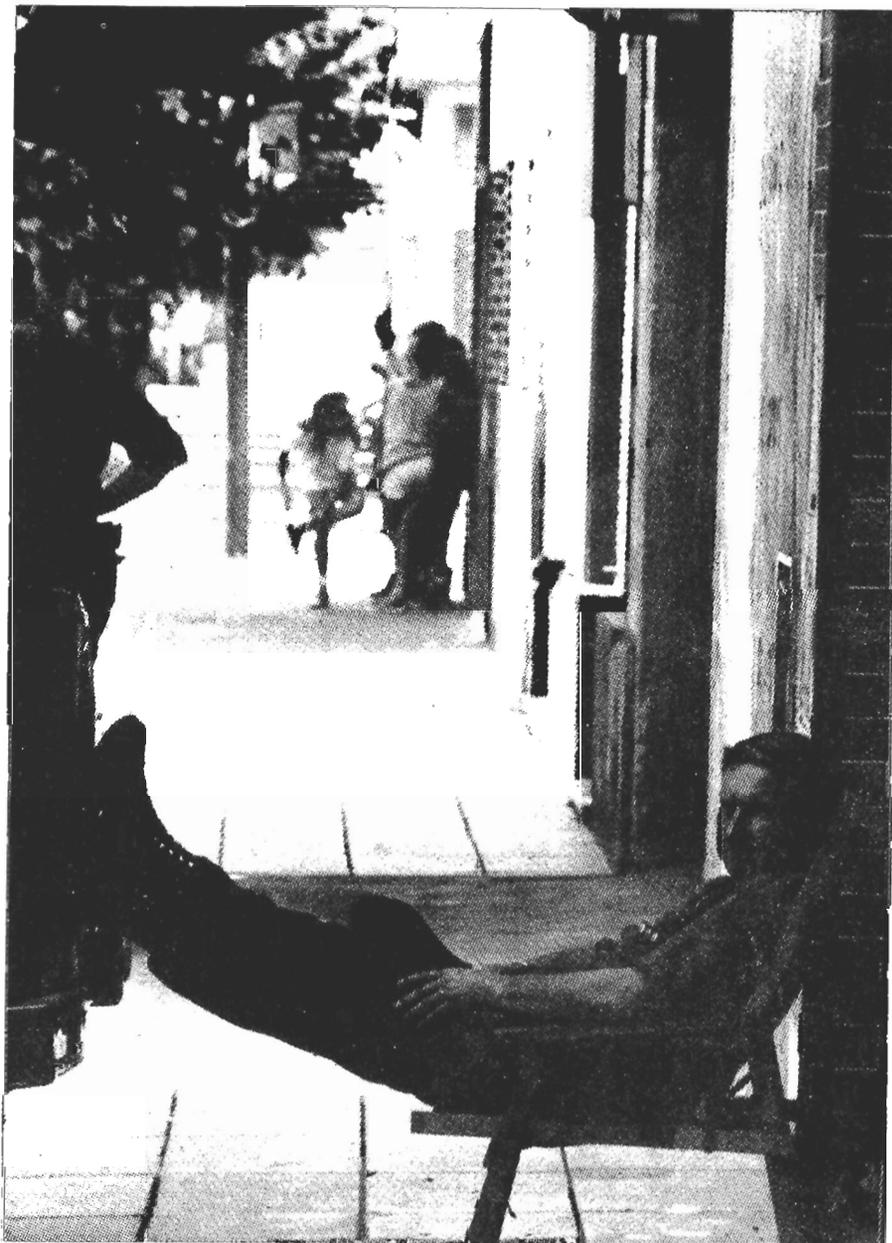
Ein Teil der Seineldín-Freunde gehörte früher der - inzwischen aufgelösten - rechtsradikalen "Guardia de Hierro" des Peronismus an. Jetzt wurde wieder deutlich, daß mit der Demokratisierung der Partei-Strukturen der Partido Justicialista noch lange nicht die alten Figuren aus autoritären Zeiten abgelöst worden sind. Die peronistischen Freunde Seineldíns traten während der Revolte für Verhandlungen mit den Rebellen ein - entgegen dem Konfrontationskurs, den der Vorsitzende der peronistischen Parlamentsfraktion Manzano (s. LN 168) propagierte. So dauerte es am Samstag, dem 3. Dezember, eine ganze Weile, bis der parteiübergreifende Aufruf "Alle zum Kongreß!" auch von den Peronisten unterschrieben wurde. Auf dem Platz waren dann nur relativ wenige peronistische Fahnen zu sehen. Die Gewerkschaftsführung brauchte bis zum Sonntag morgen bis sie - gemeinsam mit allen Unternehmerverbänden - für den nächsten Tag zum Generalstreik aufrief. Dieser wurde jedoch umgehend abgeblasen, nachdem Alfonsín noch am gleichen Abend die Revolte für beendet erklärte.

### Das nächste Mal der Putsch?

Am Samstag, dem 3. Dezember, mochte die Regierung offenbar nicht mehr ausschließen, daß Seineldíns Panzer nach dem Abrücken aus ihrem ersten Stützpunkt Campo de Mayo nun in Richtung Regierungspalast vorrücken würden. Die "Regierungstreuen" hatten sich das Abrücken nur angeschaut, nicht jedoch eingegriffen. Ohne Schwierigkeiten hätten ein paar Hundert Bewaffnete die Macht übernehmen können. Rutschte Argentinien tatsächlich nur knapp am Putsch vorbei?

"Wir haben gewonnen!", war die Ansicht Seineldíns, als er einen Berater der peronistischen Senatorin Gurdulich de Correa im Offizierscasino des Regiments Patricios empfing, seinem derzeitigen "Gefängnis". "Es hat keine Verhandlungen oder Zugeständnisse gegeben", so Präsident Alfonsín. Tatsächlich hat die Revolte zur Vereinheitlichung der Streitkräfte geführt und zwar auf der Basis der Forderungen Seineldíns. Durchgesetzt wurde eine ansehnliche Gewaltserhöhung für die Uniformierten und der Rücktritt des Armeechefs Caridi.

Der neue Generalstab, "loyale Professionalisten", dürfte allerdings nicht nach dem Geschmack der Nationalisten sein, hat demzufolge im Zweifelsfall wenig Durchsetzungsvermögen. Die Prozesse gegen Militärs gehen vorläufig weiter. Kurz vor Weihnachten wurden



79 Kilometer in 5 Tagen: Die "loyalen" Truppen auf dem unerbittlichen Vormarsch gegen die rebellierenden Militärs...

in der Berufungsverhandlung Beteiligte an der Revolte Ricos im Januar '88 zu Haftstrafen bis zu 12 Jahren verurteilt. Da es dennoch nur sehr wenige sind, die zu Gefängnisstrafen verurteilt werden, gibt es für zukünftige Rebellionen jederzeit erneut Anlässe und auch Akteure.

Neue Rebellion heißt jedoch noch nicht neuer Putsch. Dazu fehlen den Rebellen (noch) einige entscheidende Voraussetzungen:

- Der nordamerikanische Botschafter saß mit allen wichtigen Kollegen am 3. Dezember in der Sondersitzung des argentinischen Kongresses zur Verteidigung der Demokratie. Noch ist kein Grund zu sehen, warum die USA mit einer Militärdiktatur in Argentinien besser fahren sollte als mit der gegenwärtigen oder der zukünftigen, selbst wenn sie peronistisch sein sollte.
- Die Wirtschaftskapitäne traten ebenfalls geschlossen für die Demokratie auf den Plan. In diesen Kreisen ist man inzwischen an einer kontinuierlichen Entwicklung interessiert, steht mit den regierenden Radikalen auf gutem Fuß und hat auch in den wirtschaftspolitischen Zirkeln der Peronisten ein wichtiges Wörtchen mitzureden.
- Noch beschränken sich die Forderungen der Militärs ausschließlich auf Eigennutz. Es fehlt bisher an einem "Projekt", das die Übernahme der Herrschaft rechtfertigen könnte. Der frühere Feind, die linke Guerilla, existiert nicht mehr. In den letzten Jahren hatten alle aufgefliegenen Terrorbanden Verbindungen zu Rico, zu Militärs und Geheimdienstlern aus der Diktaturzeit oder zu rechtsradikalen Zirkeln des Peronismus.
- Die Unterstützung in der Bevölkerung für die Rebellen ist gleich Null, für die Militärs insgesamt hält sie sich ebenfalls in Grenzen. In Villa Martelli rührte sich keine Hand für die Rebellen - außer um Flaschen oder Steine auf sie zu werfen. Ein Teil der Anwohner jubelte zwar beim Anrücken der "loyalen" Truppen, damit war es aber auch vorbei, als sie wieder abzogen, ohne gegen die Aufständischen vorgegangen zu sein. Für die meisten war das Fazit die Parole: "Loyal oder Rebell, die Milicos sind alle kriminell!"

Daß die Kontakte Seineldíns über das engste rechtsradikale Umfeld hinaus bis in einflußreiche Teile des Peronismus reichen, ist nicht neu. Bereits im Juni 1988 hatte der argentinische Journalist Horacio Verbitsky in der Zeitung *Página/12* über Pläne von Beratern Menems berichtet, Seineldín mittelfristig zum zukünftigen Armeechef aufzubauen. Nach der Revolte gibt es keinen legalen Weg mehr, diese Repräsentationsfigur der Rechtsradikalen in offizielle Funktion zu bringen.

Noch gibt es keinen Anlaß zu befürchten, daß es im Mai '89 nicht zur Präsidentschaftswahl kommen könnte oder im Dezember '89 nicht zur Amtsübergabe. Besorgniserregend bleibt, daß bei einem Wahlsieg des Populisten Menem innerhalb des Peronismus schon Leute bereit-

stehen, Menems "proyecto nacional" in ihrem Sinne weiterzuführen, sobald der angekündigte Sozialpakt und das "Befriedungsprojekt" scheitern. Bei einem Wahlsieg Angeloz' wird die Perspektive nicht wesentlich freundlicher, da dieser Kandidat für Wirtschaftsliberalismus steht. Eine weitere Verschärfung der sozialen Widersprüche ist zu befürchten, mit der möglichen Folge der politischen Destabilisierung.

Es müßte jedoch eine erhebliche Verschärfung der ökonomischen Krise eintreten, bevor eine Militärdiktatur - nach den Erfahrungen der Vergangenheit - wieder als das "kleinere Übel" erscheint. Das erste Dezemberwochenende hat gezeigt, daß die aktive Mobilisierung der Bevölkerung und der gesellschaftlichen Gruppen entscheidend für die Verteidigung der demokratischen Institutionen ist. Nichts ist demobilisierender als ein Zurückweichen gegenüber den Militärs. Diese Lektion hat die politische Führung von Radikalen und Peronisten leider immer noch nicht gelernt.

HP



## VENEZUELA

### Kann Pérez die Erwartung erfüllen?

*Carlos Andrés Pérez heißt der neue Präsident Venezuelas. Er konnte erwartungsgemäß die Wahlen am 4. Dezember für sich entscheiden. Entgegen den ersten Hochrechnungen jedoch zeigte das Endergebnis am 8.12.88 den Kandidaten der Regierungspartei Acción Democrática doch mit einem knapperen Erfolg als erwartet. Besonders der Verlust von 18 Sitzen im Abgeordnetenhaus kam überraschend. Die höchste Wahlenthaltung seit 30 Jahren spricht zudem für das schwindende Vertrauen der Venezolaner in das politische System ihres Landes.*

Der hohen Popularität von Carlos Andrés Pérez ist es zu verdanken, daß er 54,5% der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Damit verwies er den einzigen aussichtreichen Gegenkandidaten von der Oppositionspartei COPEI, den Christsozialen Fernández auf den zweiten Platz (41,7%). Zwischen 1974 und 1978 im großen Boom ("gran impulso") hatte sich Pérez beliebt gemacht, als die Erdöleinnahmen noch wachsende öffentliche Ausgaben zuließen und die Verschuldung ohne unmittelbare Folgen betrieben werden konnte.

Betrachtet man jedoch das Ergebnis der Parlamentswahlen, sieht die Bilanz der sozialdemokratischen Regierungspartei Acción Democrática nicht mehr so rosig aus. 18 Sitze gingen verloren, womit noch 121 für AD, 89 auf COPEI und 22 auf die MAS entfielen. Die sozialistisch-demokratische Bewegung zum Sozialismus (movimiento al socialismo) konnte überraschen die Anzahl ihrer Sitze verdoppeln und ist nun drittstärkste Kraft im Parlament. Prozentual entfielen 43,7% auf AD, 31,4% auf COPEI und 10,2% auf die MAS.

Die 7. Präsidentschaftswahl seit dem Ende der Diktatur von Marcos Pérez Jiménez am 23.1.1958 war ruhig verlaufen. Aber dieses Zeugnis der Stabilität des demokratischen Systems in Venezuela hat einen Schönheitsfehler: 20% der Wahlberechtigten gingen diesmal nicht zu den Urnen. Bei den letzten Kommunalwahlen waren es sogar 50%. Der deutlichste Ausdruck für Vertrauensverlust in das politische System seit 30 Jahren.

Nachdem unter der Regierung Lusinchi Inflation und Arbeitslosigkeit zugenommen haben, scheinen immer mehr Bürger davon überzeugt, daß auch eine neue Regierung keine Wende bringen kann. Tatsächlich sind die Ausgangsbedingungen auch denkbar schlecht: Nach dem stark angestiegenen Haushaltsdefizit in den letzten Jahren muß nun gespart werden. Weder hohe Erdöleinnahmen noch Außenverschuldung wie in den 70er Jahren ermöglichen hohe Staatsausga-

ben Ende der 80er. Soeben hat der noch amtierende Präsident Lusinchi einen Stop für die Tilgungszahlungen der bis Februar 1984 aufgenommenen Auslandskredite verkündet. Es geht dabei um den größten Teil der sich inzwischen auf 31 Mrd. US-Dollar belaufenden Außenschuld. Man will bei den internationalen Banken neue Zahlungsbedingungen erreichen, die "die Entwicklung des Landes nicht beeinträchtigen sollen". Diese Entscheidung des Präsidenten beendet zunächst die Verhandlungen, die die Regierung vergeblich mit den internationalen Banken geführt hatte, um Neukredite zu erhalten. Wie günstig diese Refinanzierung auch ausfallen könnte, "Anpassungsmaßnahmen" werden nicht lange auf sich warten lassen. Klassischerweise beziehen sich diese zunächst auf die Kürzung der Staatsausgaben. Auch in Venezuela wird die Finanzierung des aufgeblähten Staatsapparates zunehmend schwieriger. Unter der Regierung Lusinchi konnte zwar das Ansteigen der Anzahl der staatlich Beschäftigten im Verhältnis zu den anderen Sektoren gebremst werden, nahm jedoch nach absoluten Zahlen immer noch zu. Auch der populäre Pérez wird nur mit Schwierigkeiten etwas gegen den Gewerkschaftsdachverband CTV durchsetzen können, in dem die staatlich Beschäftigten eine besondere Rolle spielen. Die Integration des höchst bürokratisierten und vertikal organisierten Gewerkschaftsbundes in die AD-Politik funktionierte so lange gut, wie es etwas zu verteilen gab. Diese Zeiten sind vorüber und an der Gewerkschaftsbasis entsteht Unruhe. Der Konflikt zwischen Gewerkschaften und Regierung wird kaum zu vermeiden sein.

Der neue Präsident wurde vor allem auch wegen seiner Versprechen gewählt, das politische System zu demokratisieren. Sein Vorgänger Lusinchi hatte bereits demokratische Reformen versprochen und dazu eine Kommission für die Staatsreform eingesetzt. (COPE) Die Schaffung neuer Partizipationsmöglichkeiten für die Bürger aber auch mehr innerparteiliche Demokratie, also direktere Entscheidungsbefugnisse der Parteibasis standen als Forderungen oben an. Bisher war davon jedoch nichts umgesetzt worden. Die Erwartungen konzentrieren sich nun auf den neuen Präsidenten. Von großem Interesse dürfte darüberhinaus sein, welche Schritte Pérez unternehmen wird, um die lateinamerikanische Einheit voranzubringen. Eine gemeinsame Handlungsstrategie gegenüber den Gläubigerbanken und dem IWF hatte er noch als Vizepräsident der sozialistischen Internationale gefordert. Dann habe man "den Schlüssel für das Wachstum", äußerte er selbstbewußt in seiner Rede auf der lateinamerikanischen Parlamentarier-Versammlung im Dezember 1987 in Brasilia.

*Zeit Homocron*

Quellen: Nueva Sociedad, Sept., Okt. 1986, Nr. 85

März, April 1988 Nr. 94

El País 5./6./8./Dez. 1988

2./Jan. 1989

## PERU

### Terror Senderos gegen Entwicklungsprojekt

*Auch Entwicklungsprojekte sind vor dem Terror der maoistischen Guerilla "Sendero Luminoso" (Leuchtender Pfad) nicht geschützt. Ziel Senderos ist, das Land auf allen Ebenen zu destabilisieren. Das Feindbild umfaßt dabei alle, die in irgendeiner Weise als Repräsentanten oder Kollaborateure "des Systems" bezeichnet werden könnten, nach Sendero-Lesart alle, die Sendero nicht unterstützen. Die LN dokumentieren einen Bericht über den Mord an fünf Mitarbeiter/innen eines französisch-peruanischen Projektes in der Provinz Cotabamba im Departement Apurímac. Zu den politischen Rahmenbedingungen verweisen wir auf die ausführliche Analyse der Situation in Perú in LN 177.*

Das Dorf Haquira ist der Hauptort des gleichnamigen Distriktes in der Provinz Cotabamba im südlichen zentralen Hochland Perus. Seit März 1985 ist das CICDA (Internationales Kooperationszentrum für Agrarentwicklung - eine französische Nichtregierungsorganisation) über ein Abkommen mit der staatlichen Entwicklungsbehörde am Aufbau eines ländlichen Entwicklungsprojektes in den Distrikten Haquira und Mara beteiligt. Das aus elf Fachkräften bestehende Arbeitsteam arbeitete in Koordination mit den Gemeinden und den existierenden öffentlichen Institutionen und besaß die offizielle Akkreditierung, um in diesem Gebiet tätig zu sein. Auch zwei Frauen arbeiteten bei CICDA: der 24-jährige Agraringenieur Thomas Pelissier und Corine Seguin, 25, als Technikerin für Viehproduktion. Bisher hatten weder die Fachkräfte von CICDA noch die Verantwortlichen der Institution Drohungen oder Informationen erhalten, die die Arbeit im Rahmen des Projektes infragegestellt hätten.

Aus Augenzeugenberichten läßt sich folgender Ablauf der Ereignisse rekonstruieren:

Am Samstag, den 3.12.1988, als sich der Gemeinderat von Haquira im Rathaus versammelte, kam um 19.15 Uhr ein bewaffneter Mann herein, der laut ausrief: "Wir sind von Sendero Luminoso, der kommunistischen Partei Perus!". Er sagte, die Versammelten sollten sich nicht bewegen, und er bat um Namen von Autoritäten aufgrund einer Liste, die auch ehemalige Gemeindevertreter aufführte. Er fragte, wo sich die Franzosen des CICDA aufhielten. Thomas Pelissier und Walter Oblitas, ein peruanischer Projektmitarbeiter, wurden auf der Straße festgehalten. Sie sollten die Angreifer zu Corine Seguin führen, die sich in ihrem Zimmer aufhielt. Sie wurde dann zusammen mit Thomas Pelissier und Walter Oblitas zum Rathaus geführt, wo der Bürgermeister und die Ratsmitglieder warteten. Unter ihnen befanden sich Marcelino Patino Rendon, ebenfalls

CICDA-Mitarbeiter, sowie der Leiter des Kulturzentrums und der Ex-Friedensrichter Ernesto Valdivia Gallegos, die alle auf der Liste gestanden hatten. Allen wurden die Hände auf dem Rücken zusammengebunden.

Es handelte sich schätzungsweise um 30 bis 35 Angreifer, in der Mehrzahl Jugendliche beiden Geschlechtes zwischen 13 und 20 Jahren, die Ketschua sprachen und ihre Gesichter nicht verdeckten. Die Kader waren etwa 20 bis 30 Jahre alt. Nach Kleidung, Aussehen und Sprechweise stammten sie aus der Gegend von Grau, einer Nachbarprovinz im gleichen Departement.

Um 20 Uhr wurden die zwölf Personen, deren Hände mit Stricken gefesselt waren, vom Rathaus zum Zimmer von Thomas Pelissier geführt, wo sie von einer kleinen Schar von Angreifern bewacht wurden. Gleichzeitig riefen die anderen Angreifer zu einer Versammlung auf den Dorfplatz. Sie sangen revolutionäre Lieder, holten Spruchbänder hervor und verteilten Plakate. In Reden beschuldigten sie die Ausländer, "Lakaien des Imperialismus" zu sein, und verkündeten ihren Widerstand gegen das Projekt. Nachdem sie Materialien und Lebensmittel aus dem Lager der Gemeinde verteilt hatten, steckten sie das Rathaus und das Büro von CICDA in Brand.

Etwas um 23.30 Uhr forderten sie die versammelten Leute auf, in ihre Häuser zurückzugehen. Der Anführer der Senderisten trat in das Haus, in dem die zwölf Geiseln eingeschlossen waren. Er verhörte jeden einzelnen mit gezielten Fragen über seine Aktivitäten und bestätigte, ihnen werde kein Schaden zugefügt. Selbst die Zeugen berichteten, daß die Geiseln gut behandelt wurden; in keinem Augenblick erwarteten sie eine Gewaltanwendung von Seiten der Angreifer, eher eine ideologische Belehrung und die anschließende Entlassung.

Nach dem Verhör wurden sieben Geiseln (der Bürgermeister, fünf Ratsmitglieder und der Leiter des Kulturzentrums) nach draußen geführt. Auf den Stufen des Dorfplatzes wurden sie so aufgestellt, als ob sie erschossen werden sollten. Nach zehn Minuten ließen die Angreifer sie mit dem Befehl, vom Dorfplatz zu verschwinden, frei. Eine halbe Stunde später, gegen 0.15 Uhr, verließen die Senderisten das Dorf. Einer der Zeugen betrat das Haus und fand im Innenhof die Leichen von Walter Oblitas, Marcelino Patino Rendon, Ernesto Valdivia Gallego, Corine Seguin und Thomas Pelissier mit Spuren von Schlägen und durchschnittenen Kehlen.

## Zeitschriftenschau

**ila-info** 121, Dezember 1988 Heerstr. 205, 5300 Bonn 1  
Gentechnologie als Instrument der Auslese - Bevölkerungspolitik und Familienplanung; Organhandel und Adoptionsgeschäfte und ihre Implikationen. Einblick in die Verhältnisse in Mexiko und Brasilien.

Außerdem: Hintergrundberichte zu Brasilien (Wahlergebnisse vom November und Repression gegen Kleinbauern in Sobradinho), zu Argentinien (unbewältigte Vergangenheit der Linken) und ein aktueller Stimmungsbericht aus El Salvador. Ein Portrait der Feministin und Sozialistin Flora Tristan, Nachruf zu E. Fried.

**blätter des iz3w** Dez.88/Jan.89

Postfach 5328, 7800 Freiburg i.Br.

**Dependenztheorie am Ende?** mit Beiträgen von G.Hauck-Renaissance der Modernisierungstheorien, Th. Hurtienne-Dependenztheorie nicht gleich Dependenztheorie, D. Messner-Die Ratlosigkeit der Entwicklungstheorien angesichts der südkoreanischen Entwicklung.

Außerdem: Chile nach dem Referendum, Sri Lanka, Mexiko (Das PRI-System), Kurdistan, Neukaledonien, Diskussion um Kulturbegriff.

**Entwicklungspolitische Korrespondenz Nr.4**, Dezember 1988

Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

**Tabak - Blauer Dunst für die Dritte Welt;** Beiträge zur Kulturgeschichte des Rauchens; Dritte Welt als neuer Absatzmarkt der Tabakindustrie; Gifte im Tabak; Frauen und Rauchen seit der Verbreitung der Zigarette; Tabakanbau in Malawi; Rembrandt in Südafrika; BAT und Rothmans in Zaire; Bremer Tabakbörse und Tabakanbau in Indonesien; Zigarrenproduktion in Kuba; Interview zum Tabakanbau in Nicaragua; Tabakanbau und Abholzungen.

**Brasilien Rundbrief**, Dezember 1988

In den Weihermatten 27, 7800 Freiburg i.Br.

**Hundert Jahre Sklavenbefreiung-** Ein Grund zu Feiern? **Poesia Negra;Amazonien:** Zerstörung eines Lebensraumes; Der Katschuksammler und sein Überlebenskampf; **Dom Pedro Casaldáliga:** bedroht-gemaßregelt-geehrt; **Brasiliens neue Verfassung; Gemeindevahlen;** Brief der Landarbeitergewerkschaft von Campo Alegre de Lourdes; "Der Hügel vom gelben Haus" - Projektbeschreibung; Buchrezension; 10 Jahre Brasilieninitiative Freiburg e.V.

**Bolivia Informationsblatt Nr.74** Nov./Dez.1988

Wittenbergplatz 3a, 1000 Berlin 30

Studentenbewegung 1988 aus der Sicht des Lateinamerika-Instituts; Die Legende von Potosí; Erdrückende Auslandsschuld; Wahlvorschau; UMOPAR - Angriff in Guayamerin und wieder neue US-Truppen in Bolivien; Politische Ökonomie des Koka - Kokain (Teil 3): Das Geld aus dem Drogenhandel in der bolivianischen Wirtschaft; Überblick über die Situation einiger ethnischer Minderheiten im "Oriente"; Buchbesprechung: "Bolivien".

**epd - Entwicklungspolitik** 22/1988

Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17

**Analyse:** Viele Nord-Süd-Foren ohne Süden; Öffentliche Zinszuschüsse für Lieferkredite; Chile: kehrt der Ungeist in die Flasche zurück?; Portrait einer Rüstungsfirma: Krupp

Info: Philippinischer Militärattache in Bonn attackiert Entwicklungshilfe-Institutionen; Nestlé-Kommission nimmt zum Boykott Stellung; Gewerkschaftliche Solidaritätsarbeit mit der Dritten Welt.

Dokumentation: Theologie des Kampfes.

**epd - Entwicklungspolitik 23/24/1988**

Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17

Analyse: Weltweit Konferenz der Lokalradios; Schweigen durchbrechen: chinesische Schriftstellerinnen.

Infos: U-Bootskandal vor der UNO; Internationale Giftmüll-Exportverträge; Debt for nature in Philippinen; Keine Bundesmittel für Grüne Stiftung?

Dokumentation: Internationaler Nachrichtenfluß.

Schaubild: Entwicklungsländer zahlen mehr zurück als sie erhalten.

**Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 132/133**

Lingener Str.9, 4400 Münster

Sonderheft/Schwerpunkt: Berichte, Eindrücke, Stellungnahmen von der Aktionswoche gegen die IWF/Weltbank-Tagung; Trommelfeuer gegen IWF und Weltbank; Gegenkongreß - 4000 in der TU; Demo, Aktionstage, Tribunal und Öko-Kongreß; Berichte aus der Provinz; Repression; Presse und IWF/Weltbanktagung; Offizieller Kongreß: Monster-Smalltalk im ICC; Berlin war ein Erfolg/War Berlin ein Erfolg? Einschätzungen... Außerdem: Feminisierung der Armut; Konvoi für Flüchtlinge in El Salvador; Aktionstag Fast Food; Notizen aus der Szene...

**Informationsdienst Südliches Afrika, Heft 7, Nov.1988**

Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Schwerpunkt: Soliarbeit-Kampagnen-Aktionen; Versuch einer Bewertung der aktuellen Situation der bundesdeutschen Soliarbeit zum südlichen Afrika; Artikel zu den Aktionsfeldern Früchteboykott, Banken, Lufthansa und militärisch-atomare Zusammenarbeit, in denen mehr oder weniger erfolgreich für den Abbruch der Beziehungen zu Südafrika gearbeitet wird; Zur Diskussion gestellt wird die Unterstützung von Projekten in Südafrika und Namibia, dem "Stiefkind der bundesdeutschen Solidaritätsarbeit".

**Peripherie No.32**

Bezug: LN-Vertrieb Gneisenastr.2, 1000 Berlin 61

Ungleichzeitigkeit: T. Schiel-Alltag und Geborgenheit; Du-Yul Song-Asien zwischen der Moderne und ihren Kritiken; G. Huizer-Traditionelle Heilung und Sozialwissenschaften; H. Mertens-Bevölkerungspolitik und Selbstbestimmung.

Außerdem: ausführlicher Rezensionsteil.

**Brasilien Nachrichten Nr.99/1988**

An der Illoshöhe 30, 4500 Osnabrück

Eine Republik verfaßt sich - Schwerpunktthema: Die neue Verfassung Brasiliens  
Verschiedene Aspekte der Constituente; "Die Lippenstift-Lobby"; Fischer in Brasilien; Landkonflikte; Gespräche mit Olivio Dutra; Lexikon Brasilien: Eisenbahn.

## Eingegangene Bücher

Fiege, Karin; Ramalho, Luis (Hrsg.): Agrarkrisen. Fallstudien zur ländlichen Entwicklung, der Dritten Welt, ASA-Studien Band 14, Verlag Breitenbach, Saarbrücken, 1988.

Dörfler, Gasiorowski de Andrade, Röper, Wuttke (Hrsg.) : ...dazwischen liegen Welten...Frauenstudienvorhaben in Afrika, Asien, Lateinamerika, ASA-Studien Band 15, Verlag Breitenbach, Saarbrücken, 1988.

Clarita Müller-Plantenberg (Hrsg.): Indianergebiete und Großprojekte in Brasilien Gesamthochschule Kassel-ladok, Kassel, 1988.

Malte Lenz: Kurze Geschichte der sandinistischen Revolution. Wurzeln, Verlauf, erste Ergebnisse, Dietz Verlag, Berlin, 1988.

Erika Danneberg: In Nicaragua. Notizen, Briefe, Reportagen. Schönbrunn Verlag, Wien, 1987.

Cuentos Chilenos. Herausgegeben von Editorial Kinkulén, Comité Chile Antifascista Berlin, RDA, 1988.

Militärpolitik Dokumentation: Militär zwischen politischer Einmischung und Profession. Zur Demilitarisierung der Politik in Argentinien und Brasilien. Militärpolitik Dokumentation Heft 58, Haag + Herchen Verlag, Frankfurt, 1987.

## Termine

### Die Regenwälder schützen durch nützen

Natürliche und gesellschaftliche Bedingungen einer wirksamen Naturschutzstrategie

Seminar des Arbeitskreises Entwicklungspolitik e.V. in Zusammenarbeit mit der AG Regenwald und Artenschutz (ARA) und Dienste in Übersee (dü).

Tagungshaus: Bildungsstätte Haus Husen 4600 Dortmund. Zeit: Freitag, 3.2.1989 18 Uhr - Sonntag 5.2.1989 15 Uhr.

### Mittelamerika - Bundestreffen

Vom 3.2. - 5.2.1989 in Frankfurt, Mainzer Landstr. 147

Schriftliche oder Telefonische Anmeldung unter 069/739 92 509 (20 bis 22 Uhr 30) Kosten für Essen und Räume DM 25.-)

### Internationale Friedensbrigaden

**Training zur Vorbereitung von Mitarbeitern für einen gewaltfreien**

Training zur Vorbereitung von Mitarbeitern für einen gewaltfreien Einsatz bei den Projekten der Int. Friedensbrigaden in Guatemala und El Salvador vom 27.3.89 bis 2.4.89 in der Archegemeinschaft Bonnetcombe/Frankreich.

Information und Anmeldung: Christel Könemund, Am Schütting 4, 2803 Weyhe-Sudweyhe Tel. 04203/5278

### Nach der IWF - Weltbank - Tagung

Grundlagen und Perspektiven der Weiterarbeit

Seminar vom 3.2.-5.2.1989 in Berlin/West. Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden (AGG), Rheinweg 34, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/234021  
Ort: Klopstockstr. 31, 1000 Berlin 21, Tel. 030/3917071

deutsche Übersetzung

Jaime Lagos  
Paul Friedrich Violenstein

COLONIA DIGNIDAD  
¿Una pista sobre los desaparecidos?

Fotokopien (ca. 80 Seiten)

Schutzgebühr DM 20,-

Bestellungen an (Verrechnungsscheck oder Briefmarken bitte beilegen):  
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN  
Gneisenastr. 2  
1000 Berlin 61

Jaime Lagos  
Paul Friedrich Violenstein  
**LABERATO**

DENUNCIA DE AMNESTY INTERNATIONAL      JUSTICIA ALEMANA ORDENA INVESTIGAR

DECLARAN DENUNCIAS DE TORTURAS      PROFUGOS DE COLONIA DIGNIDAD DENUNCIAN DESVIACIONES MORALES.

RENE MUÑOZ

ERIK ZOTT      DINA

PEEBLES      ESCUELA DE TORTURAS

4 DETENIDOS EN TALCA      M. BOHMANN

WALTER BAUFF

SCHAFER

**Colonia Dignidad**  
¿UNA PISTA SOBRE LOS DESAPARECIDOS?

### Aufruf zur Kampagne

## "Schutz der Menschenrechte in Peru"

Wußten Sie, daß in Peru über 2.500 Menschen nach einer Verhaftung durch staatliche Sicherheitsorgane spurlos verschwunden sind?

Nach Angaben der Vereinten Nationen war Peru 1987 das Land mit der höchsten Anzahl "Verschwundener".

Weitgehend unbeachtet von der Weltöffentlichkeit findet im Zuge der Guerillabekämpfung ein "schmutziger Krieg" gegen die Landbevölkerung statt, dem seit 1980 über 12.000 Menschen zum Opfer gefallen sind.

Die amtierende Regierung Alan Garcia hat zwar immer wieder den Willen bekundet, die in der Verfassung und in internationalen Abkommen garantierten Menschenrechte zu respektieren, aber tatsächlich deuten alle Anzeichen auf eine weitere Verschlechterung der Menschenrechtssituation hin.

Zusammen mit zahlreichen humanitären Organisationen, Einzelpersonen, kirchlichen und politischen Gruppen for-



dert die Peru-Solidaritätsbewegung von der peruanischen Regierung:

- Die volle Achtung des Rechts auf Leben und die Respektierung der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Rechte der peruanischen Bevölkerung.
- Garantien für die persönliche Sicherheit der Organe der Justiz, von Staatsanwälten, Richtern, Rechtsanwälten und der pe-

ruanischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen, damit diese im Land und besonders in den Ausnahmezonen ihrer Arbeit wirksam und ohne Repression durch die Militärs nachgehen können.

- Die Bestrafung der Verantwortlichen von Menschenrechtsverletzungen gegen die Zivilbevölkerung vor ordentlichen Gerichten.

**Wir rufen Sie auf, beteiligen Sie sich an der Kampagne zum Schutz der Menschenrechte in Peru!**

**Fordern Sie Informations- und Unterschriftenlisten an!**

Bitte schicken Sie mir weitere Informationen zur Kampagne

AB:

Zur Durchführung der Kampagne sind wir auf Solidaritätsbeiträge angewiesen. Spenden bitte unter dem Stichwort "Peru-Kampagne" auf das Konto 436 162 18 (Kennwort: D.D.H.H.) bei der Stadtparkasse Bielefeld (BLZ 48050 161).

An: Dritte Welt Haus, August Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld

### Fotoausstellung:

## Die Kinder der Diktatur

### Vom Leben chilenischer Kinder und Jugendlicher

Die Ausstellung umfaßt 30 Schautafeln (Glasrahmen) mit Fotos und kurzen Texten zur Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Chile. Eingegangen wird auf die sozialen Lebensumstände, Re-



pressionserfahrungen, die Konsequenzen staatlicher Erziehungsmodelle und den Einfluß des Fernsehens mit seinen am Ausland orientierten Werten in den Köpfen der Kinder sowie auf ihr Engagement für eine gerechtere Gesellschaft und einige Projektbeispiele aus der terre des hommes-Praxis.

Die Ausstellung wird angereichert durch eine Dia-Serie über ein Theaterprojekt mit Kindern und Jugendli-

chen einer Armutzone und einen Ausstellungskatalog mit Fotos und weiterem Informationsmaterial. Sie richtet sich an Erwachsene und Schüler. Gerade 1989 wird es sinnvolle Einsatzmöglichkeiten geben, da im Dezember 1989 voraussichtlich in Chile nach 16jähriger Diktatur Wahlen stattfinden werden, die sicherlich in der Bundesrepublik das Interesse an diesem Land wachhalten.

**Einsatzbereit voraussichtlich ab Februar 1989. Nachfragen an: terre des hommes, Lateinamerika-Referat/Michael Bunte (0541/7101-143).**



**terre des hommes**

Postfach 4126 · 4500 Osnabrück  
Spendenkonto 700 · Bank für Gemeinwirtschaft Osnabrück



**AGENDA MUJER 1989**  
(Frauenkalender 1989)

Seit drei Jahren gibt es ihn. Frauen in Santiago, Chile machen ihn. Mittlerweile ist er eine Institution in der chilenischen Frauenbewegung geworden.

Den Kalender könnt Ihr auch hier bekommen. Damit helft Ihr ihn als Frauenprojekt auch finanziell zu unterstützen.

Gegen DM 12,- + Porto ist er über den Frauenbuchladen, August-Bebel-Str. 154, 4800 Bielefeld 1 zu bestellen.

